

## Die Neutralitätslehre des Nauheimer Kreises und der geistige Hintergrund des West—Ost Gespräches in Deutschland

### Schluß

In den beiden ersten Teilen dieser Materialsammlung haben wir verschiedentlich darauf hingewiesen, daß die Wurzeln der deutschen Neutralitätsbewegung viel tiefer reichen und viel weiter verzweigt sind, als man nach der zahlenmäßigen Stärke der bisher öffentlich in Erscheinung tretenden Gruppen annehmen könnte.

Sie hat sich aus dem akuten Anlaß der Verschärfung des Ost—West-Konfliktes zunächst an einer außenpolitischen Frage kristallisiert, ist aber mindestens ebenso stark eine innenpolitische „Ohne-mich-Bewegung“ gegen die politischen Parteien Westdeutschlands. Als solche führen ihre geistigen Wurzeln weit zurück bis zu den ersten Anfängen der politischen Romantik in Deutschland.

Dies war schon im Frühjahr 1950, als wir die beiden ersten Teile dieses Beitrages abschlossen, zu erkennen, aber noch nicht dokumentarisch zu belegen. Dann kam die Remilitarisierungsdebatte, deren Unbestimmtheit allen möglichen, auch innenpolitischen, Hypothesen Vorschub leistete. Sie befruchtete vor allem die „inoffizielle“, das heißt die nicht in den Parteien organisierte Opposition wie ein Frühlingsregen die vom strengen Winter ausgedörrten Beete.

Nun ist in dieser Entwicklung vor allem durch die große Bundestagsrede Dr. Schumachers, die wir an anderer Stelle veröffentlichen, ein gewisser Abschluß eingetreten. Die Bonner Parteien, die für die Außenpolitik der Bundesrepublik die Verantwortung tragen, haben in der Neutralitätsfrage mit aller Klarheit Stellung bezogen. Damit ist auch die inoffizielle Opposition der Kreise und Gruppen, die sich bisher auf ein nur ethisch und religiös begründetes „Ohne-Mich“ beschränkt hatten, zur Klärung ihrer politischen Haltung gegenüber dem Bonner Staat gezwungen. Die Programme der Proklamationen des Nauheimer Kreises dokumentieren diese Entwicklung, die zeitlich etwa zwischen dem März 1950 und dem März 1951 liegt. Da die Tagespresse diesen tieferen Strömungen der deutschen Innenpolitik nur sehr wenig Beachtung schenkt, hielten wir trotz des beschränkten Raumes, der uns zur Verfügung steht, eine eingehendere Darstellung für geboten.

### Stellungnahme zum Schuman-Plan und zur Koreakrise

#### *Die Versteifung der innerdeutschen Fronten*

Der Vortrag Professor Ulrich Noacks vor der Verwaltungsakademie in Forstzinna, mit dem wir unseren letzten Beitrag<sup>1</sup> abschlossen, lag zeitlich gerade in der Mitte zwischen der Rede des amerikanischen Außenministers, Dean Acheson, vom 10. März 1950, mit der die Vereinigten Staaten das Stichwort der „totalen Diplomatie“ in die internationale Diskussion warfen, und dem Eintreffen der ersten amerikanischen Waffenlieferungen für die Aufrüstung der Atlantikpaktstaaten im Hafen von Cherbourg am 11. April 1950.

Damals, am 25. März 1950, trug Noack seinen Hörern in Forstzinna, die sich im wesentlichen aus SED-Funktionären zusammensetzten, seine Thesen von der deutschen Volkssouveränität vor: Das deutsche Volk sollte souverän und neutral zwischen den entgegengesetzten Weltordnungsideologien des Westens und des Ostens stehen.

Der Versuch Noacks, das Verfahren zur Herstellung einer deutschen Volkssouveränität mit seinen

Gastgebern zu diskutieren, scheiterte daran, daß der Verhandlungsleiter Professor P. Alfons Steiniger den Vorschlag, in der sowjetischen Besatzungszone einen freien Volksentscheid darüber abzuhalten, ob die künftige Volksrepräsentation nach „Blocklisten“ oder nach getrennten Listen gewählt werden solle, als offene Provokation auffaßte. Er beschimpfte und bedrohte Noack so, daß dieser sich veranlaßt sah, die Fortführung des Gesprächs von seinem im Westsektor Berlins gelegenen Hotel aus telefonisch abzusagen.

Dieser Vorfall, den die *Neue Zürcher Zeitung* als das „Ende einer west-östlichen Romanze“ kommentierte, wurde in der westdeutschen Presse und im Ausland als ein weiterer Beweis dafür betrachtet, daß im Sowjetisierungsprozeß der Ostzone nunmehr die letzten Rücksichten gefallen waren<sup>2</sup>. Neue Säuberungsmaßnahmen bei den bürgerlichen „Blockparteien“ unterstrichen diese Tatsache. Nachdem schon am 29. Januar der sächsische Landesvorsitzende der CDU, Professor Hugo Hickmann, der die stärkste Stütze des Nauheimer Kreises in der Ostzone war,



zum Rücktritt gezwungen worden war<sup>3</sup>, folgte nun eine weitere Reihe führender LDP-Funktionäre. Von den gesäuberten Parteiorganen wurden die von der SED geforderten Entschließungen für eine Einheitsliste in wachsender Zahl angenommen, und das Organ der SED *Neues Deutschland* veröffentlichte am 30. März 1950 unter der Schlagzeile „Freie Wahlen für ganz Deutschland“ einen Aufruf des Blocks der Parteien der sowjetischen Besatzungszone, in welchem der Forderung der westdeutschen Bundesregierung nach freien und geheimen Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung die Einheitspolitik der „Nationalen Front“ gegenübergestellt wurde.

### Der „Große Schuman-Plan“

Während so das Intermezzo von Forstzinna als eines der Symptome der allgemeinen Erstarrung und Versteifung der innenpolitischen Fronten in Deutschland zu werten ist, ging die außenpolitische Entwicklung in raschen Schritten weiter. Am 16. April 1950 ließ der damalige französische Ministerpräsident Georges Bidault den Versuchsballon seines Vorschlags zur Bildung des „Hohen Atlantikrates“ steigen, am 22. April 1950 antwortete Acheson mit einer in sechs Punkte gefaßten Erklärung, die eine noch engere Zusammenarbeit zwischen der Organisation des Atlantikpaktes, der Panamerikanischen Union, der Marshallplan-Organisation, dem Europarat und der Organisation des Brüsseler Fünfmächtepaktes, also — ohne daß das Wort gebraucht wurde — die Bildung einer „Atlantischen Gemeinschaft“ forderte. Am 26. nahm der französische Außenminister Schuman den Ball auf und forderte ein ständiges Exekutivorgan für die politische, militärische, wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit zwischen Europa und Nordamerika. Dieser „große Schuman-Plan“ entsprang, wie wir an anderer Stelle<sup>4</sup> gezeigt haben, der nüchternen Einsicht der französischen Politiker, daß Westeuropa ohne Westdeutschland auf die Dauer weder politisch

noch militärisch noch wirtschaftlich dem Druck des Ostblocks widerstehen könnte, daß aber andererseits die potentielle wirtschaftliche und militärische Kraft Westdeutschlands jede rein westeuropäische politische Organisation früher oder später dominieren würde. So mußte also, um das Weltgleichgewicht zwischen West und Ost wiederherzustellen, zunächst einmal durch das Hinzutreten der Vereinigten Staaten ein inneres Gleichgewicht der westlichen Staatenwelt im Rahmen der atlantischen Gemeinschaft zustande kommen. Als ersten praktischen Schritt zur Verwirklichung seines Planes schlug Schuman dann am 9. Mai 1950 die Bildung einer europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor, die seither als der eigentliche „Schuman-Plan“ bekannt ist.

### Die Witzenhausener Tagung des Nauheimer Kreises

Um die gleiche Zeit berief Noack eine Arbeitstagung des Nauheimer Kreises für den 18. Mai 1950 nach Witzenhausen an der Werra ein, die eine neue Proklamation für die Neutralisierung Deutschlands ausarbeiten sollte. In der Einladung zu der Tagung heißt es, daß die SED das echte Ost—West Gespräch, das der Ueberwindung des Kalten Krieges dienen könnte, abgebrochen habe. Die Freundschaft Rußlands zum deutschen Volk könne nicht über die SED führen. Der Nauheimer Kreis werde aber seine Bemühungen für eine friedliche Nachbarschaft und friedliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion fortsetzen.

In dem gleichen Sinne ist auch die Stellungnahme des Nauheimer Kreises zur SED und zur Nationalen Front gehalten, die als Ergebnis der Witzenhausener Tagung veröffentlicht wurde. Die Verantwortung für die Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone wird allein der SED zugeschrieben, die durch eine falsche Darstellung der deutschen Verhältnisse die Verständigung mit der Sowjetunion erschwere.

### Die Witzenhausener Proklamation

Die Witzenhausener Proklamation des Nauheimer Kreises hat folgenden Wortlaut:

#### I.

„Die Freunde der Neutralisierung Deutschlands gehen davon aus, daß der Kalte Krieg zwischen unseren vier Okkupationsmächten durch einen Friedensschluß beendet werden soll, der von Dauer sein kann.

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist unser oberstes Ziel. Sie kann aber erst durch einen solchen Friedensschluß erreicht werden.

Dieser Ausgleich der vier Mächte untereinander und ihr Friedensschluß mit Deutschland ist nur möglich, wenn weder die Union der atlantischen Westmächte noch die Sowjetunion mit ihren Bundesgenossen fürchten müssen, das wiedervereinigte Deutschland später einmal als Bundesgenossen der anderen Seite gegen sich kämpfen zu sehen.

#### II.

Die Neutralisierung Deutschlands soll darum eine der grundlegenden Bestimmungen dieses Friedensschlusses sein. Sie bedeutet, daß ein wiedervereinigtes Deutschland keinerlei Abmachungen mit anderen Mächten im Sinne von Militärbündnissen oder regionalen Sicherheitspakten abschließen darf, die eine eindeutige Parteinahme für Ost oder West zur Folge haben könnte.

Dadurch soll den Okkupationsmächten die Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands und zu seiner Räumung, ein Jahr nach diesem Friedensschluß, erleichtert werden.

Ohne diese Wiedervereinigung, Räumung und Neutralisierung Deutschlands ist eine wirkliche Entspannung zwischen den Weltmächten nicht möglich. Sie ist darum ein Weltinteresse und eine unentbehrliche Grundlage eines dauernden Friedens.



### III.

Damit die Sorge vor einem Bürgerkrieg in Deutschland nicht zum Grund gegen einen solchen Friedensschluß werden muß, sollte schon bei den Friedensverhandlungen als Hauptpunkt die Errichtung von Polizeikräften in allen deutschen Ländern und ihre etwa gleichmäßige Bewaffnung beraten und beschlossen werden. Diese Bewaffnung darf aber in keiner Zone kriegsmäßig sein.

Die bisherigen Okkupationsmächte sollten zugleich ein dauerndes gemeinsames Kontrollorgan<sup>6</sup> an Stelle aller bisherigen Statuten haben, das sich auf die Verhinderung einer deutschen Wiederaufrüstung beschränkt.

Aus diesem Kontrollorgan in Deutschland kann im Laufe der Zeit — wenn die Mächte zum bleibenden Genuß ihrer Entspannung kommen wollen —, das internationale Organ einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung werden.

### IV.

Damit der Streit um die verschiedenen Sozial- und Wirtschaftsverfassungen in West- und Ost-Deutschland nicht zum Grund gegen den Friedensschluß werden muß, soll durch den Friedensvertrag selber sowohl die Sicherung und Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte verbürgt, als auch die Beibehaltung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands in ihren Grundzügen ermöglicht werden. Ihre Weiterentwicklung soll der künftigen demokratischen Entscheidung der Ostzonenbevölkerung überlassen werden und einem Mehrheitsbeschluß einer gesamtdeutschen Nationalversammlung entzogen bleiben. Eine solche Wahrung von „Reservatrechten“ soll durch die föderative Struktur eines wiedervereinigten Deutschlands gesichert sein.

Zum Ausgleich für die Sicherung dieser Reformen soll in dem gleichen Friedensvertrag die unabhängige und selbständige Organisation und Wirksamkeit auch der anderen Parteien neben der Sozialistischen Einheitspartei (SED) gewährleistet werden, und auch die Aufstellung neuer politischer Parteien in Ostdeutschland wie in Westdeutschland zulässig und unbehindert sein (in Übereinstimmung mit Artikel 51 der Verfassung der DDR).

### V.

Die auswärtigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen Deutschlands sollen durch eine Gesamtvereinbarung über bestimmte Quoten im gegenseitigen Ausgleich zwischen den Mächten reguliert werden.

Der Rahmen dieser Vereinbarungen kann bei einer Entspannung durch die Neutralisierung Deutschlands so weit gespannt werden, daß dabei sowohl eine Mitarbeit Deutschlands bei der Kohle- und Eisenproduktion Westeuropas, als auch bei der Handels- und Wirtschaftsplanung Osteuropas in quotenmäßiger Ausgeglichenheit eingebaut werden kann.

Eine solche Vereinbarung kann dann auch verbunden werden mit der gleichlaufenden Aufhebung des Ruhrstatuts und der Rückgabe der Sowjet-Aktiengesellschaften.

### VI.

Wichtiger als Kohle und Eisen, als etwas größere oder kleinere Quoten und Produktionsziffern, sind überall die Menschen und ihr Frieden.

Der heute maßlos überschätzte Unterschied, daß auf der einen Seite die Wirtschaftsplanung von den politischen Machthabern geleitet wird, auf der anderen Seite aber die Wirtschaftsplaner die politischen Führer bestimmen, ist kein hinreichender Grund dafür, daß wieder viele Millionen Menschen sterben oder verstümmelt werden sollen.

Solche verschiedenen Planungsmethoden haben in Wahrheit auch nichts mit „Dynamik“ oder einem halb naturwissenschaftlichen, halb metaphysischen Geschichtsprozeß zu tun und am wenigsten mit einem Schicksal, das uns alle unentrinnbar in einen „Endkampf“ zwingt.

### VII.

Die Aufgaben einer befriedeten Welt sind so groß, daß sie mehr Arbeit schaffen werden als alle Rüstungen. Ganze Kontinente und viele hundert Millionen Menschen warten auf Friedenswerke, die in Ost sowie in West geplant und in Angriff genommen sind.

Die Neutralisierung Deutschlands im Rahmen eines solchen umfassenden Friedensschlusses kann die Weltmächte in kurzer Frist von dem gesteigerten Rüstungszwang entlasten und sie dadurch für ihre weltweiten Friedensunternehmungen befreien.

### VIII.

Dieser Weg ist zwar oft besprochen und vielfach mißverstanden, aber noch niemals von den Politikern und Staatsmännern ernstlich vorgeschlagen und beraten worden. Würde dies aber in dem hier gemeinten umfassenden Sinne getan, so wäre der Erfolg, der Friedensschluß, fast unausbleiblich.

Die Zurückweisung der Neutralisierungsidee hat jedenfalls bisher, von welcher Seite auch immer sie kam, das dunkle Gefühl der Ausweglosigkeit vertieft und die Spannung des Kalten Krieges erhöht.

Die Abweisung der Neutralisierungsidee ist fast gleichbedeutend entweder mit der Zulassung der dauernden Teilung Deutschlands oder mit der Selbstaufgabe an die angebliche Unvermeidlichkeit eines dritten Weltkrieges.

### IX.

Die Ausflucht, man könne den Frieden erhalten durch die vorläufige Teilung Deutschlands mit der Einfügung Westdeutschlands in eine westliche Union, die sich dabei „stark“ macht, um später Ostdeutschland irgendwann einmal irgendwie zurückzugewinnen, ist eine Illusion, die mit dem Risiko des Krieges spielt.

Auf keinen Fall dürfen wir also früher über Kohle und Eisen und westeuropäisch-atlantische Bindungen verhandeln, als über die Bedingungen einer Wiedervereinigung mit Ostdeutschland. Die Wiedervereinigung Deutschlands muß bei aller deutschen auswärtigen Politik der erste aller Vorbehalte sein.

Westeuropäisch-atlantische Wirtschaftsvorteile dürfen nicht zur Abfindung an Westdeutschland für die dauernde Teilung Deutschlands, auch nicht „bis auf weiteres“ werden.

### X.

Wir rufen alle Deutschen auf, sich über jede parteipolitische oder weltanschauliche Einseitigkeit zu erheben, alle Kampfparolen, die nur die Gegensätze noch mehr erhitzen, abzustreifen, und sich im Geiste eines befriedeten, föderativen Deutschlands einzusetzen und für diesen gesamtdeutschen Friedensvorschlag an die Welt.

Witzenhausen/Werra, den 18. Mai 1950.

Für den Nauheimer Kreis

gez. Prof. Dr. Ulrich Noack    gez. Prof. Dr. Reinhard Strecker  
Kultusminister a. D.“

An der Proklamation fällt zunächst die historisch unwahre Behauptung auf, daß der Weg der Neutralisierung Deutschlands von den Politikern noch niemals ernstlich vorgeschlagen und beraten worden sei. In Wirklichkeit liegt seit 1945 ein amerikanischer und seit April 1947 ein sowjetischer Vertragsentwurf über



die Entmilitarisierung Deutschlands vor<sup>6</sup>. Beide lassen deutlich die damalige westliche und östliche Konzeption einer Neutralisierung Deutschlands erkennen. Sowohl auf der Moskauer Außenministerkonferenz von 1945 wie auf der ersten Pariser Außenministerkonferenz vom April 1946, vor allem aber auf der Moskauer Konferenz vom April 1947 wurde in langen Verhandlungen um eine Einigung über diese Entwürfe gerungen. Diese Verhandlungen und die bisher letzte Viererkonferenz vom Dezember 1947 scheiterten daran, daß die Großmächte sich über die innenpolitischen Voraussetzungen einer Neutralisierung — Abwicklung des Reparationsprogrammes, Aufbau und Aufgabenbereich der provisorischen deutschen Regierung — und über das Verfahren zum Abschluß des Friedensvertrages nicht einig konnten.

Ein näherer Vergleich der Witzenhausener Proklamation des Nauheimer Kreises mit dem Manifest des Deutschen Volksrates zur Bildung der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland vom 7. Oktober 1949, das wir bereits veröffentlicht haben<sup>7</sup>, zeigt trotz des wesentlich gemäßigten Tons und der vielfach unklaren Sprache eine Übereinstimmung in allen politisch wesentlichen Punkten. Besonders beachtenswert ist dabei, daß die Frage des Wahlmodus für die deutsche Volksrepräsentation, an der Noacks Verständigungsversuch von Forstzinna scheiterte, nicht erwähnt wird. Die Forderung, daß die Wiedervereinigung mit Ostdeutschland vor jeder Annäherung an den Westen erfolgen muß, ist unter diesen Umständen undurchsichtig, um so mehr, als dabei mit keinem Wort die Frage berührt wird, ob die unachgiebige Haltung der SED in der Frage des Wahlverfahrens ohne ausdrückliche Billigung und Unterstützung durch die Sowjetunion überhaupt möglich gewesen wäre.

#### *Der Nauheimer Kreis und die Koreakrise*

Noch auffälliger ist das vorsichtige Ausweichen vor den Fragen nach den letzten Zielen und Absichten der sowjetischen Politik in der Stellungnahme Professor Noacks zum Koreakonflikt. In seiner fünf Seiten langen Erklärung vom 1. Juli 1950 „Korea — eine Chance für den Friedensschluß zur Beendigung des Kalten Krieges“, argumentiert Noack folgendermaßen:

„Bedeutend die Ereignisse in Korea, daß die Idee einer Neutralisierung Deutschlands widerlegt ist? Kann man sagen: Weil die beiderseitige Räumung Koreas nur zu einem Bürgerkrieg geführt hat und zu auswärtiger Intervention, würde dies in einem neutralisierten Deutschland, das nicht mehr besetzt wäre, wahrscheinlich auch geschehen?

Wer diese Frage bejaht, müßte dann aber auch konsequenterweise zustimmen zu unserer These: Eine Garantierung der Neutralisierung Deutschlands und der Unantastbarkeit seines wiedervereinigten Gebietes durch die Westmächte und die Sowjetunion würde dazu führen, daß bei einem Angriff etwa der ostdeutschen Zone auf

die westdeutsche, die Westmächte sofort militärisch eingreifen würden, um ihrer Garantie Nachdruck zu verleihen.

Die Garantie wäre also zuverlässig, die Neutralisierung Deutschlands keine Utopie! Der Fall Korea würde also bei einer deutschen Neutralisierung und Räumung die vorherrschenden Politiker der Ostzone davon abhalten, ähnliche Erfahrungen am eigenen Leibe zu machen. Und Sowjetrußland würde ihnen von außen her, unter Hinweis eben auf Korea, eine ernste Warnung zugehen lassen, zur Zurückhaltung mahnen und von Experimenten abraten...

Als Korea beiderseits geräumt wurde, schlossen die bisherigen Okkupationsmächte keinen Neutralisierungsvertrag ab. Es wurde nichts über die Zusammengehörigkeit und Unantastbarkeit des Ganzen vereinbart. Man hat es in Korea unterlassen, vor der Räumung des Landes beide Teile zu einer gemeinsamen Bundesverfassung und einer die inneren Gegensätze ausgleichenden Regierungsweise zusammenzuführen.

Dieses Fehlen vertraglicher Bestimmungen, dieses Mangel an Klarheit schuf in Korea geradezu eine Eintrittsstelle für unregulierbare Gewalten. Es gab keine gemeinsame Verfassung und Regierung, die unter eine vereinbarte Garantieverpflichtung der Mächte untereinander hätte gestellt werden können. Korea wurde geräumt, ohne daß eine solche Sicherheit für seinen Frieden geschaffen wurde.

Der Neutralisierungsplan des Nauheimer Kreises für Deutschland sieht aber solche vertraglichen Bestimmungen in voller Klarheit und Konkretheit vor. Hier werden eine gemeinsame föderative Verfassung und Regierung und vereinbarte Garantieverpflichtungen der Mächte untereinander für die Unantastbarkeit Deutschlands und seiner Verfassung vorgesehen. ... Seit Korea wissen alle Deutschen und alle Völker — auch die der Sowjetunion — was eine „Garantie“ ist. Wir vermuten, daß Stalin als erfahrener Staatsmann es schon seit dem Scheitern Wilhelms II. an der belgischen Neutralität, und seit dem Scheitern Hitlers an dem englisch-polnischen Garantiepakt weiß.

Schon die heutige Zurückhaltung der Sowjetunion im Koreakonflikt zeigt, daß die Welt mit ihrer unbewiesenen Angst, daß es keine Form eines Vertrages geben könne, den Rußland einhält, nicht Recht bekommt. Wenn sich in diesem Fall die angeblich unbeherrschbare „weltrevolutionäre Dynamik“ in die Statik kühl rechnender Vernunft verwandelt hat, wieviel mehr erst dann, wenn ein wirkliches ausgestaltetes und mit deutlichen Garantieerklärungen versehenes Vertragswerk vorläge! ...

Wir wollen hier bewußt von allen strategischen Kombinationen absehen, die sowohl zugunsten der einen wie der anderen der beiden großen Weltmächtegruppen angestellt werden können. Die unbekannten Größen sind in jedem Falle so zahlreich und so schwerwiegend, daß man bei allen solchen Kombinationen dem sogenannten „Kriegsglück“ die Rolle der letzten Instanz zusprechen müßte. Noch weniger soll hier von weltanschaulich-ideologischen Parolen und ihrem Recht oder Unrecht gesprochen werden. Denn es geht ja heute, so wie immer bisher in der Geschichte, nicht in Wirklichkeit um Alleinherrschaft und die ausschließliche Durchsetzung nur der einen von mehreren möglichen Lebensformen. Es geht vielmehr wie schon in aller Geschichte, um das Nebeneinander entgegengesetzter Lebensordnungen; um die Art dieses Nebeneinanders und ihre Abgrenzungen voneinander. ...

Der Nauheimer Kreis — es sei noch einmal gesagt — tritt für die Neutralisierung Deutschlands durch alle



Okkupationsmächte ein. Dies hat nichts mit einer verantwortungsscheuen „Neutralität“ gegenüber den Weltanschauungsgegensätzen unserer Zeit zu tun. Es geht um den politischen Ausgleich zur Beendigung des Kalten Krieges. Die Grundlage dafür, für diesen Friedensschluß selbst, soll die Vereinbarung sein, daß das wieder-vereinigte Deutschland von allen Mächten als ein unantastbares Gebiet betrachtet wird. Diese Garantie bedeutet, daß jede Macht, die den Versuch machen würde, in dieses entmilitarisierte und neutralisierte Gebiet einzudringen in irgendeiner machtergreifenden Form, damit den übrigen Vertragspartnern den Krieg erklärte. ...

Ein solches von allen Mächten garantiertes, als Machtfaktor neutralisiertes Deutschland — zwischen den Neutralen Schweiz und Schweden, Oesterreich und Finnland

— kann dann die bleibende Friedensaufgabe erfüllen, die ihm auf Grund seiner geographischen Lage zwischen den Weltmachtssystemen wie keinem anderen Lande aufgegeben ist: Deutschland muß eine auseinanderhaltende Zwischenzone zwischen Ost und West bilden. Ost wie West müssen wissen, daß sie Deutschland niemals in der Reihe ihrer Gegner sehen würden.

Eine solche völkerrechtlich garantierte Stellung wird es den Deutschen ermöglichen, auch entgegengesetzte Weltanschauungen im Rahmen des geeinten, aber föderativen Rechtsstaates nebeneinander als anregende Gegensätze in sich zu bergen, ja im Laufe der Zeit durch kommende Wandlungen hindurch fruchtbar auszutragen. — Die Frucht dieser geistig-sozialen Arbeit wird der Frieden sein, der Frieden der Welt!“

## Auf der Suche nach einem innenpolitischen „Heimatboden“ für die Neutralitätspolitik

### Der Nauheimer Kreis und die westdeutschen Parteien

Der Nauheimer Kreis wollte von Anfang an ein „offener Kreis von Einzelpersonlichkeiten auf überparteilicher Grundlage aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben“ sein. Dies wurde nach außen hin vor allem dadurch zum Ausdruck gebracht, daß alle wichtigen Erklärungen und Schriftstücke neben der Unterschrift von Professor Noack, der der CDU angehört, auch die des ehemaligen Kultusministers Professor Reinhard Strecker, aufweisen, der der SPD entstammt<sup>8</sup>.

Gerade infolge dieser angestrebten Ueberparteilichkeit stießen die Bemühungen des Nauheimer Kreises von Anfang an auf das schärfste Mißtrauen der beiden großen Parteien. Dabei war die CDU/CSU, wohl wegen ihrer lockereren Parteidisziplin, nach außen hin zurückhaltender und nachsichtiger. Professor Noack war einer der Mitbegründer der CDU in Greifswald, wo er bei Kriegsende als Privatdozent tätig war. Durch eine Laune der sowjetischen Besatzungsbehörden, die den maßgeblichen Männern der Berliner und der Ostzonen-CDU die Reise zu dem ersten interzonalen Treffen der CDU in Bad Godesberg im Dezember 1945 verwehrten, während Noack, der damals bereits seinen Umzug von Greifswald nach dem Westen vorbereitete, einen Interzonenpaß hatte, war Noack in Bad Godesberg zunächst der einzige Vertreter des sowjetisch besetzten Gebiets und verlas als solcher die Rede, die der damalige Vorsitzende der Ost-CDU, Reichsminister a. D. Andreas Hermes hatte halten wollen. Als politischer Berater des ersten hessischen Ministerpräsidenten, Professor Karl Geiler, hatte Noack dann Gelegenheit, 1946 und 1947 an den ersten Tagungen der leitenden Persönlichkeiten der CDU/CSU in Königstein/Ts. teilzunehmen und kam dabei öfters mit dem Vorsitzenden der hessischen CDU, Heinrich von Brentano, dem zweiten Vorsitzenden der Bayerischen CSU, August Hausleiter, und dem Vorsitzenden der Ost-CDU, Jakob Kaiser, zusammen.

Heinrich von Brentano nahm an der ersten Tagung

des Nauheimer Kreises teil und äußerte starke Bedenken gegen die Gedanken Professor Noacks. Allen weiteren Tagungen blieb er fern. Nach der ersten Reise Noacks in die Ostzone griff er dessen „gefährliche und verhängnisvolle Ideen“ scharf an, ebenso der Generalsekretär der CDU, Franz Josef Strauß. Während Jakob Kaiser sich von Anfang an fernhielt, ging August Hausleiter ein ganzes Stück Weges mit Noack zusammen. Er unterzeichnete noch die Remilitarisierungserklärung der Regensburger Tagung vom 3. Januar 1949, distanzierte sich aber dann ebenso wie die von ihm mitgeleitete Deutsche Union im Frühjahr 1949, wohl vorwiegend aus taktischen Gründen<sup>9</sup>. Noack, der Stadtrat der CSU in Würzburg ist, hielt noch bei den bayerischen Landtagswahlen im November 1950 Wahlreden für die CSU.

Während sich die leitenden Persönlichkeiten der CDU/CSU, meist ohne viel Aufhebens davon zu machen, von Noack zurückzogen, ging die Parteileitung der SPD mit schwererem Geschütz gegen Professor Strecker vor. Nach verschiedenen erfolglosen Versuchen, den Parteivorsitzenden Dr. Schumacher umzustimmen, erhielt Strecker am 9. Mai 1950 einen Brief der Bezirksleitung Hessen-Süd, in der er nochmals darauf aufmerksam gemacht wurde, daß den Mitgliedern der SPD die Beteiligung am Nauheimer Kreis verboten sei und er gebeten werde, daher nicht an der nächsten Tagung teilzunehmen. „Eine andere Haltung hätte den Ausschluß aus der SPD zur Folge.“ Strecker nahm jedoch an der Witzenhausener Tagung teil und bezeichnet sich trotzdem auch weiterhin als Mitglied der SPD.

Diese ablehnende Haltung der großen Parteien galt nicht nur dem Neutralisierungsgedanken, sondern — und dies vielleicht sogar in erster Linie — dem Versuch, durch einen „offenen Kreis“ Einfluß auf die politische Willensbildung zu gewinnen. In diesem Punkte waren sich beide Parteileitungen völlig einig.

Der Informationsdienst der SPD schrieb am 25. Februar 1949: Der Nauheimer Kreis sei „einer jener



vielen, in denen sich die innere Emigration nach 1945 zusammengefounden hat ...“, und in dem von Franz Josef Strauß herausgegebenen Wochenblatt der CSU hieß es am 17. Dezember 1949:

„Professor Noack hat offenbar übersehen, daß, nachdem die Bundesregierung zum legitimen Sprecher des deutschen Volkes geworden ist und seine außenpolitischen Interessen wahr, das „Kreisen einen gefährlichen para-demokratischen Charakter erhält“.

Hinter diesen Erklärungen steht nicht nur der Anspruch der Parteien auf das Monopol in der politischen Willensbildung, sondern vor allem auch die Erinnerung an die unzähligen politischen Kreise und Bünde, die nach 1918 die junge Weimarer Republik unterhöhlten, um alle schließlich in den Strom der einen „Bewegung“ der NSDAP einzumünden.

*Ein innenpolitisches Programm gegen „wesensfremde Ideologien“*

Nachdem die großen Parteien so deutlich die kalte Schulter zeigten, war es wohl unvermeidlich, daß der Nauheimer Kreis Anlehnung an andere Kreise ähnlicher Struktur suchte. Ein erster Ansatz dazu findet sich bereits in dem Versuch des Zusammengehens mit der von August Hausleiter geführten „Deutschen Union“. Als diese sich zurückzog, blieben zunächst nur die verschiedenen „Friedensbewegungen“, von denen allerdings mehrere fast unverhüllt im Fahrwasser der „Nationalen Front“ segelten<sup>10</sup>.

Erst die unterirdische Erschütterung, die das politische Leben der Bundesrepublik durch die Koreakrise und die Remilitarisierungsdebatte erfuhr, bot dem Nauheimer Kreis eine Gelegenheit, in die Randzonen des innenpolitischen Kampffeldes vorzudringen.

Wir haben an anderer Stelle bereits ausführlich gezeigt, welche Verwirrung der Gemüter durch die unvorbereitete Diskussion über den deutschen Verteidigungsbeitrag hervorgerufen wurde, die im August und September 1950 über die deutsche Öffentlichkeit hereinbrach. Das Interview Dr. Adenauers vom 17. August, die Gegenerklärung Dr. Schumachers vom 23., das geheimgehaltene Memorandum der Bundesregierung vom 30., die widerspruchsvolle Unterrichtung der deutschen Öffentlichkeit über die Ergebnisse der New Yorker Ministerkonferenz, die scharfen Angriffe Dr. Niemöllers und schließlich der Rücktritt des Bundesministers Dr. Heinemann am 9. Oktober 1950 hatten eine Atmosphäre zwielichtiger Ungewißheit und Unsicherheit geschaffen, in der sich neue innerpolitische Gruppierungen anzukündigen schienen.

Am 10. September 1950, also ganz am Anfang der deutschen Meinungsbildung in der Frage der Wiederbewaffnung veröffentlichte Noack das bisher umfangreichste Programm des Nauheimer Kreises, dessen vierzehn Punkte nahezu fünfzehn engbeschriebene Seiten füllten. Neben dem Neutralisierungspro-

gramm, das nun, über Deutschland hinausgehend, auf ganz Europa ausgedehnt wird, zeigen die Kapitelüberschriften: Die Heimatvertriebenen und Verarmten, Deutschlands Lebensgrundlagen, Deutschland und der Klassenkampf, Deutschland und die Parteien, Innenpolitik und Außenpolitik, daß damit bewußt ein Vorstoß in die Innenpolitik versucht wird.

Das erklärte Ziel ist dabei „eine große Koalition der breiten Mitte und des linken Flügels der CDU-CSU mit der Mitte und dem rechten Flügel der SPD und der südwestdeutschen FDP sowie dem Zentrum“, die den „Heimatboden“ für das außenpolitische Programm der Neutralisierung und dessen innenpolitische Konsequenzen bieten sollen.

Die Notwendigkeit der Gewaltenteilung im Sinne Montesquieus und des Mehrparteiensystems wird in dem Programm hervorgehoben. Danach wird aber auch die Forderung nach einer „auf beruflichen Arbeitsgruppen begründeten zweiten beratenden und beaufsichtigenden Kammer, eines Volkssenats der Deutschen“ erhoben. Eine weitere innenpolitische Forderung ist die straffere Gliederung der Bundesrepublik durch Schaffung eines Südwest- und eines Nordweststaates und Auflösung des Landes Rheinland-Pfalz. Außerdem ist hier noch die von Noack bereits früher erhobene Forderung nach Errichtung von Polizeikräften in den westdeutschen Ländern als Gegengewicht gegen die ostdeutsche Volkspolizei zu erwähnen.

Dieses Programm soll von Männern und Frauen verwirklicht werden, die „den sozialen Notwendigkeiten unserer Zeit aufgeschlossen gegenüberstehen und in der tätigen Berücksichtigung und Befriedigung dieser sozialen Notwendigkeiten unsere beste Verteidigung gegen uns wesensfremde Ideologien erkennen“.

Der Gedanke einer großen Koalition, der im ersten Stadium der Debatte über die Wiederbewaffnung wie zu Beginn jeder anderen größeren Krise der Bundesrepublik vielfach erörtert wurde, trat jedoch bald wieder in den Hintergrund. In Hessen, Württemberg-Baden, Bayern und Berlin standen Landtags- bzw. Stadtverordnetenwahlen bevor, da war es für die SPD wesentlich aussichtsreicher, auf den Wogen des Unwillens über die plötzlich geforderte und ungenügend begründete Wiederbewaffnung einen scharfen Oppositionskurs zu segeln. Auf diesem Kurs lag auch das taktisch bedingte Zusammengehen mit Kirchenpräsident Niemöller, das am 30. Oktober zu dem Darmstädter Treffen führte. Aber auf die hochgespannten Erwartungen, die der Kreis um Niemöller an diese Zusammenkunft geknüpft hatte, folgte bald eine Ernüchterung, als es sich zeigte, daß die SPD zwar zur schärfsten Opposition gegen die Bundesregierung bereit war, aber nicht daran dachte, ihren festen Platz in dem — in der Sprache der



„heimatlosen Linken“ — „restaurierten“ Bonner Parteisystem aufzugeben.

#### Verhandlungen zur Bildung der „wirklichen Mitte“

In den Monaten November und Dezember 1950 und der ersten Januarhälfte 1951 entfaltete nun der Nauheimer Kreis in aller Stille eine fieberhafte Aktivität. Professor Noack führte in dieser Zeit nach seinen eigenen Angaben „fünf Besuche bei Kirchenpräsident Niemöller, zwei Besprechungen mit Minister a. D. Dr. Heinemann, wiederholte Begegnungen

und Beratungen mit Dr. Gereke“ durch sowie eine ausgedehnte Korrespondenz mit fünfzig weiteren Persönlichkeiten und Organisationen<sup>11</sup>. Er ging dabei wohl von dem Gedanken aus, daß ihm, wie auch Dr. Heinemann und Kirchenpräsident Niemöller, das parteipolitische Organisationstalent und die innenpolitische Routine fehlten. Die sollte Dr. Gereke auf Grund seiner vielseitigen politischen Erfahrungen einbringen<sup>12</sup>, während Noack das außenpolitische Programm beisteuern wollte.

### Der Aufruf gegen die Wiederaufrüstung

#### Das Wiesbadener Gespräch

Am 22. Dezember 1950 fand in Wiesbaden eine abschließende Besprechung zwischen Noack, Heinemann und Gereke statt, in der nach Mitteilung Noacks ein gemeinsamer „Ruf zum Frieden, Aufruf gegen Wiederaufrüstung und für allgemeinen Friedensschluß“ formuliert wurde.

Er hat folgenden Wortlaut:

„Aufruf gegen Wiederaufrüstung und für allgemeinen Friedensschluß.

Deutsche! Noch sind die Wunden des letzten Krieges nicht geheilt. Noch sind die überlebenden Opfer in tiefer Not und Verzweiflung. Noch reichen die knappen Mittel unseres geteilten und durch Besatzungskosten belasteten Volkes nicht aus, um all diesen Kriegsbeschädigten und besonders auch den Heimatvertriebenen die nötige Hilfe geben zu können.

Noch wird zahllosen Männern ihr deutsches Soldatentum zum moralischen Vorwurf gemacht, noch wird vielen deswegen ihre bürgerliche Gleichberechtigung kränkend vorenthalten. Noch wird dem deutschen Volk überhaupt die echte Gleichberechtigung im friedlichen Zusammenleben der Völker versagt.

Und schon drängt man uns wieder dazu, unsere unzulänglichen Mittel weitgehend für eine Wiederbewaffnung — noch dazu unter fremdem Oberbefehl — zu verwenden, die nur neue Opfer nach sich ziehen kann. Die so notwendige Erfüllung der sozialen Bedürfnisse wird dadurch vollends unmöglich gemacht.

Deutsche Jugend! Mit Recht steht Ihr abseits, denn Ihr fühlt instinktiv: Die deutsche Wiederaufrüstung schützt uns nicht vor dem Krieg, sie bringt den Krieg! Ihr ruft: „Ohne mich!“ und fragt mit Recht: „Wofür?“ Sollen Westdeutsche gegen Ostdeutsche kämpfen und umgekehrt? Deutsche Jugend in West- und Ostdeutschland fordert statt Wiederbewaffnung soziale Gerechtigkeit, statt „Verteidigung“ gegeneinander friedlichen Aufbau miteinander in einem geeinten freien Deutschland!

Das ist die wahre Verteidigung der menschlichen Freiheit auch für Europa!

Deutsche Frauen und Mütter! Aufrüstung bedeutet Krieg! Bedeutet den Tod Eurer Männer und Söhne. Opfert nicht wieder vergeblich Eure liebsten Menschen. Macht Euren Männern Mut zum mannhaften Widerstand gegen jede Aufrüstungspropaganda und gegen jeden Gewissenszwang! Seid so in Wahrheit Hüterinnen des Lebens!

Den Besatzungsmächten laßt uns wieder und wieder zurufen: Bewaffnet nicht uns Deutsche gegeneinander, sondern macht unsere beiderseitige Entwaffnung in West-

und Ostdeutschland zur Grundlage Eurer gegenseitigen Sicherheit, Eurer eigenen Abrüstung, und des allgemeinen Friedensschlusses!

Erstrebt nicht die Aufrüstung der Teile, sondern die Abrüstung des Ganzen zur gewaltlosen Befriedigung aller!

Deutsche! Seid alle mit uns einig in dem Entschluß „Nie wieder schweigen, wenn wir überzeugt sind, daß der Weg falsch ist!“

In dieser Gesinnung richten wir an die beiden deutschen provisorischen Regierungen und an die vier Besatzungsmächte diesen

#### Ruf zum Frieden.

Der nächste entscheidungsvolle Schritt auf dem Wege unseres Volkes wird die Konferenz der vier Mächte sein. Es steht damit die vielleicht letzte Chance vor uns, ohne Aufrüstung und ohne Krieg zu einer friedlichen Wiedervereinigung unseres zweigeteilten Volkes zu gelangen. Deshalb beschwören wir die Regierungen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik sowie der vier Mächte:

Setzt alles daran, daß durch eine Verständigung über die deutsche Frage und durch den beiderseitigen Verzicht auf jegliche Aufstellung bewaffneter Verbände in West- und Ostdeutschland dem deutschen Volke Einheit und Frieden wiedergegeben und dadurch nach Möglichkeit auch die allgemeine Befriedung unter den Weltmächten gefördert wird.

Im Sinne einer solchen, von uns dringend erhofften allgemeinen Verständigung fordern wir von den Regierungen und Volksvertretungen in der Bundesrepublik und in der Deutschen Demokratischen Republik, keinesfalls folgende Maßnahmen zur Wiederbewaffnung in West oder Ost vorzunehmen, ohne sie vorher einer freien und geheimen Volksabstimmung mit „Ja“ oder „Nein“ vorzulegen:

1. Wiedereinführung einer Wehrdienstpflicht unter den gegenwärtigen Verhältnissen.
2. Einbeziehung von West- und Ost-Deutschland in internationale Sicherheitspakete.
3. Zulassung der Anwerbung deutscher Staatsbürger zum Wehrdienst irgendwelcher Art.

Wer uns in diesen Gedankengängen und Forderungen zustimmt, werbe in allen ihm nahestehenden Kreisen und Organisationen Gesinnungsfreunde und teile einem der Unterzeichner die Namen und Anschriften dieser Zustimmungen baldmöglichst mit.“

Am 20. Januar wurde der Aufruf der Presse übergeben<sup>14</sup>.

#### Heinemann distanziert sich

Der Kreis der Persönlichkeiten, die den Aufruf unterzeichnet haben, ist außerordentlich bunt zu-



sammengesetzt. Während Erich *Arp*, vom 23. April 1947 bis 14. Januar 1948 Landwirtschaftsminister in Schleswig-Holstein, wegen seiner prokommunistischen Haltung aus der SPD ausgeschlossen wurde, ist Alfred von *Martin*, Professor für Geistesgeschichte und Soziologie an der Universität München, ein Gelehrter von hohem Rang, der durch seine „Soziologie der Renaissance“, vor allem aber durch seine Arbeiten über Nietzsche und Burckhardt weit über die deutschen Grenzen hinaus bekannt geworden ist und vor kurzem eine feinsinnige Untersuchung über den „heroischen Nihilismus und seine Ueberwindung, Ernst Jüngers Weg durch die Krise“ veröffentlicht hat. Der Leiter der „Dritten Front“, Wolf *Schenke*, ist ein ehemaliger Funktionär der Reichsjugendführung und Chefredakteur des HJ-Organs *Wille und Macht*, später war er DNB-Korrespondent in Ostasien. Er gibt jetzt eine Pressekorrespondenz *Realpolitik* heraus.

Der „Freiheitsbund e. V.“ in Hamburg, der von dem Betriebsrat-Vorsitzenden der Sunlight, Theodor *Kögler*, gegründet wurde, stellt gegen Zahlung einer Gebühr von 1 DM „Neutralitätsausweise“ aus unter dem Wahlspruch „Nicht Ost, nicht Westen, neutral ist am besten“.

Ueber die Tätigkeit von Hans *Pfeiffer* und dem von diesem in Bad Harzburg zusammen mit dem dortigen ADN-Vertreter *Gustmann* begründeten „Arbeitskreis junger deutscher Politiker“, hat das Pressereferat der SPD am 27. Januar 1951 Material veröffentlicht, aus welchem eine sehr enge Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei hervorgeht. Nach Mitteilungen aus der gleichen Quelle konnte festgestellt werden, daß die Sekretariate der Kommunistischen Partei Publikationen dieses Kreises weitergaben und die Kommunistische Partei selbst Propagandamaterial in großen Mengen zur Verfügung stellte.

Dr. Heinemann war dieser Kreis offensichtlich zu heterogen. Am 14. Januar erklärt er, wie Professor Noack berichtet, „aus verschiedenartigen, überwiegend persönlich bedingten, zum Teil aber auch kirchenpolitischen Gründen doch zuletzt wider Erwarten bei einer persönlichen Aussprache in Kronberg, daß er sich nicht zur Mitunterzeichnung entschließen könne“. Kirchenpräsident *Niemöller* unterzeichnete den Aufruf, wie Noack zu verstehen gibt, deshalb nicht, da er „als leitende Persönlichkeit der Evangelischen und Lutherischen Kirche auf Vorstellungen einiger seiner Amtsbrüder Rücksicht nehmen muß“. Er erklärte jedoch am 26. Januar in einem Schreiben an Professor Noack seine volle Uebereinstimmung mit dem Aufruf<sup>13</sup>.

#### Professor Noacks Kommentar zum Friedensaufruf

Gleichzeitig mit dem „Ruf zum Frieden“ veröffentlichte Professor Noack am 20. Januar 1951 eine Stel-

lungnahme des Nauheimer Kreises zur Jahreswende, aus der im Vergleich etwa zu der proklamatischen Erklärung vom 10. September 1950 ein neuer Ton der polemischen Schärfe und Aggressivität klingt. Es heißt darin unter anderem:

„Wir nehmen das Wort, daß Christus ‚zur Rechten des Vaters‘ sitzt, in seinem gemeinten Sinne ernst und halten es also für blasphemisch, dem Auferstandenen und Verklärten gewissermaßen nachzurufen: ‚Aber bitte betreten Sie nicht die auswärtigen Aemter oder Generalstäbe, und räumen Sie dem goldenen Kalb doch noch einige maßgebliche Reservatempel ein!‘

Als evangelische Freunde der Una-Sancta glauben wir an die Lauterkeit *Pius XII.*, der nicht Partei für jede beliebige Atlantikpakt-Politik nahm, sondern kürzlich wieder vor einem Prestige-Kriege warnte. Wir erhoffen freilich als nächstes Dogma der Katholischen Kirche eines, das auf biblischer Grundlage und auf einem Herrenwort beruht, auf dem Wort: ‚Stecke Dein Schwert ein‘. —

Für politische Bigotterie im westdeutschen Rahmen mit selbstbeschränkenden Horizonten haben wir dagegen weder Verständnis noch Achtung. Dr. *Adenauer* hat die Bitte der ‚Arbeitsgemeinschaft deutscher Friedensverbände‘ vom 6. November 1950 um Volksbefragung über eine ‚Remilitarisierung‘ schulmeisterlich beantwortet: Es gehe vielmehr um einen ‚Beitrag zur Verteidigung der westlichen Welt‘. Das Grundgesetz steht auf dem Boden der repräsentativen Demokratie, welche ‚keine Volksabstimmung zuläßt‘. — ‚Ich vermag daher Ihrer Bitte nicht zu entsprechen‘.

Es dürfte in der Tat richtiger sein, nicht mehr zu bitten, sondern zu handeln. Der Nauheimer Kreis steht von nun an mit zunächst etwa 20 anderen Verbänden und Gruppen friedenspolitischer und nationalpolitischer Art in einer festen Gemeinschaft. Wir werden diese Gemeinschaft mit entschlossenem Willen ausbauen zur deutschen Opposition. Wir bilden dann die wirkliche Mitte, die bisher unserem Staatsleben fehlte, und die erst die Voraussetzung schaffen kann für eine echte Große Koalition. Es geht um die Herstellung der echten Demokratie in Deutschland. Das bedeutet: Wir erheben den Anspruch, eine Regierung zu bekommen, die dem tatsächlichen Volkswillen entspricht, die also wirklich ‚repräsentativ‘ ist. Heute ist dies nicht der Fall. Wir fordern als selbstverständlichen Grundsatz, daß das Volk nicht zu etwas gezwungen werden darf, was das Volk nicht will. Heute wird gegen diesen Grundsatz regiert...

Amerika ist nach zwei großen Konjunktursiegen der begreiflichen Versuchung erlegen, sein puritanisches Erhaltungsbewußtsein in einer Interventionspolitik am Rande andersartiger und sehr fern gelegener Kulturwelten umzusetzen. Dieser Versuch hat sich nicht bewährt.

Wir haben als Deutsche, von denen das amerikanische Volk zu einem Fünftel abstammt, (ebenso wie einst das englische zu drei Fünfteln) natürliche, fast familienhafte Sympathien für die überseeischen schöpferischen Friedensunternehmungen unserer angelsächsischen Vettern. In Amerika aber und auch in England spricht man heute etwas salbungsvoll von den ‚Opfern‘, die wir Deutsche heute bringen sollten für das Gemeinsame-Ganze...

Unser Ruf gilt den Deutschen in Ostdeutschland. Unsere Wiedervereinigung ohne Wiederbewaffnung, unter Garantie der einstigen Sieger über die Maßlosigkeit Hitlers, bleibt für uns der Grund- und Eckstein echter Friedenspolitik, echter deutscher Politik, echter Menschlichkeit. Dabei müssen keine Kasernen gebaut und keine Millionen für ‚innere Sicherheit‘ ausgegeben werden. Das deutsche Volk hat ohne besonderen Aufwand und



ohne viel Aufhebens in drei Landtagswahlen nur mit dem lautlosen und billigen Stimmzettel die Kommunisten aus drei deutschen Landtagen hinausgewählt. Den westlichen Völkern, die sich vom ‚Bolschewismus‘ bedroht fühlen, können wir nur sagen: ‚Geht hin und tut desgleichen‘.

Eine produktive, friedensichernde Einheit des atlantischen Bundes, (auch ohne das ungerüstete wiedervereinigte Deutschland), würde den atlantischen Völkern künftig die selbstverständliche Möglichkeit geben, ihre Bundestruppen auf eigenen gemeinsamen Gebieten, wo immer es gut scheint, zu stationieren. Die gesicherte strategische Einfahrt für die westlichen Riesenflotten mit ihren Trägern von Flugzeugen und Atombomben, in die Ostsee und in das Schwarze Meer, (also bis unmittelbar an die sowjetrussischen Küsten) gibt aber schon heute den atlantischen Mächten ausreichende Möglichkeiten zu so verwüstenden Repressalien, daß jede militärische Angriffspolitik der Sowjetunion auf der mittleren Landfront etwa gegen das dann doch durch Luftkrieg bald zerstörte

und damit wertlose Ruhrgebiet überhaupt nicht in Frage kommt.

Von diesem tatsächlichen, defensiven und strategisch-geographischen Uebergewicht des Westens wird nie gesprochen. Das Volk, dem man das Bodenpersonal und die Infanteriemassen abpressen will, um nicht nur das bisherige sichere Gleichgewicht, sondern das trügerische und provokatorische Uebergewicht zu erlangen, darf diese Wahrheiten nicht hören...

Das deutsche Volk und seine Regierung müßten es als beispiellose Frivolität und als eine schamlose Verhöhnung betrachten, wenn man ihm nun noch, inmitten der Explosionen fortlaufender Demontagen, gar eine Beteiligung an solcher ‚Politik‘ zuzumuten wagt. So tief sind selbst wir nach fünfjähriger Besatzungsvormundschaft noch nicht gesunken.

Wir weisen eine Politik zurück, die den Weltmächten und der Menschheit eine Unvermeidlichkeit des Krieges suggeriert, und unser Volk nicht nur zu Landsknechten der einen Seite degradiert, sondern beide Hälften unseres Volkes wie Gladiatoren gegeneinander dressiert.“

### Der Übergang zur „aktiven Neutralität“

#### *Der Kongreß der „Deutschen Friedensfront“*

Nachdem bisher die verschiedenen Gruppen und Kreise, mit denen der Nauheimer Kreis Verbindung aufgenommen hatte, nur durch Korrespondenz und einzelne persönliche Kontakte miteinander in Fühlung gekommen waren, begannen Anfang Februar Vorbereitungen zu einem „Deutschen Kongreß für aktive Neutralität“, der ein gemeinsames Kartell mit dem Namen „Deutsche Friedensfront“ schaffen sollte. Die Einladungen dazu gingen von dem Leiter der „Dritten Front“, Wolf Schenke, Hamburg, aus. Die Tagung fand am 17. und 18. März 1951 im Restaurant Weil in Frankfurt statt<sup>15</sup>. Die Grundlage für die Beratungen des Kongresses bildete der Wiesbadener „Ruf zum Frieden“. Dr. Gereke nahm an dem Kongreß nicht teil, dagegen waren neben Professor Noack unter anderen Karlheinz Priester, Joachim von Ostau, Erich Arp und als Vertreterin der Vorsitzenden des Zentrums Frau Professor Faßbender erschienen. Niemöller sandte eine Grußadresse. Da sich die Teilnehmer zum großen Teil zum erstenmal persönlich trafen, ist es erklärlich, daß zunächst eine Reihe von Persönlichkeiten an dem Kongreß teilnahmen, zum Teil sogar dazu eingeladen waren, deren Anwesenheit später als störend empfunden wurde. So nahm zum Beispiel Frau Ilse Bubener, die unterschiedlich als Sekretärin und als westdeutsche Beobachterin des Außenministers der Sowjetzone, Georg Dertinger, bezeichnet wurde, zunächst unerkannt an den Beratungen teil, ebenso der ehemalige Oberbannführer Wilhelm Jurzek, der einem Arbeitskreis ehemaliger hoher HJ-Führer angehört, welcher enge Beziehungen zur Ostzone aufgenommen hat. Auch stille Beobachter der westlichen Besatzungsmächte und Vertreter der Presse, die offiziell nicht zugelassen war, waren anwesend. Insgesamt waren etwa 130 Personen aus 35 Organisationen erschienen.

Es zeigte sich bald, daß die gegensätzlichen Strömungen sich nicht ohne weiteres zu einer „Deutschen Friedensfront“ vereinen ließen. Als Erich Arp erklärte, man müsse alle Kräfte von rechts und links gegen eine Remilitarisierung Deutschlands sammeln, unterstrich die Mehrheit des Kongresses ihre scharfe Distanzierung von allen kommunistischen Ideologien. Der Leiter des Deutschen Arbeitskreises der „Europäischen Nationale“, Karlheinz Priester, und andere Gruppen forderten in diesem Punkte eine eindeutige Festlegung des Kongresses. Von den abgegebenen Erklärungen unbefriedigt, blieb er den weiteren Beratungen fern.

Die verbleibenden Gruppen bildeten einen aus 34 Mitgliedern bestehenden „Provisorischen Rat“ und ein vorläufiges Präsidium, dem die Aufgabe übertragen wurde, die Arbeit der vertretenen Gruppen innerhalb des „Deutschen Kongresses“ zu koordinieren und einen Kongreß für die Neutralisierung Deutschlands vorzubereiten. Sämtliche Mitglieder des Rates, dem auch Professor Noack angehört, gaben eine eidesstattliche Erklärung ab, daß sie weder im Dienste einer Macht des Ostens noch des Westens stehen. In den von dem Rat angenommenen Organisationsgrundlagen heißt es: Der „Deutsche Kongreß“ vereinige deutsche Gruppen und Einzelpersonlichkeiten, die grundsätzlich auf dem Boden des durch freigewählte Volksvertretungen kontrollierten Rechtsstaates stehen und die Bindung an ein westliches oder östliches militärisches Paktsystem ablehnen. Ergänzend dazu erklärte Wolf Schenke in einer Pressekonferenz, der Kongreß distanzieren sich nachdrücklich vom Kommunismus und werde sich mit aller Schärfe gegen jeden Versuch wenden, mit Hilfe der KPD Ziele einer ausländischen Macht zu erreichen.

Der Rat des Kongresses befaßte sich außerdem mit einer Stellungnahme zur bevorstehenden Viermächte-



konferenz. In dieser Stellungnahme werden, ausgehend von der Ueberzeugung, daß ein in Freiheit wiedervereinigtes Deutschland sich neutral zwischen die bewaffneten Weltgegensätze stellen könne, der schnelle Abschluß eines Friedensvertrages, freie Wahlen in Gesamtdeutschland und der Abbau aller Maßnahmen, die zur Zweiteilung Deutschlands geführt haben, gefordert. Man erwarte von den vier Besatzungsmächten, daß sie den Weg zur Bildung einer freien, föderativen, wirtschaftlichen und politischen Einheit aller deutschen Länder freigeben<sup>16</sup>.

### *Der Kongreß der Kriegsdienstverweigerer*

Der Nauheimer Kreis hatte bereits für den im November 1949 geplanten und dann verbotenen Deutschlandkongreß in Rengsdorf einen Aufruf zur Bildung einer „Deutschen Friedensgewerkschaft“ vorbereitet, deren Angehörige sich zur Kriegsdienstverweigerung verpflichten sollen. Im Laufe des Jahres 1950 vereinigten sich mehrere ähnliche Gruppen zu einem „Bund der Kriegsdienstverweigerer“ (BKV), der seinen ersten Kongreß am 25. und 26. März 1951 in Nürnberg hielt.

Die etwa 50 Delegierten wählten Professor Noack zum Vorsitzenden. Von der Vorsitzenden des Zentrums, Frau Helene Wessel, von Kirchenpräsident Niemöller und von dem Filmschauspieler Viktor de Kowa trafen Grußbotschaften ein. Ein Zwischenrufer, der dem Kongreß empfahl, mit der Propaganda gegen den Kriegsdienst in der Sowjetzone zu beginnen, wurde des Saales verwiesen. Professor Noack erklärte auf dieser Tagung: Achtzig Prozent des deutschen Volkes hätten sich gegen die Remilitarisierung ausgesprochen. Es sei aber notwendig, nicht nur „nein“ zu sagen, sondern auch „nein“ zu tun.

Im Schuman-Plan liege eine große Konstruktion. Aber gegenwärtig wolle man den Deutschen im Westen damit Ostdeutschland vergessen machen. Die Neutralitätspolitik sei keine sowjetische, sondern eine

urdeutsche Idee. Bei einer Wiedervereinigung Deutschlands müßten nicht nur vom Westen die bürgerlichen Freiheiten, sondern auch vom Osten einige soziale Neuerungen übernommen werden. Auch gelte es, das heiße Eisen der Oder-Neiße-Linie mutig anzufassen. Es dürfe nicht vergessen werden, daß die Politiker der Sowjetzone diese Grenzziehung vorgefunden und ihr wohl nur widerwillig zugestimmt hätten. Dieselben Politiker der Bundesrepublik, die es ablehnten, mit diesen Vertretern im Osten Deutschlands zu verhandeln, hätten sich mit *Churchill*, einem der Erfinder der Oder-Neiße-Linie, in Straßburg an einen Tisch gesetzt. Noack empfahl, auf eine Gleichberechtigung zu verzichten, die Deutschland auf jeden Fall zum Schlachtfeld machen werde.

### *Das politische Potential der „Friedensfront“*

Ueberblickt man die Entwicklung des Nauheimer Kreises in dem Jahr, das auf den Tag genau zwischen der Diskussion von Forstzinna und dem Nürnberger Kongreß der Kriegsdienstverweigerer liegt, so ist nicht zu verkennen, daß er in dieser Zeit politisch an Boden gewonnen hat. Dabei ist es weniger wichtig, welche zahlenmäßige Stärke die einzelnen Gruppen und Grüppchen aufzuweisen haben, die sich der „Friedensfront“ und dem „Bund der Kriegsdienstverweigerer“ angeschlossen haben. Sie repräsentieren ohne Zweifel ein erhebliches politisches Potential, das von den heute maßgeblichen politischen Parteien Westdeutschlands bisher nicht mobilisiert werden konnte. Wenn auch Professor Noacks Bemühungen um *Heinemann*, *Niemöller* und *Gereke* den Kern einer innenpolitischen „dritten Kraft“ zwischen den Bonner Parteien und dem von der SED kontrollierten Blockparteien der Ostzone zu bilden, zunächst durch die Distanzierung *Heinemanns* gescheitert sind, so zeigt doch allein die Tatsache, daß diese Verhandlungen stattgefunden haben, mehr noch aber der Ton der letzten Erklärungen Professor Noacks, eine Veränderung des politischen Klimas an.

### Versuch einer ideologischen Ortsbestimmung des Nauheimer Kreises

#### *Institutionelle Neutralität oder ad hoc Neutralität*

Wenn wir nun diesen politischen Klimawechsel etwas näher bestimmen wollen, so müssen wir den Boden der rein dokumentarischen Aussage verlassen und eine persönliche Deutung versuchen. Der Leser wird an Hand des von uns veröffentlichten Materials selbst feststellen können, inwieweit er die hier geäußerte Hypothese gerechtfertigt findet.

Es erscheint uns mehr als bloßer Zufall, daß sich in den Thesen und Programmen, die Professor Noack seit Sommer 1948 zum Neutralitätsproblem veröffentlicht hat, kein Versuch einer terminologischen sachlichen Klärung des Neutralitätsbegriffes findet.

Ohne dieses Thema erschöpfen zu wollen, sei hier nur auf einige bezeichnende Punkte verwiesen.

Nirgends wird etwa der grundlegende Unterschied erwähnt, der zwischen der institutionellen Neutralität als dauernder Grundlage der Außenpolitik eines Staates wie etwa der Schweiz und der vorübergehend aus taktischen Gründen bezogenen neutralen Position zwischen zwei kriegführenden Parteien besteht, wie sie etwa Italien zu Beginn der beiden letzten Weltkriege bezogen hat<sup>17</sup>.

Noack scheint für Deutschland eine „ewige“ nach schweizerischem Muster völkerrechtlich verankerte Neutralität vorzuschweben. Er hat dafür auch einmal



einen Vertragsentwurf ausgearbeitet, ohne sich allerdings mit den damals bereits vorliegenden Entwürfen von *Byrnes* und *Molotow* irgendwie auseinanderzusetzen. Er scheint es als selbstverständlich anzunehmen, daß ein auf diese Weise neutralisiertes Deutschland unbekümmert um die jeweiligen weltpolitischen Spannungen mit Ost und West zugleich Handel treiben kann. Will man hierfür aber die Schweiz als Beispiel anführen, so müßte erst der Nachweis erbracht werden, daß die Unterscheidung zwischen militärischer „Neutralität“ und wirtschaftlicher „Ueberparteilichkeit“, mit der sich die Schweiz über die Schwierigkeiten der Sanktionszeit und über die Wirtschaftsblockade des Zweiten Weltkrieges hinweggesetzt hat, von einem waffenlosen Deutschland übernommen und international durchgesetzt werden könnte<sup>18</sup>.

Noack erwähnt als weiteres Beispiel für das, was er sich unter Neutralität vorstellt, die belgische Neutralität von 1914, vermeidet aber zu erwähnen, daß Belgien nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges seine Neutralität aufhob und 1921 ein Bündnis mit Frankreich einging. Auf die tragischen Folgen der Politik Leopold III., der 1935 wieder die belgische Neutralität proklamierte und sich hartnäckig auf den Standpunkt stellte, er werde die Neutralität Belgiens erst nach einem deutschen Angriff verteidigen, geht Noack nicht ein<sup>19</sup>. Er vermeidet es aber auch, zu dem in gewissem Sinn erfolgreichsten Beispiel moderner Neutralitätspolitik, zur Außenpolitik Franco-Spaniens Stellung zu nehmen<sup>20</sup>.

Sehr auffällig ist es, daß Noack, der den Wettlauf zwischen Deutschland und Großbritannien um die Besetzung der norwegischen Stützpunkte 1939/40 von Oslo aus beobachten und einen tiefen Blick hinter die Politik Vidkum Quislings tun konnte, darauf mit keinem Wort eingeht, trotzdem es sich hier um einen klassisch gewordenen Fall der innenpolitischen Aushöhlung einer außenpolitischen Neutralität handelt<sup>21</sup>.

Dieses völlige Ignorieren der seit 1945 veröffentlichten Dokumenten- und Memoirenwerke und der wissenschaftlichen Untersuchungen des Neutralitätsproblems muß bei einem Ordinarius der neuesten Geschichte überraschen. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß gerade darin die Anziehungskraft der Neutralitätslehre für jene Kreise liegt, die es bewußt oder unbewußt ablehnen, aus den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte irgendwelche Folgerungen zu ziehen.

#### *Bewaffnete oder unbewaffnete Neutralität*

Durch dieses Vorbeigehen an den konkreten Problemen der Neutralitätspolitik der Gegenwart wird es Noack möglich, den Unterschied zwischen bewaffneter und unbewaffneter Neutralität völlig zu verwischen und völkerrechtliche Neutralität mit Kriegs-

dienstverweigerung gleichzusetzen. Hierzu führt er die Politik *Ghandis* als Beispiel an, ohne allerdings zu erwähnen, daß selbst Anhänger und Mitarbeiter *Ghandis* eine Uebertragung der Politik der Gewaltlosigkeit von der innenpolitischen auf die außenpolitische Ebene für sehr problematisch halten<sup>22</sup>. Durch diese pazifistische Haltung unterscheidet sich die Neutralitätslehre des Nauheimer Kreises scharf von der Neutralitätspolitik, die von der „Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands“, dem Kreis um den ehemaligen Botschafter Rudolf *Nadolny* und den Reichsminister a. D. Andreas *Hermes* verfochten wird<sup>23</sup>. Man muß sich jedoch fragen, ob dieser Pazifismus grundsätzlicher Art ist oder nur auf taktischen Erwägungen beruht, die durch die gegenwärtige Waffenlosigkeit Deutschlands bedingt sind. Liest man die Äußerungen Noacks im Rhein-Ruhr-Klub vom Mai 1949, die wir bereits zitiert haben<sup>24</sup>, so wird man in der Auffassung bestärkt, daß es sich hier um einen sehr opportunistischen Pazifismus handelt<sup>25</sup>.

#### *Ulrich Noack und Carl Schmitt*

Sieht man jedoch von diesem taktisch bedingten Pazifismus einmal ab, so stellt die Neutralitätslehre Noacks die umfassendste Restauration nationalistischen Gedankengutes dar, die bisher in der deutschen Publizistik der Nachkriegszeit geboten wurde. Diese Behauptung wird nur diejenigen überraschen, die in Professor Noack immer noch in erster Linie den Interpreten *Lord Actons* sehen. Noack selbst hat aber, ohne sich von seinen Arbeiten über *Acton* zu distanzieren, verschiedentlich die geopolitischen Grundlagen und den „realpolitischen“ Charakter seiner Neutralitätslehre hervorgehoben<sup>26</sup>. Er ist durch die Ablehnung der „universalen Weltordnungsansprüche“ von Ost und West folgerichtig zu seinen Thesen über die deutsche Volkssouveränität gekommen, die in vieler Hinsicht an Gedankengänge *Carl Schmitts* anklängen. Wer die von uns veröffentlichten Texte aufmerksam verfolgt, wird ohne weiteres sehen, wie sich aus der zunächst außenpolitischen Neutralitätskonzeption eine innenpolitische Opposition sowohl gegen die Deutsche Bundesrepublik wie gegen die Deutsche Demokratische Republik der sowjetischen Besatzungszone entwickelte. Im gleichen Maße, wie sich der Ton gegenüber Bonn verschärft, steigern sich auch die Ausfälle gegen die „Interventionen raumfremder Mächte“, insbesondere der Vereinigten Staaten.

Hier ergibt sich eine reizvolle Parallele zu der Entwicklung *Carl Schmitts*, dessen Polemik gegen Weimar, Genf und Versailles mit der Denunzierung der Völkerbundspolitik als heimtückische Knebelung der deutschen Volkssouveränität begann und mit der Proklamation der „völkerrechtlichen Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte



endete<sup>27</sup>. Während aber Carl Schmitt den Zusammenhang zwischen der durch eine universale Rechtsordnung garantierten außenpolitischen Neutralität und dem innenpolitischen *pouvoir neutre* des liberalen Staatsbegriffes klar erkannte und beide konsequent ablehnte, glaubt Noack auf eine universale Rechtsordnung verzichten und gleichzeitig einen freihheitlichen deutschen Staat nach westlichen Grundsätzen errichten zu können.

Noack lehnt den plutokratischen Universalismus des Westens wie den bolschewistischen Universalismus des Ostens ab und stellt sie beide auf die gleiche Stufe. Gleichzeitig erweitert er den territorialen Rahmen des geplanten neutralen „Blocks“. Zuerst war es nur ein schmaler Landstreifen, der von Finnland bis Triest die Sowjetunion und die Westmächte auseinanderhalten sollte. Im Sommer 1950 wird die Idee der „dritten Kraft“ mit in die Neutralitätskonzeption aufgenommen. Ganz Europa soll nun neutral zwischen Ost und West stehen.

Und nun vollzieht Noack den bei einem deutschen Historiker und Geschichtsphilosophen aus der Schule *Diltheys* und *Meineckes* verblüffenden Sprung in den soziologischen Pluralismus angelsächsischer Prägung und erklärt<sup>28</sup>:

„... Wir sind die Zeitgenossen des einmaligen, wahrhaft weltgeschichtlichen Moments, wo die Zusammenfassung der ganzen Erde zu einem System des Nebeneinander und Miteinander zugleich mit einem großen Bewußtseinswandel vor sich geht. Die Geborgenheit, aber auch Beschränktheit in der eigenen regionalen, sich selbst verabsolutierenden Ueberlieferung und vermeintlichen »Weltordnung« ist nicht mehr bei voller Bewußtseinshelle möglich. Das Beunruhigende, das in diesem notwendigen Umdenken liegt, wird von den Zeitgenossen als »Krise« empfunden. Diese Krise besteht notwendigerweise überall. Denn überall ist aus dem nur historischen Nacheinander verschiedener »Weltreiche« und Weltordnungen ein unausweichliches Nebeneinander und Ineinander der Kultur-Reiche und ihrer Ordnungen geworden. Das Nacheinander der Geschichte in ihrer Kette von Einmaligkeiten, in ihrer jeweiligen Singularität, wird zum Nebeneinander der Pluralität. Das frühere Nebeneinander mit einem eigenen absolut gültigen »Innen« und einem »Außen« der Barbaren oder der Ungläubigen ist so nicht mehr mit voller Echtheit und Redlichkeit durchführbar. Dafür ist die Welt durch Technik und Wirtschaft zu nah und fest zusammengewachsen...

Unsere Nationalidee der Zukunft ist darum zugleich eine kosmopolitische Idee. Sie ist gleichbedeutend mit der Erfüllung eines unausweichlichen geschichtlichen Gebots, das sich aus unserer geographischen Lage und auch aus unserem »Ort« in dem heutigen Entwicklungsstadium des Menschengeschlechts ergibt. Ein so sich stellendes Gebot ist wie ein göttliches Gebot. Man kann ihm gegenüber versagen, aber nur bei Strafe des Untergangs...

Wenn wir uns in die tatsächlichen geographischen und geschichtlichen Grundlagen vertiefen, die seit Jahrtausenden diesen Erdball gegliedert haben und im Prozeß der Geschichte hinzugekommen sind, dann erkennen wir auch das Heraufkommen einer werdenden Ordnung, die zugleich den ganzen Prozeß zu einem räumlichen Abschluß bringt. Wir erleben als Zeitgenossen die Geburtsstunde dieser neuen bleibenden Weltordnung. Ihr Geheimnis ist die Anerkennung der Ebenbürtigkeit und gegenseitigen Unabhängigkeit dieser nebeneinander entstandenen Kulturkreise. In dieser seelischen Tat liegt das allein weltordnende Element unseres Geistes...

Angesichts dieser politischen Geistesverwirrung der waffentragenden und waffenproduzierenden Umwelt erhält unser deutsches Volk eine Aufgabe, die man ohne Anmaßung als eine heilende und insofern vielleicht sogar rettende bezeichnen darf. Es wird darauf ankommen, in weiterer Anknüpfung an diese Grundbegriffe *Goethes* »alles Irrende, Schweifende nützlich zu verbinden« (Das Göttliche 1781). Und wem käme es schließlich mehr zu, auch in den Wirren dieser Zeit im Geiste *Goethes* zu »unterscheiden«, zu »wählen« und zu »richten« und so »dem Augenblick Dauer« zu verleihen, als dem Volke *Goethes*? Hat nicht auch der amerikanische Hochkommissar uns vor einem Jahr dazu ermahnt, im Geiste *Goethes* und *Beethovens* »die Antithese der Idee der Weltherrschaft« zu finden?<sup>29</sup>

So weitet sich die Neutralitätsidee zu einem kosmopolitischen Sendungsbewußtsein. Noack versucht, den Weg vom Nationalstaat zum Weltbürgertum zurückzugehen und im Vorbeigehen die Idee der „Dritten Kraft“ mit dem Mythos des „Dritten Reiches“ im Sinne *Moeller van den Brucks* zu verschmelzen. Bei Noack wie bei *Moeller van den Bruck* ist die Wiederzusammenführung des deutschen Volkstums ein „Durchbruch von innen nach außen“, ein revolutionärer geistiger Wirbelsturm, der — seltsames Paradoxon — eine stabile und dauernde Weltordnung schaffen soll.

Wir müssen daher in Noack einen Epigonen in der Linie jener „Doktrinäre der deutschen Revolution“<sup>30</sup> sehen, die, von dem Ideengut der Romantik ausgehend, wie etwa *Graf Hermann Keyserling*, *Walter Rathenau*, *Oswald Spengler* und *Moeller van den Bruck*, die durch den Ersten Weltkrieg entwurzelte Frontgeneration geistig stark beeinflusst hat. In dieser weiteren Perspektive gesehen, erscheint uns die Neutralitätslehre des Nauheimer Kreises als ein durch den Gang der Weltgeschichte entmannter „Mythos des XX. Jahrhunderts“, in welchem die Verbindung von Nationalismus und Pazifismus das revolutionäre Ferment bildet, das *Spengler*, *Moeller van den Bruck* und der „Tatkreis“ in der Verbindung von Nationalismus und Sozialismus suchten.

Wilhelm Cornides

## Anmerkungen

<sup>1)</sup> Vgl. Europa-Archiv 12/1950. S. 3103—3112.

<sup>2)</sup> Vgl. etwa „Noack in Ungnade bei den Kommunisten“, *Neue Zürcher Zeitung* vom 10. April, „Das Ende einer westöstlichen Romanze“, vom 2. April, „Mit der Wahrheit wurde er unbequem“ *Tagesspiegel* vom 30. März, „East and West Germany“, *Manchester Guardian Weekly* vom 6. April 1950.

<sup>3)</sup> Wie stark sich Prof. *Hickmann* mit der Blockpolitik identifiziert hatte, geht u. a. aus einer Rede hervor, die er am 1. März 1948, kurz vor dem zweiten Volkskongreß, auf der sächsischen Landeskonferenz für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden hielt. Die *Tägliche Rundschau* berichtete darüber: „Der Redner prangerte das un-



verantwortliche Treiben der Frankfurter Ja-Sager an. Die Haltung des Kreises um Adenauer stünde im schroffen Gegensatz zur Politik der CDU der Ostzone, die alle parteipolitischen Erwägungen zurückstelle hinter den unbedingten Willen zu einer politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.“

<sup>4)</sup> Vgl. „Schuman-Plan und Atlantik-Pakt“ 1. Teil. Europa-Archiv 13/1950. S. 3147–3158.

<sup>5)</sup> Alle Sperrungen im Original.

<sup>6)</sup> Vgl. Europa-Archiv Mai/1947, S. 565/66 u. Juli/1947, S. 731.

<sup>7)</sup> Vgl. Europa-Archiv Juni 1950, S. 2735.

<sup>8)</sup> Professor Strecker hat folgende Werke veröffentlicht: „Um den Sinn des Lebens“ (1932). „Balkanreise“ (1932). „Die philosophischen Probleme in der Forstwirtschaftslehre“ (1938). „Die Philosophie der Alkoholfrage“ (1938). „Kleine Einführung in die Unterrichtstechnik“ (1946). „Pädagogik und Politik“ (1947). „Von Kant zu Hitler“ (1947). „Wann und wie kann Europa endlich Frieden erhalten“ (1950). „Fichtes ausgewählte Werke“ (herausgegeben mit F. Medicus).

<sup>9)</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang auch die DENA-Meldung über seinen Artikel in der *Schwäbischen Landeszeitung* vom 13. August 1948.

<sup>10)</sup> So lud z. B. Professor Strecker in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Friedensgesellschaft Gießen zu der Konferenz des Hessischen Landesausschusses für deutsche Einheit vom 27. November 1949 ein, zusammen mit dem Vorsitzenden des Frankfurter Verbandes der Fliegergeschädigten, mit dem Kreisjugendvorsitzenden der FDJ der Opelwerke Rüsselsheim und dem Bonner Vertreter des sowjetisch kontrollierten Nachrichtendienstes ADN, Wilhelm Karl Gerst.

<sup>11)</sup> Vgl. „Bericht und Stellungnahme des Nauheimer Kreises zur Jahreswende.“ 20. Januar 1951.

<sup>12)</sup> Günther Gereke kam 1893 auf dem Rittergut Gruna in der Provinz Sachsen zur Welt. Als Landrat seines Heimatkreises Torgau trat er 1919 der Deutschen Nationalen Volkspartei bei. Er gründete den „Verband der preußischen Landgemeinden“ und wurde 1924 Präsident des Deutschen Landgemeindetages, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, des Preußischen Staatsrates und des Reichstages. Diesem gehörte er bis 1928 als Abgeordneter der DNP an, trat dann mit *Schlange-Schönningen*, *Treviranus* und Graf *Westarp* in Opposition zu *Hugenberg* und auf die Seite *Brünings* und beteiligte sich maßgeblich am Aufbau der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei, die er 1930–1932 im Reichstag vertrat. Als Leiter der Vereinigten Hindenburgausschüsse organisierte er den Wahlfonds für die Wiederwahl *Hindenburgs*. Am 3. Dezember 1932 wurde er Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung im Kabinett *Schleicher*. Im März 1933 wurde er mit der Begründung, er habe als Präsident des Landgemeindetages und der Vereinigten Hindenburgausschüsse Veruntreuungen begangen, verhaftet und nach einem Prozeß der zweifellos politischen Charakter trug, zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. 1936 erneut verhaftet, da er ein Transparent „die Insassen dieses Betriebes stehen geschlossen hinter Adolf Hitler“ über seinem Schweinestall befestigte. Nach seiner Entlassung trat Gereke mit den Kreisen um den preußischen Finanzminister *Popitz* und den Abgeordneten *Leuschner* in Verbindung und wurde nach dem 20. Juli 1944 erneut verhaftet. 1945 trat er der CDU bei und übernahm die Innenabteilung der Landesabteilung der Provinz Sachsen. Er siedelte 1946 in die britische Zone über und wurde Innenminister im ersten niedersächsischen Kabinett *Kopf*. Einem scharfen Angriff der kommunistischen *Volksstimme* in Hannover, die Gereke vorwarf, er habe auch noch dem Kabinett Hitler angehört, trat Ministerpräsident *Kopf* mit der Feststellung entgegen, daß seine Vergangenheit eingehend von dem Antifa-Ausschuß der Provinz Sachsen überprüft worden sei, der Dr. Gereke bestätigt habe, daß er kein Faschist sei. Ein Untersuchungsausschuß des Niedersächsischen Landtages sprach am 16. April 1947 die Auffassung aus, daß Gereke für die Stellung eines Staatsministers nicht tragbar sei. Er wurde am 21. Juni 1947 in den engeren Vorstand des Landesverbandes Niedersachsen der CDU, am 11. Juli 1947 in den Organisationsausschuß der CDU in der britischen Zone gewählt. Am 9. Juni 1948 wurde er im dritten Kabinett *Kopf* Stellvertreter des Minister-

präsidenten und Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Im Sommer 1950 führte er persönliche Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten *Walter Ulbricht* über ein großes Ost–West-Kompensationsgeschäft, dessen politische Hintergründe nie ganz aufgeklärt wurden. Daraufhin wurde er am 10. Juni aus der CDU ausgeschlossen und mußte am 15. Juni vom niedersächsischen Landwirtschaftsministerium zurücktreten. Er gründete dann einen „Bund der Heimatlosen und Entrechteten“ (BHE) in Niedersachsen und wurde dessen Fraktionsvorsitzender im Niedersächsischen Landtag. Schon am 23. Oktober 1950 trennte sich jedoch der BHE wieder von Gereke.

<sup>13)</sup> Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Kirchenpräsident Wiesbaden, den 26. Januar 1951  
D. Martin Niemöller Brentanostraße 3, Tel. 25660

Herrn  
Universitätsprofessor Ulrich Noack,  
Würzburg, Luitpoldkrankenhaus, Bau 14.

Sehr geehrter Herr Professor!

Ehe ich heute, noch kaum wiederhergestellt, meine Reise nach Paris und von dort nach Chicago antrete, möchte ich Sie noch wissen lassen, daß ich selbstverständlich mit Ihrem Aufruf (Der Ruf zum Frieden – Aufruf gegen Wiederaufrüstung und für allgemeinen Friedensschluß –) völlig und ohne Einschränkung übereinstimme. – Ich werde diesen Aufruf auch im Ausland bei jeder sich mir bietenden Gelegenheit verbreiten und an die Zeitungen geben mit dem Hinzufügen, daß sich nach meinem Urteil und nach meinen Erfahrungen, gerade aus den letzten zwei Wochen, in Ihrem Aufruf die Volksmeinung – östlich und westlich des Eisernen Vorhangs – klar und eindeutig ausdrückt, während sich in der Presse von dieser „öffentlichen Meinung“ überhaupt kaum noch ein Niederschlag findet.

Es ist mir eine rechte Genugtuung zu sehen, daß trotz der Knebelung der Presse die Abneigung gegen jedes Rüstungsabenteuer in der deutschen Bevölkerung ständig im Wachsen begriffen ist, so daß ich nachgerade überzeugt bin, daß selbst ein Bundesgesetz praktisch eine Wiederbewaffnung gar nicht mehr zustande bringen könnte. Daß die gegenwärtig am Ruder befindliche politische Gruppe samt ihren Wortführern sich nicht mal mehr die Mühe macht, ihr Eintreten für eine Wiederbewaffnung der Bevölkerung begründlich und verständlich zu machen, kann man ja nur noch als Ausdruck eines vollendeten Zynismus oder einer stillschweigend zugegebenen Unfähigkeit verstehen.

So freue ich mich denn auch besonders darüber, daß es gelungen ist, mit dem Aufruf die Zustimmung der aller-verschiedensten Gruppen – von der äußersten Rechten bis zur Linken – zu finden: hier geht es eben nicht um einen Parteiprogrammpunkt, sondern um die Lebensfrage unseres Volkes, die mehr und mehr als solche erkannt und behandelt wird. Daß uns heute, in einem gewaltsam aufgespaltenen Deutschland, nicht dadurch geholfen werden kann, daß wir uns Waffen in die Hand drücken lassen, um diese Waffen dann im Ernstfall gegeneinander kehren zu müssen, das ist deutlich. Und ich hoffe, daß sich die abendländische Welt noch rechtzeitig mit uns darüber klar werden wird, daß eine Wiederaufrüstung Westeuropas nur die Schwäche Westeuropas offenbarmachen, nicht aber eine Katastrophe verhindern kann. Und darum müssen wir die Stunden nutzen, die uns noch bleiben. Und daß Sie das so unermüdlich und nachdrücklich tun, dafür danke ich Ihnen.

Mit ergebenstem Gruß Ihr  
gez. D. Martin Niemöller

<sup>14)</sup> Der Aufruf ist von folgenden Persönlichkeiten unterzeichnet:

Erich *Arp*, Landesminister a. D. (früher SPD), Hamburg-Eidelstedt; K. *Balser*, Studienrat, Leiter der Deutschen Friedensges., Heidelberg; Dr. Alfred *Daniel*, Kaufmann, Asperg/Württ.; Rudolf *Daur*, Stadtpfarrer, Leiter d. Königener Bundes, Internationaler Versöhnungs Bd., Stuttgart S.; Hans *Daniel Dülfer*, für den Vorstand der Nationalen Partei Deutschlands, Kassel; Oskar *Ege*, Karlsruhe-Durlach; Horst *Günther Eultg*, Freie studentische Gemeinschaft der Universität Bonn, Bad Godesberg; Erwin *Feller*, Studienrat, Nauheimer Kreis, Saugau/Württ.; Wolfgang *Förster*, Universität, Professor, Präsident a. D., (13b) Irnschenhausen, Post



Ebenhausen/Wuppertal; Dr. Alfred M. Franzke, Leit. des Bundes für deutsche Auswanderung, Beverungen/Weser; Dr. Berthold Fresow, Westkulturverlag, Meisenheim/Glan; E. C. Frohloff, Unabhängige europäische Freiheitsbewegung, Dinkelsbühl; Dr. Günther Gereke, Landesminister a. D., Deutsche Soziale Partei, Hannover; Karl Hain, Westkulturverlag, Meisenheim/Glan; Hans Herr, Bad Soden/Ts.; Dr. jur. Rudolf Kaluza, Rimsting/Chiemsee; Frau Cläre Kirschbaum, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Duisburg; Dr. Nikolaus Koch, Deutsche Friedensakademie, Bad Harzburg; Theodor Kögler, Freiheitsbund, Hamburg 39; Dr. med. J. Krause (früher CDU), Soltau; Heinz Krüger, Journalist, Nauheimer Kreis, Berlin-Hermsdorf; Claudia Kuhr, Neutrales Deutschland e. V., Hamburg; Rosel Lohse-Link, Vorsitzende der Internationale der Kriegsdienstgegner, Stuttgart-W.; Professor Dr. Alfred von Martin, Universitätsprofessor, München; Erwin Mebus, für den Vorstand der Nationalen Partei Deutschl., Bischhausen über Borken; Otto Messerschmidt, Deutsche Friedensgesellschaft, Stuttgart; Dr. jur. Meyer zu Schwabedissen, Fabrikant, Vorsitzender des Internationalen Versöhnungsbundes i. Nordrh.-Westf., Bielefeld; Dr. Michaltschew, Vorsitzender d. Internationale der Kriegsdienstgegner, Hamburg 13; Professor Dr. Ulrich Noack, Universitätsprofessor (CDU/CSU), Nauheimer Kreis, Würzburg; Dr. jur. Ruth Oechslin, Vorsitzende d. Internationalen Versöhnungsbundes Württ., Ludwigsburg; Dr. Oelenheinz, Heidelberg; J. von Ostau, für das Präsidium des Blocks der nationalen Einigung, Essen; Kurt Overhoff, Generalmusikdirektor, Bayreuth; Herr Pawlas, für den Vorstand des Bundes der Kriegsdienstverweigerer in Deutschland, Nürnberg; Hans Pfeiffer, Arbeitsgemeinschaft junger deutscher Politiker, Nauheimer Kreis, Bad Harzburg; Karl Heinz Priester, für den Arb. Kreis Deutschland der Europäischen Nationale, Wiesbaden; Dr. jur. Karl Sauter, Karlsruhe; Wolf Schenke, Die Dritte Front, Hamburg 20; Johannes Scherer, Fabrikdirektor, Bensberg b. Köln; Stadtpfarrer Dr. Schreiber, Asperg/Württ.; Dr. K. Schrey, Universitätsdozent, Internationaler Versöhnungsbund, Beuel-Bonn; Professor F. Stegmund-Schultze, Vorsitzender d. Internationalen Versöhnungsbundes, Dortmund; Professor Dr. Reinhard Strecker, Kultusminister a. D., Nauheimer Kreis, Deutsche Friedensgesellschaft, Europäische Akademie, Gießen; Dr. Strükmann, Deutsche Friedensakademie, Bad Harzburg; Herbert Thumin (SPD), Vereinte Bünde für demokratischen Aufbau e. V., Hamburg 1; Dr. Fritz Unterberg, für das Präsidium des Blocks der Nationalen Einigung, Duisburg-Meiderich; Hans Wieland, erster Bundessekretär des Bundes der Kriegsdienstverweigerer in Deutschland, Nürnberg; Frau Professor Ilse Willbrandt, Women, Marquartstein/Obb.; Wilhelm Wülfing, Nauheimer Kreis, Alfeld/Leine; Jörg Zink, cand. theol. Internationaler Versöhnungsbund, Köngener Bund, Stuttgart-S.

<sup>15)</sup> Wenige Stunden vorher hatte in der Frankfurter Paulskirche das „Friedenskorps West“, eine kommunistische Tarnorganisation, ebenfalls eine Versammlung abgehalten, bei der der Leiter des Korps, Rudolf Jungnickel, erklärte, die Volkspolizei der sowjetischen Besatzungszone bedeute keine Gefährdung des Friedens. Wenn es trotz des Friedenswillens der Sowjetunion zu einer Besetzung der Bundesrepublik kommen sollte, sei zu empfehlen, sich überrollen zu lassen.

<sup>16)</sup> Vgl. die Berichte der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *Frankfurter Rundschau* vom 19. März 1951, und *Der Spiegel* vom 27. März 1951.

<sup>17)</sup> Vgl. dazu die aufschlußreichen Hinweise auf neuere Literatur in Robert Strausz Hupé und Stefan T. Possony: „International Relations in the Age of Conflict between Democracy and Dictatorship“, New York, 1950.

<sup>18)</sup> Vgl. dazu etwa Dietrich Schindler: „Die schweizerische Neutralität und die Sanktionen“ in der *Zeitschrift für Völkerbund und Völkerrecht* II/524 und Edgar Bonjour: „Geschichte der schweizerischen Neutralität. Drei Jahrhunderte eidgenössischer Außenpolitik“, Basel, 1946.

<sup>19)</sup> Vgl. dazu etwa Oscar Michiels: „18 jours de guerre au Belgique“, Paris 1947 und General Gamelin: „Servir“, Vol. III. Paris 1947.

<sup>20)</sup> Vgl. dazu etwa Serrano Suñer: „Entre les Pyrénées et Gibraltar. Notes et reflexions sur la politique de l'Espagne depuis 1936“, Genf, 1948.

<sup>21)</sup> Wir müssen es uns hier versagen, näher auf die damalige Haltung Professor Noacks einzugehen. Sie ist seit Jahren Gegenstand heftiger Kontroversen, bei denen es Noack bisher verstanden hat, seiner damaligen Haltung eine Deutung zu geben, die einer ernsthaften Quellenkritik nicht standhält.

Man vergleiche etwa die Darlegungen und Zitate Noacks in den „Dokumenten zum Verbot der Rengsdorfer Tagung des Nauheimer Kreises“, in dem offenen Brief an die *Neue Zeitung* vom 30. März 1949 sowie in dem offenen Brief an Dr. Pechel vom 7. März 1951 mit dem vollen Text der Aussagen Quislings im Störtning Protokoll (Straffesak mot Vidkun Abraham Lauritz Jonsson Quisling, Oslo 1946, dort insbesondere S. 343/44), mit dem Tätigkeitsbericht des Außenpolitischen Amtes der NSDAP über die politische Vorbereitung der Norwegenaktion in Band XV der „Protokolle des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg“, S. 26 ff (Dok. 004 P5) und den übrigen unter dem Stichwort „Norwegen“ im Index der Nürnberger Protokolle aufgeführten Aussagen und Dokumenten, außerdem mit „Office of Naval Intelligence, Supplement to War Diary of Commander in Chief Navy: Führer Conferences on Matters dealing with German Navy“ Washington 1947, Vol. 1939, p. 59 und Anthony Martienssen „Hitler and his Admirals“, London, Secker & Warburg, 1948, V. 45 f. Aus diesen Dokumenten ergibt sich, daß der Vorwurf, Noack habe Quisling mit Hitler zusammengebracht, falsch ist, daß Noack aber immerhin von Quislings Plänen für einen Präventivkrieg gegen Rußland so beeindruckt war, daß er versuchte, ihn beim Auswärtigen Amt einzuführen. Dies scheiterte einmal daran, daß Quisling bereits über Rosenberg und Raeder Zugang zu Hitler gefunden hatte, außerdem riet Staatssekretär Weizsäcker, der Quisling bereits von seiner Tätigkeit als Gesandter in Oslo her kannte, davon ab, daß Quisling damals überhaupt in Berlin empfangen wurde. (Vgl. Weizsäcker „Erinnerungen“ S. 282.)

<sup>22)</sup> Vgl. dazu etwa: Vinobha Bhawe: „Swarajya Sastra, the Principles of a Non-violent Political Order“, N. K. Bose: „Studies in Gandhism“, O. N. Dhawan: „Political Philosophy of Mahatma Gandhi“, R. R. Diwakar: „Satyagraha, its Technique and History“, A. C. Das Gupta: „Nonviolence, the Invincible Power“ u. a.

<sup>23)</sup> Vgl. dazu „Deutsche Politik“, Wöchentliche Nachrichten der Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands. Auch Prof. Willy Helpach, Heidelberg, vertritt den Gedanken, Deutschland könne „die Mitte eines neutralen Riegels“ werden, unter der Voraussetzung einer „gemeinsamen Neutralität und Wehrbereitschaft“. „Neutropa wäre der verhältnismäßig sicherste wehrfriedliche Weg zu einer ehrfriedlichen Gesinnung und Gesittung“ in der *Deutschen Univ.-Zeitung*, 6. Jahrg., Heft 2 vom 26. Januar 1951.

<sup>24)</sup> Vgl. Europa-Archiv 11/1950, S. 3075.

<sup>25)</sup> Noack sagte dort: „Sollte wirklich der dritte Weltkrieg kommen, dann machen wir uns klein und lassen über uns hinwegschießen, denn diesmal wird aus einem Erdteil in den anderen ins Zentrum der Macht geschossen werden. Wir selber sollten jedenfalls dabei die Waffen nicht anrühren. Ueberrollt werden wir doch und unsere Lage wird dabei, wenn wir gar nicht erst einen zwecklosen Widerstand geleistet haben, jedenfalls günstiger sein, wie wenn wir erst an den Kriegshandlungen aktiv teilnehmen und dann als Besiegte behandelt würden. Wir sollten uns also nur auf unsere Kräfte der geistigen Selbstbehauptung verlassen und auf unsere Kräfte friedlicher Arbeit.“

<sup>26)</sup> So etwa in dem Vortrag „Die historischen und geographischen Voraussetzungen für eine neue Weltordnung“, gehalten auf der Arbeitswoche des „Köngener Bundes“ in Calw am 5. Januar 1951.

<sup>27)</sup> Vgl. „Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar“ Genf, Versailles 1923—1939, dort insbesondere die Aufsätze: „Das Zeitalter der Neutralisierungen und Entpolitisationen“ (1929), „Übersicht über die verschiedenen Bedeutungen und Funktionen des Begriffs der innerpolitischen Neutralität des Staates“ (1931), „Völkerrechtliche Formen des modernen Imperialismus“ (1932), „Das neue Vae Neutris!“ (1938), „Großraum gegen Universalismus“ (1939).

<sup>28)</sup> Vgl. Edmond Vermeil: „Doctrinaires de la Révolution Allemande“, Paris 1939.



## Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands

Rede Dr. Kurt Schumachers auf der Sondersitzung des Bundestages in Bonn am 9. März 1951

*Auf der 125. Sitzung des Bundestages gab Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer zur Frage der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands eine Regierungserklärung ab. Anschließend nahm der Fraktionsvorsitzende der SPD und Führer der Opposition, Dr. Kurt Schumacher, sowie Dr. Hans Joachim von Merkatz (DP) für die Regierungsparteien zu dieser Frage Stellung. Dr. Schumacher führte aus:*

Meine Damen und Herren! Die Frage der deutschen Einheit ist für unser Volk ein zentrales Problem. Sie ist aber auch eine bedeutsame Frage für die Erhaltung der Freiheit in der Welt. Alle europäischen Probleme und Projekte werden nicht europäisch behandelt, wenn man aus der Teilung Deutschlands Nutzen ziehen will. Die Kosten für eine solche Politik zahlt nicht Deutschland allein, die Kosten zahlt die Sache der Freiheit in der ganzen Welt.

Jede Betrachtungsweise hat von der Tatsache auszugehen, daß es Sowjetrußland gewesen ist, das seine Zone separiert und isoliert hat.

Das ganze Kampfgeschrei der Kommunisten und ihrer Anhänger für die Einheit, wie sie sie verstehen, wäre völlig unnötig, wenn sich die kommunistische Praxis der Teilung Deutschlands dem angeblichen kommunistischen Wunsche der Einigung Deutschlands untergeordnet hätte.

Die Stärke der totalitären Position beruht weitgehend auf der Unkenntnis und der Unklarheit über das Wesen des Totalitarismus bei den westlichen Demokratien und erst recht bei einem großen Teil des deutschen Volkes.

Die Uneinheitlichkeit und Unentschlossenheit der westlichen Demokratien in ihrer Deutschlandpolitik, die vielen Vorbehalte und Unklarheiten in der Behandlung und der Zusammenarbeit mit den Deutschen schwächen die Front der Freiheit, nehmen ihr die Geschlossenheit und bedrohen ihre letzte Gemeinsamkeit.

Wir haben einen Gegner, dessen Einheit und Konzentration seiner politischen Kräfte zentral dirigiert wird. Die deutsche Frage kann nicht für sich allein betrachtet werden; sie kann aber auch nicht vom Westen her mit Deutschland als Objekt gelöst werden.

Wenn wir auf der Viererkonferenz nicht am Tisch sitzen, so gibt es doch in der Sache nur die eine große Möglichkeit: Man darf nicht über Deutschland beraten, man muß letzten Endes mit Deutschland beraten.

Es dient der Sache der Demokratie nicht, wenn man in einer Hauptstadt der westlichen Welt kürzlich lesen

konnte, die Aussichten für das Gelingen der Viererkonferenz würden davon abhängen, daß Westdeutschland ausgeschaltet bliebe.

Nein, das ist der falsche Weg.

Auch das Mittel der gelegentlichen Information und Konsultation würde nicht genügen. Die Information der deutschen Politik vor, während und nach der Viererkonferenz bei der Behandlung des ganzen Komplexes muß permanent und vollständig sein. Die Deutschen sollten auch wirklich befragt werden, sie sollten auch wirklich die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu äußern. Es liegt im Interesse einer großen gemeinsamen Sache, daß die Erkenntnisse der aktiven demokratischen Kräfte unseres Volkes mobilisiert werden.

Letzten Endes gibt es keinen Erfolg der kommenden Viererkonferenz, wenn nicht das Ergebnis der Beratungen vom deutschen Volk bejaht und darum als verbindlich angesehen wird.

Man hat in einem Teil der westlichen Presse sehr leichtfertig empfohlen, die deutsche Einheit nach dem österreichischen Vorbild zu organisieren. Man übersieht dabei, daß der Prozeß und die Methoden, die in Oesterreich 1945 begannen, etwas grundsätzlich Verschiedenes und Unvergleichbares sind, wenn sie auf das Deutschland von 1951 angewandt werden.

Hier in Deutschland sind in sechs Jahren durch die sowjetischen Besatzungsmethoden tatsächlich Machtpositionen des Kommunismus geschaffen worden. Angesichts dieser Tatsache wäre die Uebertragung des österreichischen Beispiels die Auslieferung Deutschlands an den Kommunismus mit Privilegierung der kommunistischen Chancen.

Das deutsche Volk kann weder diesem noch einem anderen Vorschlag zustimmen, der zur Viermächtekontrolle oder gar zur Viermächtekontrolle mit Vetorecht führt.

Die sowjetische Politik versuchte jetzt, entgegen der Tatsache, daß sie die Deutschen als bloßes Material handhabt, bei denselben Deutschen das Gefühl zu erzeugen, als ob sie ein selbständiges, nach eigenem Willen handelndes, souveränes Subjekt seien.

Tatsächlich ist die Ostzonenverwaltung nur der Bestandteil eines Satellitensystems, in dem es nur einen Willen gibt, nämlich den Willen des zentralen Auftraggebers und Herrschers, der Sowjetunion.



Das System von Pankow ist die völlige Entdeutschung und die völlige Sowjetisierung der Politik.

Die angeblich deutsche Initiative aus dem Osten für die Einheit ist ein Bestandteil der nationalrussischen Außenpolitik.

Sie dient der Stärkung der sowjetischen Position gegenüber den westlichen Alliierten. So war es vor jeder Viererkonferenz. So war es vor Moskau im März 1947, so war es vor London im November 1947, so war es vor Paris im Mai 1949, und so ist es auch heute wieder. Man will bei unserem Volk den Blick für die Realitäten der Macht und für die Motive der Machtpolitik vernebeln, und man will den Typen, die ausgesprochene Marionetten sind, einreden, aus eigenem freien Willen handeln zu dürfen.

Nun ist Propaganda bei einem Volk mit den speziellen Erfahrungen des deutschen Volkes in ihrer Wirksamkeit doch recht beschränkt. Dafür haben wir ein großes Beispiel, das Beispiel Berlin. Der 20. Oktober 1946 wäre nicht möglich gewesen, wenn die Propaganda allmächtig wäre. Der 20. Oktober 1946 ist der Sieg des Willens zur Freiheit über die Propaganda der Totalitären.

Jetzt steigert sich die Intensität der Propaganda. Die vorsichtigste Schätzung über die Briefe und Post-sachen, die wöchentlich in das Gebiet der Bundesrepublik kommen, beläuft sich auf mehr als zwei Millionen Stück.

An dieser Stelle ist es unsere Aufgabe, die Ahnungslosen, Wohlmeinenden in unserem Volk vor jeder Form der Gemeinsamkeit zu warnen, mag sie noch so freundlich angebahnt werden.

Es darf keine Unterschriften geben, es darf keine Gemeinsamkeit der Kundgebungen geben, es darf keine Aktionseinheiten geben.

Es ist Tatsache, daß die Sozialdemokratische Partei in der Bundesrepublik achttausend Ortsvereine hat. Kein einziger Ortsverein hat mit ihnen verhandelt.

Die agitatorische Betriebsamkeit kann uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß zwischen ihrem System und den Menschen in diesem Lande jede menschliche Beziehung fehlt.

Den Wohlmeinenden, den Redewütigen und Repräsentationshungrigen hier in diesem Lande möchte ich sagen: Man kann nicht mit den Peinigern verhandeln und die Gepeinigten ignorieren. Die Opfer der Freiheit, die Eingekerkerten, die Verschleppten, die gesamten Bewohner der Ostzone, die Kriegsgefangenen, sie alle haben Anspruch auf unsere menschliche und nationale Solidarität.

In der Propaganda ist jetzt das soziale Moment etwas in den Hintergrund getreten. Es ist als Realität aber immer da. Die Bundesrepublik sollte in einer Periode der steigenden Preise, denen Löhne, Gehälter und Renten nicht nacheilen können, daran denken, diese Dinge mit letztem Ernst zu behandeln.

Gerade die demokratische Staatsverfassung ist stärker als jede andere auf die soziale Fundamentierung angewiesen.

Worte gegen den Kommunismus verlieren an Wirkung ohne Taten für die soziale Gerechtigkeit.

Die Kommunisten machen jetzt eine große Propagandaaktion mit angeblichen Preissenkungen, die in der Sowjetzone durchgeführt sein sollen. Man will damit die

soziale Deklassierung der arbeitenden Menschen und das Aufhören jeder sozialen Gemeinschaft durch Ausbeutung und Herabdrücken auf ein Helotendasein verdecken. Man will den Blick ablenken von dem ungeheuren wirtschaftlichen Rückschritt in den Satellitenländern und der sowjetischen Besatzungszone.

Man sollte bei uns nie vergessen: Wenn einmal das Wort galt: Die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Staaten, dann heißt es heute: Die soziale Gerechtigkeit ist die Grundlage der Demokratie.

In den Mittelpunkt der östlichen Propaganda ist jetzt das nationale Moment getreten. Es wird dort das Problem gelöst, wie man nationalrussische Politik mit nationaldeutschen Phrasen macht.

Wenn ich diese nationale Agitation untersuche, dann ist das ins Auge springende Resultat: Diese nationalistische Agitation aus dem Osten hat keine einzige eigene Idee und keine einzige neue Idee. Alle Parolen sind Zwangsanleihen aus den diversen Mottenkisten des deutschen Nationalismus.

Sie sind alle so „angenehm“ historisch; man trifft nur alte Bekannte wieder.

Die Satellitenparteien der sowjetischen Besatzungszone, die offiziell nicht auf das Programm des Leninismus—Stalinismus verschworen sind, haben dabei eine besondere Aufgabe. Sie haben die Aufgabe, in gewissen Schichten des deutschen Volkes in der Bundesrepublik dieses Geraune und Gewisper zu erzeugen, daß diesmal Sowjetrußland ganz besondere, für die Deutschen außerordentlich positive Maßnahmen plane. Wir kennen aber diese Methode aus den Perioden vor Beginn der vergangenen Außenministerkonferenzen. Außerdem mögen viele Leute, die heute noch in der Ostzone sind, sich einmal daran erinnern, daß auch sie einst Träger dieser Parolen waren. Wir haben seit 1945 viele deutsche Hirtenknaben kennengelernt, die das sowjetische Lämmlein hüten wollten.

Die Führungsschichten gewisser rechtsradikaler Gruppen glauben, die sowjetische Politik überspielen und für sich, die deutschen rechtsradikalen Gruppen, nutzen zu können. Es ist das alte Unglück in unserem Lande, daß gerade unser extremster Nationalismus in den Stunden der großen Gefahr nicht national genug im einfachen, anständigen Sinne des Wortes gewesen ist.

Der Hunger nach Macht für die eigene Clique und Richtung hat sie immer wieder verführt und droht, sie auch jetzt zu verführen, das Schicksal des Staates und Volkes ihrem Gruppenegoismus unterzuordnen. Alle die Illusionisten und die Spekulanten, sie sollten das eine wissen: Was sollen Verhandlungen, bei denen der kommunistische Partner seinen Auftraggeber nicht binden kann? Der große Auftraggeber im Hintergrund behält freie Hand; seine deutschen Beauftragten mögen tun und lassen, was sie wollen. Aus dem Mangel auch nur der Möglichkeit einer Vertragstreue sollte sich die Meinung unseres Volkes in der Behandlung dieser Personen und Komplexe bestimmen.

Es ist eben jedem Totalitarismus strukturell unmöglich, sich mit einem anderen zu verständigen oder gar auszusöhnen.

Was er dem anderen an Selbständigkeit läßt, soll immer nur dem Totalitarismus als Deckwand dienen und ihm nützen. Ob dieser Totalitarismus also eine politische



Partei zertrümmert oder andere politische Parteien bestehen läßt, ist nur unter dem Gesichtspunkt des Nutzens eben für diesen Totalitarismus entschieden worden und wird in Zukunft so entschieden werden. Die Rolle, die der Kommunismus den deutschen Illusionären zugewiesen hat, ist doch eine sehr kurzfristige. Sie sollen die Aufgabe erfüllen, dem antidemokratischen, dem totalitären, dem diktatorischen Prinzip zur Macht zu verhelfen. Haben sie ihm dazu verholfen, dann werden sie überflüssig und als hinderlich zertreten und zerschlagen. Die Geschichte der Eroberung der Macht durch die Kommunisten in den Satellitenstaaten spricht eine eindeutige und unwiderlegbare Sprache.

Jetzt steht neben dem nationalen Moment im Vordergrund der angebliche Kampf für den Frieden, ausgerechnet durch die Partei der Kriegsrüstung in der ganzen Welt für die stärkste Militärmacht in der ganzen Welt!

Der Sinn dieser Propaganda ist nicht Krieg dem Kriege, sondern in der kommunistischen Formulierung: Krieg dem imperialistischen Kriege, d. h. für die Kriegspotenz der Sowjetunion und für die Ohnmacht der demokratischen Länder einzutreten.

Was der Kommunismus wirklich denkt über den Frieden, seine Bedeutung, seine sittlichen Werte, seine Wohltaten für die Völker, das zeigt am besten eine Rede, die Stalin am 13. Juni 1928 vor der kommunistischen Parteiorganisation in Leningrad gehalten hat. Dort heißt es klar und eindeutig:

„Das am weitesten verbreitete Mittel, um die Arbeiterklasse einzulullen und sie vom Kampf gegen die Kriegsgefahr abzulenken, ist der heutige Pazifismus mit seinem Völkerbund, seinen Friedenspredigten, mit dem Verbot des Krieges, mit seinem Abrüstungsgeschwätz.“

Ich glaube, an dem Tage hat der spätere Generalissimus Stalin einen tiefen Blick in seinen Spiegel getan.

Die Behandlung der Abrüstungsfrage seit 1945 bringt Aufklärung genug. Die Abrüstung ist von den Angelegenheiten, besonders den Amerikanern, weitgehend durchgeführt worden. Aber bis heute hat ein großes Land praktisch die Abrüstung verweigert: Sowjetrußland. Wenn die Viererkonferenz eine Aufgabe hat, dann ist es die, vor der Welt über diese Tatsache Klarheit zu schaffen.

Die Auslösung der großen Aufrüstungswelle in der ganzen Welt ist doch durch den sowjetischen Militarismus erfolgt.

Die Aufwendungen für die großen Militärlasten und damit die Verringerung des Anteils der arbeitenden Menschen am Sozialprodukt, die Senkung der Lebenshaltung ganzer Völker, sie sind doch im letzten Grunde das Ergebnis der sowjetischen Militär- und Rüstungspolitik.

Offen muß aber auch gegenüber dem Westen gesagt werden: Die uns im vergangenen Jahre von dort reichlich unbesonnen aufgezwungene Diskussion über einen deutschen militärischen Beitrag hat entscheidend daran gekrankt, daß sie ohne die Fixierung absolut fester Voraussetzungen und ohne Rücksicht auf die möglichen Gefahren für das deutsche Volk eingeleitet worden ist.

Es ist der alte Fehler des Westens, unser Volk gar zu sehr als Materie zu betrachten, die von fremdem Willen geformt werden könnte. Das hat praktisch und in der Propaganda nur der heuchlerischen Friedensattacke der

östlichen Uebermilitaristen gedient, ohne die Realitäten der Macht auf dem Kontinent zu verändern.

Es waren und es sind die Sowjets, die die internationale Kontrolle der Atombombe verhindert haben. Es waren und sind die Sowjets, die die internationale Inspektion des Rüstungsstandes vereiteln. Sie haben es heute in der Hand, in der Frage der Atomkontrolle und in der internationalen Rüstungsinspektion in der ganzen Welt, auch in Sowjetrußland selbst, den Völkern den Eindruck ihres Friedenswillens zu vermitteln.

Der Westen hat lange genug dem Osten die deutsche Einheit gütigst überlassen zur Ausnutzung als Schwindelparole. Er darf nicht denselben Fehler beim Ideenkampf um den Frieden begehen. Von der kommenden Viererkonferenz erwarten die Völker die Erhaltung des Friedens und die Verbesserung der Aussichten seiner Bewahrung. Diese große Menschheitsfrage bewegt alle. Hier haben die Mächte Zeugnis abzulegen für ihre menschlichen und moralischen Werte.

Die Erkenntnis von der Gleichheit als der Grundlage eines von allen Teilen leidenschaftlich gewollten Europas ist zum großen Teil doch noch recht theoretisch. Die Behandlung des Besatzungsstatuts in diesen Tagen ist die Manier eines vorsichtigen Kaufmanns, allerdings, meine Damen und Herren, eines pfennigfuchsenden Kaufmanns, der damit nie in das große politische Geschäft kommen kann.

Sie ist nicht geeignet, die moralischen Kräfte des gutwilligen deutschen Volkes aufzurütteln und wachzurufen. Dazu gehören beim Westen die Einmaligkeit und die Eindeutigkeit befreiender Taten.

Völlig ungeeignet erscheint uns ein System, eine Vereinigung Europas durch Maßnahmen auf Spezialgebieten, wie jetzt durch Pläne militärischer oder wirtschaftlicher Struktur herbeizuführen, solange die grundlegende Ungleichheit im Politischen besteht.

Der Schaden, den das Bemühen um die Durchsetzung dieser Pläne unter den gegebenen Voraussetzungen anrichtet, ist in jedem Falle größer als ihr eventueller Nutzen. Außerdem tragen die jetzigen Projekte viel zu sehr die Züge eines rein machtpolitischen nationalistischen Egoismus.

Diese Politik bedeutet den Versuch, die sich zwangsläufig anbahnende politische Gleichheit durch eine Politik der vollendeten Tatsachen der Ungleichheit zu dämpfen.

Gemeinsamkeit aber mit der Konsequenz der Gleichheit auf den einzelnen besonderen Gebieten gibt es nur unter Gleichen.

Der politische und propagandistische Angriff der Totalitären soll den Angreifern das Gesetz des Handelns in der Frage der deutschen Einheit in die Hand spielen. Sie wollen die Themen bestimmen, die Reihenfolge und die Art ihrer Behandlung und die Umstände der Diskussion. Sie sind die alles bestimmenden Fragesteller. Derjenige verspielt die Sache der Freiheit, der sich als Antwortender in das System dieser Fragen hineindrängen läßt. Sie wollen überall hineinreden und alles bestimmen. Sie selbst aber wollen sich in nichts hineinreden lassen und keinen anderen Wunsch respektieren. Zur gleichen Zeit, in der sie sich jetzt als kameradschaftliche Gesprächspartner aufführen, versuchen sie mit der Einheitsfront von unten dem Gesprächspartner der anderen Seite den festen politischen Boden unter den Füßen wegzuziehen.



ziehen. Je härter man aus unseren Reihen das Nein gegen das diktatorische Manöver ausspricht, desto mehr geht die heuchlerische Kameradschaftlichkeit in die Binsen. Wenn Sie in den letzten Wochen die SED-Presse in Berlin und in der Ostzone gelesen hätten, dann würde Ihnen grauen vor der letzten Unflätigkeit dieser Sprache und dieser Methoden, gegenüber denselben Leuten, mit denen man sich angeblich, wie es so schön heißt, „an einen Tisch setzen will“.

Diesmal aber ist der Angriffsplan genauer durchdacht und enthält mehr Alternativen. Scheitert der eine Schritt, soll der andere Schritt gemacht werden. Ist der Brief Grotewohls an den Bundeskanzler ohne Erfolg geblieben, dann schreibt eben die Volkskammer an den Bundestag. Aber das sind ja alles nur noch Ersatzmaßnahmen ohne politische Bedeutsamkeit. Es gehört schon die schauerliche Talentlosigkeit in der Politik dazu, die leider bei vielen Menschen in unserem Lande vorhanden ist, wenn man gestern und heute im Rundfunk hören konnte: „Der Bundestag versammelt sich heute, um den Brief der Volkskammer zu beantworten.“

Es gab eine Stunde der politischen Entscheidung. Das war die Antwort, die der Bundeskanzler im Auftrag und im Einverständnis mit allen Parteien gegeben hat. Die Diskussion aber über die Ersatztaktiken ist völlig uninteressant und überflüssig.

Es ist die Entschlossenheit, Bewußtheit und Zielklarheit des demokratischen Widerstands, die in diesen letzten Wochen die Kommunisten gezwungen hat, viel von dem zu sagen, was sie erst nach Erreichung ihres ersten Zieles, nämlich des Konstituierenden Rates, hätten sagen wollen.

Jetzt haben sie erkennen lassen, daß sie die freien Wahlen mit den gleichen Chancen für alle Beteiligten mehr fürchten als der Teufel das Weihwasser.

Davon zeugen die Anweisungen, die zentral und in den einzelnen Länder der sowjetischen Besatzungszone von der Führung der „Nationalen Front“ an ihre sogenannten „Aufklärer“ gegeben werden. Dort bekennt man sich zur Blockpolitik; dort erklärt man gegenüber den aufgeregten Anhängern, man wolle Konzessionen nur formal und vorübergehend machen, und man habe alles für die Machtergreifung im Stile der Prager Vorgänge vorbereitet. Die Leute, die die Aufgabe haben, propagandistisch auch gegenüber den eigenen Anhängern die Taktik der Kommunisten abzudecken, haben sich gar dazu verleiten lassen, den Terrorakt des 15. Oktober und die Einheitslisten als demokratische Vorbilder für die zukünftige Gestaltung Deutschlands zu preisen.

Das oberste Ziel, auf das vom Osten her alle Kräfte konzentriert werden, ist also, um in der kommunistischen Sprache zu sprechen, die Errichtung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates. Dieser Konstituierende Rat ist das Stück im taktischen System, durch das alles bedingt ist. Von seiner Schaffung oder von seiner Verweigerung hängt das Gelingen oder das Mißlingen der kommunistischen Politik ab. Der Konstituierende Rat soll, wie die Kommunisten sagen, die „Repräsentanz des deutschen Volkes“ sein. Aber diese Repräsentanz des deutschen Volkes soll nicht gewählt werden, sie soll den Willen des deutschen Volkes nicht ausdrücken, weil eine solche Einrichtung dann für die sowjetische Besatzungsmacht gar zu schwer zu handhaben wäre. Es

ist kein Zufall, daß in dem Brief Grotewohls an den Herrn Bundeskanzler der Passus bezüglich des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates wörtlich abgeschrieben ist aus dem Beschluß der Prager Außenministerkonferenz der Oststaaten vom 21. Oktober 1950.

Wenn man das ganze Drum und Dran betrachtet, dann ist es nicht nur der Geist der Prager Außenministerkonferenz, sondern auch der Geist sogar des Warschauer Abkommens, der die kommunistischen Kräfte in ihrer Propaganda vorwärtstreibt.

Der Konstituierende Rat soll paritätisch zusammengesetzt sein. Die Parität zwischen zahlenmäßig ungleich Starken ist immer der Versuch, die Herrschaft der Minderheit über die große Mehrheit zu etablieren.

Dabei rechnen die Leute des Totalitarismus auf das Bündnis mit den Illusionären und den Rückversicherern der Bundesrepublik.

Dieser Konstituierende Rat ist die nationale Methode zur Erkämpfung der kommunistischen Diktatur in Deutschland. Viel zu wenig wird in unserem Lande die zur gleichen Zeit angewandte internationale Methode beachtet.

Wenn die nationale Methode, der Kampf um die Etablierung des Konstituierenden Rates, eine propagandistische Aktion ist, bei der die Wahrheit unterdrückt werden muß, so ist die internationale Methode, die es auch mit anderen Kräften als den Deutschen zu tun hat, von dem Wunsche nach Klarheit und nach Ausdruck der wirklichen Absichten bestimmt. Im Februar dieses Jahres fand in Berlin — ausgerechnet in Berlin! — eine internationale „Friedenskonferenz“ statt, die aus 81 Ländern beschiedt war. Dort wurde kein einziges versöhnliches Wort gegenüber dem deutschen Volke gesprochen. Dort haben sich die Kommunisten, die überall in der Welt die rücksichtslosesten Feinde Deutschlands sind, und ihre deutschen Satelliten und Mitläufer mit den fremden Kommunisten geeinigt in dem Willen zur Unterdrückung und Entrechtung Deutschlands.

Dort verlangte man die Rückkehr zu den Abkommen, die die Alliierten während der härtesten Perioden des Krieges miteinander beschlossen haben.

Dort erklärte ausgerechnet der französische Kommunist *Farge* unter einmütigem Beifall der Versammlung etwas, das sich jeder Deutsche einprägen sollte. Er sagte nämlich, man müsse „eine Friedenssolidarität schaffen, die im Interesse der Völker die Solidarität des Krieges weiterzuführen“ habe.

Man will also eine neue Welt mit den Mitteln der Kriegspsychose aufbauen. Daß Deutsche dazu ihre Zustimmung geben können, ist eine Warnung für die Ahnungslosen in unserem Lande. Daß ausgerechnet die Kommunisten in der Welt sich auf die Heiligkeit der Verträge, nämlich der Verträge mit sehr unheiligem Inhalt, besinnen, das ist um so überraschender, als doch die Kommunisten die Verträge mit einem heiligen Inhalt, nämlich die Friedensverträge, die den Balkanländern, Rumänien, Bulgarien und Ungarn, die Freiheit und die Demokratie sichern sollten, rücksichtslos gebrochen haben.

Auf dem Berliner Friedenskongreß bekannten sich die Kommunisten der ganzen Welt zu dem Vernichtungswillen von Jalta und Quebec und all den anderen Konferenzen. Dort bekannte man sich ausdrücklich immer



wieder zu Potsdam. Dort wurde nicht nur politische und militärische Abwehr gegen den Westen gepredigt und das deutsche Volk unter diesem Gesichtspunkt negativ behandelt; dort erklärte man dem Sinne nach jede deutsche Industrie zu einer Kriegsindustrie und deklarierte wörtlich den Passus der Forderung der Quebecer Konferenz vom September 1944: „Schließung oder Zerstörung aller metallurgischen, chemischen und elektrischen Industrien der Ruhr und der Saar.“ Die beiden Hauptziele der kommunistischen Kampagne sind: erstens propagandistisch die Kampagne gegen die sogenannte Remilitarisierung. Aber, meine Damen und Herren, diese sogenannte Remilitarisierung ist in diesem Munde ja wohl eine Lähmungsaktion ohne sachlichen Ernst. Die Diskussion, die jetzt auf einer kommenden, von der Weltfriedenskonferenz eingesetzten „Europäischen Arbeiterkonferenz gegen die Remilitarisierung Deutschlands“ begonnen wird, hat ja tatsächlich ein anderes Ziel. Tatsächlich erstrebt man die Verlangsamung, wenn nicht gar das Abstoppen bei der Aufstellung der ungeheuren Produktionskaders der amerikanischen Rüstungsindustrie.

Neben dieser propagandistischen Attacke gibt es aber eine sehr realpolitische. Man will dem undemokratisch zustande gekommenen totalitären Konstituierenden Rat als Hauptaufgabe den Abschluß eines Friedensvertrages noch im Jahre 1951 zuweisen.

Was in einem solchen Friedensvertrag stehen soll, haben die Sowjets ja unvorsichtigerweise vor der Pariser Außenministerkonferenz 1949 erzählt. Sie forderten die Entnahme von Reparationen für die Sowjets aus der laufenden Produktion Westdeutschlands. Sie wollen die sowjetische Mitkontrolle und die Heranziehung ihrer Satellitenstaaten bei der Mitkontrolle des Ruhrgebiets. Sie erstreben die verstärkte politische Einwirkungsmöglichkeit auf die Gestaltung des deutschen Staatswesens. Diese undemokratische Zweckeinrichtung des Konstituierenden Rates soll eine ebenso undemokratische Zweckregierung schaffen. Die Aufgabe dieser sogenannten Regierung wäre, die Politik der vollendeten Tatsachen in kommunistischem Sinne durchzuführen.

Alle Parteien sollen mit diesem Friedensvertrag, der eine Kapitulation vor den Sowjets unter Verleugnung der deutschen Lebensnotwendigkeiten zu sein hat, belastet werden. So will man den Weg zur Eroberung der Macht nach den Vorbildern der Satellitenstaaten gehen. Es ist eine Illustrierung der Leninschen Theorie von der provisorischen Regierung, die so viel Tatsachen zu schaffen hat, daß sie nachher durch demokratische Wahlen nicht mehr korrigiert oder gar aus der Welt geschafft werden können. Der Hauptbestandteil eines Friedensvertrages noch 1951 wäre aber ein anderer. Er soll die Befreiung der Sowjets von ihrer größten europäischen und deutschen Sorge sein, die in der Tat ist, das ganze Satellitensystem zu schwächen und zu lähmen. Das Hauptziel dieses Friedensvertrages wäre, die deutsche Zustimmung zur Oder—Neiße-Linie als der endgültigen Grenze zu erlangen.

Zur gleichen Zeit, in der man hier wilhelminisch, hitlerisch und in allen anderen Sprachen des Nationalismus unserem Volk propagandistisch kommt, verhandelt der sogenannte Ministerpräsident von Pankow mit Polen! Dieser Monat März ist der Monat der deutsch-polnischen Freundschaft.

Wir wollen die Freundschaft mit dem polnischen Volk — aber nicht um den Preis des deutschen Selbstmords. Die Kommunisten haben nicht das Recht, auf Menschen und Gebiete Deutschlands zu verzichten, die ihnen doch nicht gehören, diese kommunistische Partei, eine Funktion einer Beatzungsmacht!

Dabei ist wichtig, daß bei den Erklärungen und gemeinsamen Aufrufen im Osten die Oder—Neiße-Linie nicht mehr die bloße Grenze ist. Im Stil der Agitation des vorigen Jahres ist sie nicht einmal nur berührte „Friedensgrenze“ und die „Friedensgrundlage“. Jetzt ist sie noch mehr! Es heißt in diesem gemeinsamen großen Aufruf der „Blockparteien“ wörtlich: „Die Oder—Neiße-Grenze ist ein Bindeglied beider Völker geworden.“ Man schwärmt in diesen Erklärungen davon — ich zitiere wieder wörtlich: „daß sowjetisches Erz und polnische Kohle zu deutschem Friedensstahl verarbeitet werden.“

Bloß wie die Kommunisten zu anständigen Deutschen gemacht werden, dafür ist kein Programm vorgesehen.

Die *Nationalzeitung*, das Blatt des organisierten Rechtsradikalismus im Dienste Sowjetrußlands, das Organ des früheren Generals Vincenz Müller, schreibt sogar: „Die Friedensgrenze an der Oder—Neiße ist heute für beide Völker zur begünstigenden Brücke geworden.“ So weit — und das mögen sich viele Leute in Westdeutschland zur Lehre dienen lassen — sinken die Vertreter des alten Nationalismus, wenn sie mit dem sowjetischen Totalitarismus zusammenarbeiten.

Von dieser Stelle aus ist es unsere Aufgabe, die Offiziere und Mannschaften der Volkspolizei in der sowjetischen Besatzungszone zu fragen, wie lange sie noch den Weg unter den Fahnen des Kommunismus gegen ihr eigenes Vaterland weitermarschieren wollen. Alle Bemühungen der östlichen Politik haben nur das eine Ziel, den Konstituierenden Rat zu schaffen und ihm die Funktion der Gesetzgebung und Regierungsbildung zu überlassen. Demgegenüber haben die Sozialdemokraten schon seit 1946 immer wieder die gleichen und freien Wahlen unter den gleichen Chancen für alle Beteiligten als den Schritt Nr. 1 angesehen. Wenn die kommunistische Taktik siegen oder auch nur auf dem Wege des Kompromisses gewisse Erfolge haben würde, dann, meine Damen und Herren, wäre nicht nur eine Schlacht, dann wäre der Feldzug um die Freiheit in Deutschland, vielleicht in Europa verloren. Alles steht und fällt damit, daß die freien Wahlen unter den gleichen Bedingungen und Voraussetzungen für alle politischen Richtungen der Demokratie der Schritt Nr. 1 sind. Die deutsche Frage auf der Außenministerkonferenz ist die Frage nach den freien Wahlen und damit die Frage nach einer freien und starken Regierung.

Das ist politischer Sinn und Inhalt des Briefes der Sozialdemokratischen Partei vom 31. Januar an den Herrn Bundeskanzler. Ich hoffe, die Befriedigung von vielen, außerhalb der Regierungskoalition auszudrücken, wenn ich sage: Das ist ja auch der entscheidende Punkt der Note und der Erklärung der Bundesregierung gewesen.

Ein frei gewähltes und freies Parlament hat nicht nur eine Verfassung zu schaffen, es hat die ganze Gesetzgebung zu bewältigen, und es hat die oberste Aufgabe der Bildung einer demokratischen Regierung, einer starken



Zentralgewalt. Diese Zentralgewalt und das sie tragende Parlament haben nicht nur Recht zu setzen, sondern sie haben Tatsachen zu schaffen. Diese Tatsachen haben übereinzustimmen mit den Tatsachen, die vor, während und nach den Wahlen durch die demokratischen Kräfte der ganzen Welt gestaltet und organisiert werden sollen.

Die propagandistische Welle der Kommunisten wird weitergehen. Aber die politische Aktion ist für diese Situation gescheitert. Diese politische Eroberung der Deutschen Bundesrepublik durch den Kommunismus findet nicht statt.

Sie findet wenigstens legal nicht statt.

Sie dürfen aber nicht übersehen, daß die Kommunisten das, was sie legal nicht erreichen, in der Illegalität einer durch nichts gehemmten Propaganda zu erreichen versuchen werden. Das heißt: Die Gefahr bleibt vom Propagandistischen her, und die Gefahr steigert sich. Die Gegenseite erreicht ihren Konstituierenden Rat nicht, weil sich die Bundesrepublik im Interesse der Notwendigkeiten des deutschen Volkes und der Notwendigkeiten der Freiheit in der Welt verweigert. Darum werden die Kommunisten den Versuch machen, ein Schattenparlament, ein Scheinparlament, auch Konstituierender Rat genannt, zu schaffen und dabei die Vertreter aus dem Westen nach ihrer kommunistisch-sowjetischen Einsicht benennen.

Bei dieser Gelegenheit werden wir einmal die ganze trojanische Kavallerie hier vorbeigaloppieren sehen, und wir werden dann die Möglichkeit haben, uns politisch, moralisch und juristisch mit den Leuten auseinanderzusetzen, die Deutschland im Stich lassen, um Sowjetrußland zu dienen.

Dieses Schattenparlament hätte dann die Aufgabe, eine Schattenregierung zu bilden, die genau wie dieses Schattenparlament ein Propagandainstitut der Sowjets wäre. Diese Tatsache legt dem deutschen Volk, soweit es das Glück hat, seinen politischen Willen frei bilden und frei vertreten zu können, eine große Aufgabe für die deutsche und für die Demokratie der Welt auf.

Die Viererkonferenz mag ausgehen wie sie will: Wir

können nicht in einem Zustand der Passivität, des Sich-abfindens mit den Dingen verharren. Die Teilung Deutschlands kann man nicht in dem Stil behandeln, als sei sie eine hoffentlich vorübergehende Angelegenheit. Das Resignieren ist eine Chance für die Diktatur. Die Deutsche Bundesrepublik muß bei jedem Ausgang der Viererkonferenz und bei jedem Verhalten der Propagandamaschinerie der Kommunisten immer wieder von dem einen Gebot ausgehen: Wir freien, wir demokratischen Deutschen haben die Aufgabe, politisch und propagandistisch für die deutsche Einheit aktiv und kämpferisch zu bleiben und diese Aktivität um dieses Zieles willen weiterzuentwickeln.

Wir haben drei große Komplexe dabei zu behandeln. Wir haben eine starke soziale Ordnung zu schaffen, die den weltweiten Unterschied im Sozialen zwischen den Ländern der Demokratie und den Ländern der Diktatur auch den Menschen im Osten, auch den Bewohnern der Satellitenstaaten klarmacht.

Wir haben zum anderen eine demokratische Praxis im eigenen Lande und eine demokratische Praxis der Außenpolitik zu entwickeln, die die Gleichberechtigung zum idealen Vorbild für die Völker des Ostens macht, die Gleichberechtigung, die aus der Vernunft und der natürlichen Solidarität der Demokratie allen Völkern gegeben ist.

Wir haben schließlich ein System praktischer Maßnahmen zu schaffen, wie sie von den Kräften der Demokratie bei der Rückgewinnung der sowjetischen Besatzungszone nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich für die Eroberung und Sicherung der Freiheit durchgeführt werden sollen.

Meine Damen und Herren! Mit dem Kampf für die deutsche Einheit dienen wir unserem eigenen Volk. Mit dem Kampf für die deutsche Einheit dienen wir aber auch der Sache der Freiheit und der Menschlichkeit in der ganzen Welt.

Quelle: Deutscher Bundestag, 125. Sitzung.

Bonn, den 9. März 1951.



## Genossenschaftliche Selbsthilfe im Europa der Nachkriegszeit

Von Dipl.-Volkswirt Dr. Gisela Augustin

### Vorbemerkung

In allen europäischen Ländern setzte man nach 1945 angesichts der riesigen Aufgaben des Wiederaufbaus und der Ueberwindung der wirtschaftlichen Kriegsfolgen große Hoffnungen auf das Genossenschaftswesen.

Die Genossenschaftsform hebt sich ihrer Struktur nach sowohl vom Individualismus als auch vom Kollektivismus ab und vermeidet die Einseitigkeit beider Systeme, indem sie die Person zu voller Entfaltung aufruft und sie gleichwohl immer anhält, sich in Freiheit einzufügen, wie Professor *Weippert* in einem Vortrag während der Erlanger Universitätswoche im März 1949 unter anderem ausführte. Die genossenschaftliche Bewegung will durch Selbsthilfe ein Wirtschaftssystem erreichen, das die persönliche Freiheit des einzelnen sichert, den Unternehmerprofit ausschaltet, die leitenden Persönlichkeiten durch demokratische Wahl auf ihren Platz beruft und gegebenenfalls abberuft sowie die Mitglieder zu Eigentümern ihrer Unternehmungen macht, wobei sich der freie Wettbewerb ungehindert entfalten kann.

Der genossenschaftliche Gedanke der Selbsthilfe weitet sich durch die Zusammenfassung vieler Einzelpersonen zu einer freien Gemeinwirtschaft aus, die imstande sein kann, der Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem Gebiet Gleichberechtigung zu erringen. Die letzte Zielsetzung ist es, die freie Gemeinwirtschaft im Selbstbesitz der organisierten Verbraucher instand zu setzen, „im Laufe ihrer Entwicklung als eine die Wirtschaft neuformende Macht die Krisen zu überwinden, die Güterproduktion und Verteilung nach dem vorhandenen Bedarf vorzunehmen und damit die Vollbeschäftigung zu verbürgen“<sup>\*</sup>.

Die Genossenschaften als Hilfsorganisation der kleineren und schwächeren Unternehmungen sind in den meisten Staaten entweder durch die Erlassung

besonderer Genossenschaftsgesetze oder durch die Aufnahme genossenschaftlicher Grundsätze in die Verfassung begünstigt und gefördert worden.

So verschieden die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung in den einzelnen europäischen Ländern verlaufen ist, so bietet sie doch in ihrer Gesamtheit ein einigendes Band zwischen den Völkern Europas, dessen Bedeutung man gerade deshalb nicht unterschätzen sollte, weil es völlig unpolitisch ist.

Der deutschen Genossenschaftsbewegung, die vor etwa hundert Jahren völlig unabhängig voneinander und nach verschiedenen Grundsätzen in Handwerkerkreisen von *Schulze-Delitzsch* und in der Landwirtschaft von *Raiffeisen* ins Leben gerufen wurde, fehlte fast völlig der große soziale Hintergrund der französischen und englischen Genossenschaftsbewegungen, welche die Genossenschaften als Hebel für Emanzipation der arbeitenden Klassen benutzten. Während der Franzose *Lassalle* staatlich unterstützte Produktivgenossenschaften der Arbeiter forderte, um dadurch eine Organisation der Arbeit und der Produktion und die Beseitigung der individualistischen Wirtschaftsorganisation zu erreichen, ist die Genossenschaftsbewegung in Deutschland fast ausschließlich ein Mittel der Vervollkommenung wirtschaftlicher Technik in den mittleren Klassen der Bevölkerung, die durch den Kauf in Konsumvereinen kleine Einsparungen zu machen hoffen, und sodann eine Stütze des gewerblichen und landwirtschaftlichen Kleinbesitzes gewesen. Durch die besonderen Aufgaben der Nachkriegszeit ist der Selbsthilfegedanke in Deutschland zum Bewußtsein einer neuen sozialen Verantwortung erwacht.

Die einzelnen Glieder der Selbsthilfebewegung haben sich seit 1945 zur gemeinsamen Beratung und Arbeit im Ständigen Ausschuß für Selbsthilfe zu-

<sup>\*</sup>) Dr. h. c. Henry *Everling* „Macht und Grenzen der Konsumgenossenschaftsbewegung“ im Jahrbuch des Zentralver-

bandes deutscher Konsumgenossenschaften 1949, erschienen Hamburg 1950, S. 28.



sammengefunden (Vorsitzender Professor Dr. Gerhard Weißer, Köln), in dem die vier großen Genossenschaftsverbände eine maßgebliche Rolle spielen. Daneben stehen die Vertretungen der riesigen Volksgruppen der neuen Notleidenden, der Ostvertriebenen und Kriegsbeschädigten und die Siedler-

verbände und Siedlungswerke. „Der Hintergrund ist der Appell an die Kräfte der eigenen Verantwortung, des nicht bloß Klagens und Anklagens, sondern mit Entschlossenheit selber Hand anzulegen und auch dem Staat gegenüber Mahner in Erziehung zu gemeinschaftlichem Denken zu werden.“<sup>1</sup>

## Die Entstehung des Genossenschaftswesens in Deutschland

### Die Schulze-Delitzsch-Einrichtungen

Der deutsche Wegbereiter der genossenschaftlichen Bewegung, Hermann Schulze-Delitzsch<sup>1</sup>, strebte durch die Genossenschaften die Erhaltung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der kleinen Gewerbetreibenden an. Zunächst gründete er die Kreditgenossenschaft in Delitzsch, der bald Rohstoff- und Magazingenossenschaften folgten. Grundlegend für seine Ideen sind demokratische Selbstregierung, die Beteiligung aller Berufsklassen, solidarische Haftung aller Mitglieder und die Bildung eines eigenen Kapitals.

Die neuen Vereinigungen hatten anfangs keine rechtliche Basis und wurden beispielsweise in Preußen aus diesem Grunde als „erlaubte Privatgesellschaft“ organisiert. Durch das Preußische Gesetz vom Jahre 1867 erhielten die Genossenschaften das Recht der juristischen Persönlichkeit, andererseits wurde die Solidarbürgschaft für alle Mitglieder vorgeschrieben.

Erst 1889 nahm der Reichstag das Gesetz über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften an, das im wesentlichen noch heute die rechtliche Grundlage bildet. Nach dem Reichsgesetz unterscheidet man unbeschränkte und beschränkte Haftpflicht sowie unbeschränkte Nachschußpflicht der Aufsichtsräte, die je nach den besonderen Existenzbedingungen der Genossenschaften gewählt werden. Schon der Titel des Gesetzes weist auf die Unterscheidung der Genossenschaften hin, denn trotz der gleichen Rechtsform unterscheiden sich die Genossenschaften der selbständigen Unternehmerkreise erheblich von den Genossenschaften der Unselbständigen.

### Die Raiffeisenvereine

Etwa zur gleichen Zeit wie die Schulze-Delitzsch-Einrichtungen begannen in Deutschland die Raiffeisenvereine. Der Grundsatz, von dem Friedrich Wilhelm Raiffeisen<sup>2</sup> ausging, ist der, den Gemeindeverband und die in ihm begründete Gemeinschaft sowie die genaue Kenntnis der einzelnen Gemeindeglieder auszunutzen, um dank ihrer Unterstützung die Gewährung wirtschaftlicher Hilfe zu ermöglichen und erfolgreich zu gestalten. Die ersten Vereine zeigen noch nicht die typischen Merkmale, wie sie später durch die genossenschaftliche Praxis entwickelt wurden. Es fehlten die Grundsätze der Selbsthilfe und Selbstverantwortung; das Vereinsvermögen wurde nicht von den Mitgliedern selbst, sondern von wohlhabenden Gönnern der Gemeinde aufgebracht, und die Darlehensnehmer waren an der Vereinshaftung nicht beteiligt.

Nachdem Raiffeisen bald nach seinen ersten Gründungen die genossenschaftlichen Grundsätze der Selbsthilfe und Selbstverantwortung nach dem Muster der inzwischen zur Anerkennung gelangten Schulze-Delitzsch-Genossenschaften übernommen hatte, wuchs schnell und stetig die Zahl seiner Vereine, deren Errichtung öffentlich gefördert wurde. Diese Kreditgenossenschaften haben insbesondere zur Verbesserung des ländlichen Kreditwesens beigetragen, aber auch in Kreisen der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden haben die Kreditgenossenschaften, die ihren Mitgliedern Darlehen aus den Kapitalanteilen oder den angenommenen Spargeldern gewähren, weitgehend Verbreitung gefunden.

## Der Wiederaufbau der Genossenschaften in Westdeutschland seit 1945

### Die ländlichen Genossenschaften

Nach dem Zusammenbruch 1945 sind die ländlichen Genossenschaften mit großer Tatkraft wieder an die Arbeit und an den Neuaufbau ihrer Organisation gegangen. Nach dem Bericht des Deutschen Raiffeisenverbandes gab es Ende 1949 in Westdeutschland rund 23 700 rein ländliche Genossen-

schaften mit 3,1 Millionen Mitgliedern. Die Genossenschaften umfaßten 11 203 Spar- und Darlehenskassen, welche als „Raiffeisenvereine“ die Dorfbanken für die ländliche Bevölkerung bilden. Den Kreditgenossenschaften und zwölf Zentralkassen waren zur gleichen Zeit Einlagen in Höhe von fast 1,2 Milliarden DM von den Mitgliedern anvertraut worden,

<sup>1</sup>) Bundespräsident Professor Theodor Heuss auf dem Deutschen Selbsthilfetag, 1950.

<sup>2</sup>) 1808—1883

<sup>3</sup>) 1818—1888



während die Summe der Kredite insgesamt 708 Millionen DM betrug.

Die große Bedeutung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens geht deutlich daraus hervor, daß den 3,1 Millionen Mitgliedern die im gleichen Gebiet vorhandenen etwa 1,5 Millionen landwirtschaftlichen Betriebe gegenüberstehen. Es gibt kaum einen Landwirt heute, der nicht Mitglied einer Genossenschaft ist; die Mehrzahl von ihnen gehört sogar mehreren Genossenschaften an.

Die künftigen Aufgaben der Raiffeisen-Genossenschaften liegen, soweit sie sich auf die kreditmäßige Unterstützung der Landwirtschaft beziehen, in der Förderung einer Erzeugung, die auf den natürlichen Gegebenheiten beruht, betriebswirtschaftlich gerechtfertigt und volkswirtschaftlich geboten ist. Die Kreditpolitik der ländlichen Spar- und Darlehenskassen wird auf die Sicherung, Qualitätsverbesserung und Verbilligung dieser Erzeugung Bedacht nehmen. Das Kreditgeschäft der ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Ausleihungen Ende 1949 447,8 Millionen DM betrugen, wird durch den Block der praktisch unverkäuflichen und nur beschränkt lombardierbaren Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand besonders stark eingengt. Unter den großen Gruppen der Geldinstitute war das Prozentverhältnis der Ausgleichsforderung zu den Gesamteinlagen (ohne Einlagen von Geldinstituten) bei den ländlichen Kreditgenossenschaften mit 58,3 Prozent am ungünstigsten.

Hinsichtlich der Einlagen wendet sich die Raiffeisen-Organisation gegen die Privilegierung oder Bevorzugung der Sparkassen und Girozentralen bei der Anlage der öffentlichen Gelder, ferner gegen die den Sparkassen verliehene Mündelsicherheit, soweit ihre ursprüngliche Zweckbestimmung und Rechtfertigung von den Gegenwartsverhältnissen überholt ist.

Die Kreditversorgung der Landbevölkerung und damit die Kapitalbildung sind zweifellos mehr denn je von wesentlichem Einfluß auf die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft. In diesem Zusammenhang kommt den Raiffeisendienst-Versicherungsgesellschaften eine ganz besondere Bedeutung zu. Die genossenschaftlichen Versicherungsunternehmen, die vor 25 Jahren von den landwirtschaftlichen Genossenschaften nach einem Plan Raiffeisens gegründet wurden und die auch nach der Währungsreform ihre Tätigkeit bereits wieder erfolgreich durchführen, haben vornehmlich den Zweck, die in der Landwirtschaft anfallenden Versicherungsprämien über die eigenen Versicherungsgesellschaften der Landwirtschaft in Form von Krediten wieder zuzuführen. Dieser geschlossene Kreislauf des Prämienaufkommens und die damit verbundene Kreditbeschaffung haben sich seit ihrem Bestehen bewährt.

### Kreditgenossenschaften

Im Rahmen des gewerblichen Genossenschaftswesens haben ebenfalls die Kreditgenossenschaften große Bedeutung wiedererlangt und bereits den Vorkriegsstand überschritten. Der Deutsche Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) e. V. wurde 1949 errichtet. Als oberste Zentralstelle für den gesamten Geldverkehr der landwirtschaftlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften trat die in Frankfurt am Main gegründete Deutsche Genossenschaftskasse in Funktion. Dem Verband gehörten Ende 1949 fünfzehn Prüfungsverbände an, die 740 Volksbanken und 1790 Einkaufsgenossenschaften des Handwerks und Einzelhandels in sich vereinigten. Die Zahl der Mitglieder belief sich auf zusammen 1,3 Millionen.

Aus einer Gegenüberstellung der Entwicklung nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg geht hervor, daß die mittelständischen Bevölkerungsschichten in den zwanziger Jahren verhältnismäßig schnell zum Spargedanken zurückgefunden haben, während nach der Währungsreform vom Jahre 1948 der Wunsch nach Flüssighaltung der Mittel infolge der unübersichtlichen wirtschaftlichen und politischen Lage vorherrschend war. Der Ueberblick über die Gesamteinlagen (728 Millionen DM am 31. Dezember 1949) zeigt, daß ein großer Teil der Einlagen in laufender Rechnung langfristig angelegt ist. Anzeichen weisen jedoch bereits darauf hin, daß mit zunehmender wirtschaftlicher Konsolidierung die Einlagen zugunsten von Termin- und Spareinlagen umgestellt werden.

Die Bilanzsumme sämtlicher Volksbanken betrug 1 Milliarde DM. Die flüssigen Mittel stellten sich im Berichtsjahr nur auf 130 Millionen infolge der hohen Kreditanforderungen. Das Kreditvolumen stieg bis zum Ende des Berichtsjahres auf rund 658 Millionen DM; die Ausdehnung ist auf das Anwachsen des Kontokorrentkredites zurückzuführen.

Das Kreditgeschäft wird seit der letzten Währungsreform durch den Anteil der Ausgleichsforderungen an den Gesamtbetriebsmitteln wesentlich beeinflusst und eingengt, da die heutigen gesetzlichen Maßnahmen praktisch zur Festlegung eines hohen Anteils der Gesamteinlagen führen. Bei einer Gegenüberstellung der Umsätze erkennt man eine starke Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, die durch den Warenhunger der Bevölkerung, durch steuerliche Maßnahmen, durch das Mißverhältnis zwischen Löhnen und Preisen und vielleicht auch durch west-östliche Spannungen bedingt sein kann.

### Bausparkassen

In gewissem Zusammenhang mit den Kreditgenossenschaften steht die Bausparkasse der Deutschen Volksbanken A.G. Sie stellt eine der jüngsten Erscheinungen im deutschen Genossenschaftswesen dar; ihre



Anfänge reichen erst etwa 26 Jahre zurück<sup>3</sup>. Die deutschen Bausparkassen blieben im Gegensatz zu denen Großbritanniens, wo die Hereinnahme von Depositen und die Emission von Schuldverschreibungen möglich ist, auf das eigentliche Kollektivsystem beschränkt, das heißt, die Baudarlehen müssen ausschließlich aus dem Kreis der Sparer aufgebracht werden. Hieraus ergeben sich notwendigerweise längere Wartezeiten.

Mit der Hergabe der zweiten Hypothek schlossen die Bausparkassen eine wesentliche Lücke im System des Realkredites und haben sich dadurch eine gefestigte Stellung erworben. Sie stellen auch heute die einzigen Glieder des organisierten Realkredites für zweitstelligen Grundkredit dar.

Durch den Krieg fand die private Bautätigkeit ihr vorläufiges Ende. Nach 1945 sind in den Westzonen 19 private und 11 öffentlich-rechtliche Bausparkassen mit mehr als 550 000 Bausparern tätig. Die Bilanzsumme betrug bis zur Währungsreform rund 900 Millionen RM bei privaten und etwa 200 Millionen RM bei öffentlich-rechtlichen Bausparkassen. Nach der Währungsreform waren die Bausparkassen die ersten Institute, die den Baumarkt sofort wieder mit erheblichen Beträgen versorgen konnten. Die Bereitstellung aus Zuteilungsmitteln seit der Währungsreform belief sich bis Ende Juni 1949 auf rund 45 Millionen DM, bis Ende 1949 schätzt der Verband der privaten Bausparkassen die Finanzierungsleistung auf etwa 75 Millionen DM für rund 13 000 Wohnungen.

Die Spargeldeingänge sind ständig angestiegen, und gegen Ende des zweiten Quartals 1949 waren es 15,7 Millionen DM; die Vertragssumme der Neuabschlüsse betrug über 223,2 Millionen DM.

#### *Waren- und Betriebsgenossenschaften*

Kehren wir nun wieder zu den landwirtschaftlichen Genossenschaften zurück. Neben den weiter oben aufgeführten 11 203 ländlichen Spar- und Darlehenskassen gibt es in der Bundesrepublik noch 10 129 Warengenossenschaften und 2347 Betriebsgenossenschaften. Die Warengenossenschaften umfassen 2681 Bezugs- und Absatzgenossenschaften sowie 5788 Molkerei- und Milchverwertungsgenossenschaften. Der Rest bezieht sich nach ihrer Größenordnung auf Winzer-, Viehverwertungs-, Obst- und Gemüseverwertungs- und Eierverwertungsgenossenschaften und andere. Die Umsätze der Waren- und Betriebsgenossenschaften einschließlich der Zentralgenossenschaf-

ten erreichten im Jahre 1949 eine Höhe von etwa 4,5 Milliarden DM.

Die Bezugs- und Einkaufsgenossenschaften nehmen dem Mitglied den Einkauf ab. Es wird gemeinsam im großen eingekauft, um den Vorteil größerer Billigkeit und größerer Sicherheit einer guten Qualität wahrzunehmen. Die Uebersicht über den Absatz, der durch die Mitglieder gesichert ist, ermöglicht es, einzelne Glieder des Zwischenhandels auszuschalten und auf einzelnen Gebieten zur Eigenproduktion überzugehen. Sind solche Vereinigungen einem Konsum angegliedert oder stehen sie in Verbindung mit einer Absatzorganisation großen Stiles, so sind sie geringerer Konkurrenz ausgesetzt als die Produktivgenossenschaften.

Für den Absatz der Produkte, namentlich für die vorherige Be- und Verarbeitung sorgt die Absatzgenossenschaft. So braucht der Landwirt weder Milch noch Gemüse selbst zum Markt zu bringen, sondern er liefert seine Erzeugnisse nur bei der Absatzgenossenschaft ab.

Sollen die Produkte vor dem Absatz weiterverarbeitet werden, so besorgt die Molkereigenossenschaft oder die Kartoffeltrocknungs- oder die Konservenfabrikgenossenschaft diese Aufgabe, oder die Kornhaus- und Winzergenossenschaft übernimmt die pflegliche Behandlung und Lagerung.

Die Aufgabe der landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaft besteht darin, Maschinen, Geräte, Anlagen zur gemeinsamen Benutzung zur Verfügung zu stellen. In diese Gruppe gehören Elektrizitäts-, Maschinen-, Dreschmaschinen-, Wasserleitungs-, Weide- und Zuchtgenossenschaften und andere mehr.

Die Produktivgenossenschaft stellt größte Anforderungen an ihre Mitglieder. Sie beschränkt die Leitung auf einige Mitarbeiter und fordert von den übrigen Unterordnung. Im allgemeinen ist sie auf die kleinen Besitzer beschränkt, da jeder größere Unternehmer seine Selbständigkeit vorziehen wird. Häufig leidet die Produktivgenossenschaft an Kapitalmangel. Sie verlangt Einsatz der ganzen Persönlichkeit und technische Kenntnisse, die mit steigendem Betriebsumfang wichtiger werden und vielseitige Voraussetzungen erfordern.

Die warenwirtschaftliche Betätigung des ländlichen Genossenschaftswesens in der Zukunft wird in erster Linie durch die zum Teil zwangsläufige Entwicklung, welche die deutsche Agrar- und Wirtschaftspolitik in nächster Zeit nehmen wird, bestimmt. Die Tätigkeit der Genossenschaften wird sich

<sup>3</sup>) In Großbritannien dagegen läßt sich der Ursprung bis 1781 verfolgen, und bereits vor 114 Jahren erging das erste Bausparkassengesetz. In den Vereinigten Staaten gründeten britische Einwanderer vor etwa 120 Jahren die erste Bausparkasse. Gegenwärtig gibt es über 10 Millionen Bausparer, und die Bausparkassen stellen mit einer Bilanzsumme von ca. 8,6 Milliarden \$ einen sehr beachtlichen Faktor im amerikanischen Kreditwesen dar.

Die britischen Bausparkassen haben sich unbehindert auf breiter Grundlage zu Sammelbecken des Sparkapitals entwickeln können und sind heute mit einer Bilanzsumme von etwa 950 Millionen £ die führenden Realkreditinstitute des Landes. In Großbritannien gibt es gegenwärtig etwa 4,2 Millionen Bausparer.



auch in Zukunft besonders auf Geschäftsabschlüsse mit dem Ausland zu erstrecken haben. Das genossenschaftliche Bestreben muß nach Ansicht der Raiffeisen-Organisation dahin gehen, dort, wo es sich darum handelt, das Ausmaß der Importe und deren jahreszeitliche Lenkung zu bestimmen, maßgebend eingeschaltet zu werden. Dabei wird der internationalen Zusammenarbeit im Genossenschaftswesen besonderer Einfluß zukommen.

#### Gewerbliche Einkaufsgenossenschaften

Während einzelne Arten von Genossenschaften nach 1933 vollkommen ungestört blieben oder sogar in gewisser Hinsicht gefördert wurden, waren die gewerblichen Einkaufsgenossenschaften nächst den Konsumgenossenschaften den stärksten Angriffen ausgesetzt, indem versucht wurde, sie durch einen *numerus clausus* oder durch Verweigerung des Großhandelsrabatts oder das Verbot der Warenrückvergütung aufzulösen. Die Aufwärtsentwicklung innerhalb dieses Kreises setzte erst endgültig mit der Währungsreform ein. Einschneidende Umstellungen brachte der veränderte Warenabfluß für die Warengenossenschaften mit sich. Viele solcher Genossenschaften, die bisher das „Strecken- und Delkredere-Geschäft“ betrieben hatten, mußten, bedingt durch Warenknappheit, Verkehrsverhältnisse usw., zum Lagergeschäft übergehen.

Bei den Einkaufsvereinigungen des Handels und Handwerks im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe ist nach dem Zusammenbruch, stärker als jemals in früheren Zeiten, das Bewußtsein offenbar geworden, daß diese Zusammenschlüsse als mittelständische Selbsthilfeeinrichtung solchen Formates an entscheidender Stelle bei der Gestaltung des Wiederaufbaues stehen müssen. Wenn in der Vergangenheit Differenzierungen und Diffamierungen der genossenschaftlichen Großhandelsunternehmen zur Tagesordnung gehörten, um diesen Genossenschaften die Möglichkeit eines echten Wettbewerbs zu nehmen, so fordert man in genossenschaftlichen Kreisen heute eine gründliche Revision dieser Anschauungen. Entgegen solchen Ansichten dürfen die Genossenschaften nicht schlechthin als Selbsthilfeeinrichtungen sich selbst überlassen bleiben, als Außenseiter der normalen Unternehmerwirtschaft nur geduldet und in Notfällen gewissermaßen karitativ behandelt werden. Die Genossenschaften fordern weiter, daß ihre Betriebsform gleichberechtigt neben den andern Handelsformen steht und daß sie genau so ein auf wirtschaftlichen Erfolg gerichteter Betrieb sind wie jeder andere, nur daß dieser Erfolg ihren Mitgliedern zugute kommt.

In unmittelbarem Zusammenhang mit den handwerklichen Einkaufsgenossenschaften stehen die Lieferungsgenossenschaften. Das Handwerk konnte damit die terminmäßige Durchführung übernommener Großaufträge bei gleichmäßigem Ausfall der Liefe-

rungen sicherstellen. Ueberwiegend mußten jedoch diese Lieferungsgenossenschaften infolge der wirtschaftlichen Entwicklung ihre Tätigkeit auf den gemeinsamen Einkauf von Rohstoffen umstellen. 36 von 55 westdeutschen Lieferungsgenossenschaften berichteten über einen Gesamtumsatz von 10,1 Milliarden RM beziehungsweise DM im Jahre 1948.

Bei den bereits an anderer Stelle angeführten 1,3 Millionen Mitgliedern der insgesamt 2530 gewerblichen Genossenschaften des Schulze-Delitzsch-Verbandes handelt es sich bei den Warengenossenschaften in überwiegender Maße nicht um Einzelpersonen, sondern um Gewerbebetriebe des Handwerks und des Einzelhandels. Die Einkaufsgenossenschaften erzielten in ihren etwa 310 Betrieben im Jahre 1949 rund 700 Millionen DM Umsatz. Nach dem Verbandsbericht von 1948 gliederten sich die damals tätigen 1656 Warengenossenschaften in

- 857 Genossenschaften des Handwerks, darunter 55 Lieferungs-, 13 Zentral- und 789 Einkaufs- und sonstige Genossenschaften,
- 119 Produktivgenossenschaften (vornehmlich des Handwerks),
- 485 Genossenschaften des Einzelhandels,
- 195 sonstige Genossenschaften.

#### Konsumgenossenschaften

Die Bewegung geht auf den Engländer Robert Owen<sup>4</sup> zurück, der in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Gemeinschaften zu begründen versuchte, die in ihrem geschlossenen Kreis ihre eigenen Bedarfsartikel selbst produzieren. Jedoch waren die im Jahre 1832 bestehenden 400 bis 500 britischen Konsumgenossenschaften sehr bald wieder verschwunden. Auch der erneute Antrieb durch die christlichen Sozialisten, wie Maurice, Ludlow, Vansittart Neale<sup>5</sup>, brachte die Bewegung nicht weiter.

Für die gegenwärtige Entwicklung des Genossenschaftswesens kann wohl die von den 28 Pionieren von Rochdale 1844 mit einem Kapital von £ 28 begründete Verbrauchervereinigung als ausschlaggebend angesehen werden. Die Grundsätze dieses Zusammenschlusses von englischen Webern besagten:

1. Jeder kann Mitglied werden;
2. Die Konsumgenossenschaft ist demokratisch zu verwalten;
3. Aus etwaigen Ueberschüssen erhalten die Käufer eine Rückvergütung, die nach der Höhe ihrer Einkäufe bemessen wird;
4. Für die Genossenschaftsanteile der Mitglieder erfolgt eine beschränkte Verzinsung;

<sup>4</sup>) 1771—1858

<sup>5</sup>) Frederick Denison Maurice 1805—1872  
John Malcolm Ludlow 1821—1911  
Vansittart Neale 1810—1892



5. Die Genossenschaft wahrt die politische und konfessionelle Neutralität;
6. Die Käufer haben ihre Einkäufe bar zu bezahlen;
7. Die Genossenschaft wird aus ihren Ueberschüssen Beiträge für die Fortbildung ihrer Mitglieder abzweigen.

Diese Grundsätze haben auch heute noch allgemein Geltung. Auf ihnen basiert nach wie vor die große Konsumgenossenschaftsbewegung in aller Welt, die in Deutschland in ihren Anfängen bis in das Jahr 1850 zurückreicht, als in Eilenburg in Sachsen die erste deutsche Warengenossenschaft entstand.

Nach 75jährigem Bestehen setzten etwa 1200 Genossenschaften mit mehr als 12 000 Verteilungsstellen bei einer Mitgliederzahl von annähernd 4 Millionen 1,7 Millionen RM um. Hinzu kommt noch ein weiterer Umsatz von 570 Millionen RM der Großeinkaufsgesellschaft und der Einkaufsgesellschaft der christlich orientierten Konsumgenossenschaft. Bei dieser Situation traten die deutschen Konsumgenossenschaften mit ihrer Warenzentrale an die Spitze der internationalen Bewegung.

Die Wirtschaftskrise der zwanziger Jahre brachte wohl einen gewissen Rückgang des Umsatzes mit sich, der sich jedoch in engen Grenzen hielt, da vorzugsweise lebenswichtige Waren verkauft wurden. Als Auftakt zu den politischen Veränderungen setzte in der nachfolgenden Zeit zunächst ein Einschüchterungsfeldzug gegen die Käufer in den Verkaufsstellen ein. Die Konsumgenossenschaften wurden „gleichgeschaltet“, viele der größten von ihnen aufgelöst, Hunderte von Grundstücken an Außenseiter verschleudert und mehr als 1500 Verteilungsstellen in Privatbesitz übergeführt, bis 1941 die Auflösung der restlichen Genossenschaften erfolgte und das „Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront“ an ihre Stelle trat. Die Mitglieder erhielten mit dem Nominalwert ihrer Anteile nur einen Bruchteil des Realwertes zurück. Die Fabrikbetriebe der Großeinkaufsgesellschaft wurden stillgelegt, die Warenzentralen wurden aufgelöst und teilweise veräußert. Die Sparkassen mußten liquidiert werden, und die Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft verfiel der Auflösung.

Nach Einstellung der Kampfhandlungen 1945 durften in allen vier Zonen die „Gemeinschaftsringläden“ ihre Tätigkeit fortsetzen, und die Gründung neuer Genossenschaften wurde zugelassen. Besonders schwierig gestaltete sich der Aufbau, weil es an geeignetem Nachwuchs fehlte. Die früheren engen Beziehungen zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften wurden wieder aufgenommen, und bis 1947 gingen auch die zwei großen Versicherungsvereinigungen „Volksfürsorge“ und „Eigenhilfe“ wieder an ihren alten Besitzer zurück.

Ende 1949 gab es in Westdeutschland 286 Konsumgenossenschaften mit rund 1,02 Millionen Mit-

gliedern und 6114 Verteilungsstellen. Der Gesamtumsatz betrug im Berichtsjahr 716,4 Millionen DM, darunter mehr als 121 Millionen DM aus eigener Herstellung. Es kommen noch 368,2 Millionen DM Verkaufsumsätze der Großeinkaufsgenossenschaft einschließlich der Tochtergesellschaften hinzu, darunter 124,2 Millionen DM aus eigener Herstellung. Seit der Währungsreform weist die Entwicklung der Konsumgenossenschaften eine solide steigende Tendenz auf.

Die Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften hatten sich 1946 zur Gründung eigener Bankunternehmungen entschlossen, die die Aufgabe der 1933 enteigneten Bank der Gewerkschaften und der zur Schließung gelangten Sparabteilungen der Konsumgenossenschaften fortsetzen sollten. Die Konsumgesellschaften sind nicht nur mit dem Wiederaufbau beschäftigt, sondern sie sind auch daran interessiert, ihren Wirkungskreis zu erweitern. So gelang bereits die Gründung der gemeinwirtschaftlichen Hochseefischerei G.m.b.H. im Jahre 1948, die gemeinsam von Genossenschaften, Gewerkschaften sowie auch den Ländern mit Fischereihäfen durchgeführt wurde.

#### *Gesetzliche Förderung des Genossenschaftswesens*

Zu der allgemeinen Aufwärtsbewegung in Westdeutschland haben auch die Verfassung und die Ländergesetze zur Wiedererrichtung von Genossenschaften beigetragen. Während unmittelbar nach Abschluß der Kampfhandlungen zunächst Unklarheit herrschte über die Weiterentwicklung der Genossenschaften, zeigte sich bald, daß die Organisation der Genossenschaften und insbesondere die Prüfungsverbände gerade in dieser Nachkriegsperiode ihre Bewährungsprobe bestanden, trotz mancher Auflösungs- und Aufspaltungstendenzen. Die genossenschaftliche Idee erwies sich als stark genug, um derartige Bestrebungen zu überwinden. Von Bedeutung war hierbei auch die Tatsache, daß das Reichsgesetz über die Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften durch die alliierten Besatzungsmächte nicht außer Kraft gesetzt wurde.

In den besonderen Richtlinien des *Bipartite Control Office* vom 16. März 1948 wurde ausgesprochen, daß die Politik der Militärregierung in die Richtung gehe, die Entwicklung von Genossenschaften, die in Uebereinstimmung mit demokratischen Grundsätzen organisiert sind, zu ermutigen. Es wurde anerkannt, daß in der Vereinigung kein Verstoß gegen die Dekartellisierungsgesetzgebung liege. Durch das Gesetz über die genossenschaftlichen Vereinigungen vom 6. September 1948 ist auch der Zusammenschluß von Genossenschaften auf überregionaler Basis ermöglicht worden.

*Berlin*

In Berlin umfaßte der gewerbliche Genossenschaftsverband die Stadtgemeinde und Provinz Bran-



denburg mit 251 Genossenschaften; nach dem Zusammenbruch waren es noch 45 Genossenschaften in Berlin und 62 in der Provinz, die eine Geschäftstätigkeit ausübten. Es galt auch hier, die genossenschaftlichen Kräfte zu sammeln und neu zu beleben.

Der Berliner Magistrat versuchte, die Verteilung von bewirtschafteten Waren nach Möglichkeit in die Hand der alten wie der neugegründeten Genossenschaften legen zu lassen. Auf diese Weise wurden in den vier Nachkriegsjahren bereits wieder 152 gewerbliche Genossenschaften ins Leben gerufen<sup>6</sup>. Nach der Spaltung verblieben dem Verband insgesamt 86 Genossenschaften. Soweit es sich um Genossenschaften mit Mitgliedern der Einzelhandelsstufe und sonstige Genossenschaften handelt, haben sie im ersten bis dritten Quartal 1949 einen Umsatz von 13,2 Millionen DM-West und 12,8 Millionen DM-Ost getätigt; hierzu kommen ferner die Großhandelsgenossenschaften mit 25,2 Millionen DM-West und 32,4 Millionen DM-Ost.

## Das Genossenschaftswesen in Osteuropa und der Sowjetunion

### *Osteuropa*

Die künftige Organisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Ostzone scheint nach sowjetischem Vorbild gestaltet zu werden, wie es auch in den Kominformländern, in denen allerdings Grund und Boden bisher noch nicht verstaatlicht worden sind, durchgeführt wurde. Aufbau und Aufgabe dieser „Einheitsgenossenschaften“ in der Tschechoslowakei, der „Arbeitsgenossenschaften“ in Bulgarien und der „Produktionsgemeinschaften“ in Polen und Ungarn ergeben sich aus dem fast gleichmäßig vollzogenen Bodenreformmaßnahmen. Dabei ist in den osteuropäischen Staaten noch der mittlere und großbäuerliche Besitz bestehen geblieben<sup>7</sup>.

Die kleinen sogenannten „werk tätigen“ Bauern drängen in ihrer Unselbständigkeit und Abhängigkeit zu einem Zusammenschluß und eignen sich daher am besten für die Dorfgenossenschaft. Ihr Kleinbesitz reicht jedoch nicht für die Kollektivbestellung, und daher wird der größere und mittlere Bauer, dessen Eigentum ein wichtiger Beitrag für das Kollektiv sein soll, nachsichtig behandelt und bleibt von der Dorfgenossenschaft ausgeschlossen. Auf die Verstaatlichung des Bodens wird noch verzichtet, weil, abgesehen von der zögernden Beteiligung der Bauern selbst, der Mangel an landwirtschaftlichen Maschinen das Haupthindernis bildet für den Uebergang der bäuerlichen Wirtschaft zur sozialistischen Produktionsform.

Nach dem Statut der bulgarischen Arbeitsgenossenschaften sollen die Genossenschaftsmitglieder von den Vorzügen der Kollektivwirtschaft überzeugt werden, indem sie „ihren Boden, ihre Produktionsmittel und ihre Arbeit vereinigen, um eine genossenschaftliche Großwirtschaft zu bilden, den Sieg über die Großbauern zu sichern, ... ihre Armut zu liquidieren, ... und um wohl-

### *Die sowjetische Besatzungszone*

Die Lage in der sowjetischen Besatzungszone ist eine wesentlich andere als in Westdeutschland. Da die Verteilung von Mangelwaren auf Anweisung des Staates vorwiegend durch die Genossenschaften erfolgt, Privatunternehmen enteignet und an die Genossenschaften überwiesen worden sind, ist hier das Grundgesetz der Genossenschaftsbewegung aufgehoben. Der alte Raiffeisengeist, die Idee der freiwilligen Selbsthilfe und der individuellen Hilfsbereitschaft steht im Gegensatz zur staatlich gelenkten, von Funktionären geleiteten „Dorfgenossenschaft“. Jeder Einkaufszusammenschluß beruht in seinem Wesen auf der wettbewerblich bestimmten Selbstbegrenzung des Mitgliederkreises. Die Genossenschaft muß eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten sein, d. h. daß zwischen ihnen ein echtes Persönlichkeitsverhältnis besteht. Eine zwangsweise „Vergenossenschaftlichung“ bedeutet das Ende der Grundidee.

habend zu werden“. Bis zu einem bestimmten Ausmaß werden die in die Genossenschaften eingebrachten Ländereien (als Morgengabe der Kleinbauern) zu Massiven zusammengefaßt, die von den in Produktionsbrigaden eingeteilten Mitgliedern bestellt und abgeerntet werden. Das tote und lebende Inventar bis auf eine Kuh oder Ziege, Stallungen und Scheunen sind zur gesellschaftlichen Nutzung mit zu übernehmen.

In den osteuropäischen Ländern bestanden überall Genossenschaften von beträchtlichem Umfang. In Bulgarien waren etwa 15 vH. der Einwohner, in Griechenland und Polen etwa 20 vH., in Rumänien 30 vH., in Jugoslawien 40 vH. und in Estland fast 50 vH. Mitglieder von Genossenschaften. In zunehmendem Maße unterhalten die Genossenschaften enge Beziehungen zur Regierung. Das genossenschaftliche Netzwerk wurde in der Nachkriegszeit stark ausgeweitet und allgemein zunehmend vom Staate beherrscht.

### *Die Genossenschaften in der Sowjetunion*

Für das Verständnis der Entwicklung des Genossenschaftswesens in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und in Osteuropa erscheint es wesentlich, die Verhältnisse in der Sowjetunion zum Vergleich heranzuziehen.

In Rußland hatte die genossenschaftliche Bewegung fast gleichzeitig mit der Aufhebung der Leibeigenschaft begonnen. Trotz der Behinderung durch Staat und Kirche gab es 1914 etwa 1,4 Millionen Mitglieder. Mit zunehmender revolutionärer Bewegung verbreitete sich auch das Genossenschaftswesen und wurde allmählich zum Hauptinstrument der Produktion und Verteilung. Bereits 1920 wurden wesentliche Grundzüge der echten genossenschaftlichen Struktur aufgehoben, der freiwillige Zusammenschluß durch den Mitgliederzwang abgelöst, bis die Genossenschaften später wieder autonomen Charakter erhielten. Etwa 1930 kontrollierten bei-

<sup>6</sup>) Ohne Ostsektor von Berlin.

<sup>7</sup>) Von 20 ha in Bulgarien bis zu 57 ha in Ungarn.



spielsweise die städtischen Konsumgenossenschaften über ein Drittel des gesamten städtischen Handels. Sie wurden sowohl Partner als auch Werkzeug der Regierung.

In wechselvollem Auf und Ab wurde 1935 die Liquidation sämtlicher etwa 37 000 städtischen Konsumgenossenschaften mit fast 10 Millionen Mitgliedern „verordnet“; das Gesamteigentum ging entschädigungslos an das Volkskommissariat für Binnenhandel über bzw. wurde in staatliche Handelstrüsts umgewandelt. Die ländlichen Genossenschaften blieben dagegen bestehen. Sie wurden 1940 im Allrussischen Verband der Konsumgenossenschaften mit 37 Millionen Mitgliedern in 27 500 Genossenschaften zentralisiert. Im Jahre 1937 überstieg ihr Ge-

schaftsumsatz 30 Milliarden Rubel, d. h. bis zu 25 vH. des gesamten sowjetischen Kleinhandels.

Im Jahre 1946 wurde das Verbot der städtischen Konsumgenossenschaften wieder aufgehoben, und die ländlichen Genossenschaften erhielten die Anweisung, ihre Tätigkeit auf die Städte auszudehnen. Die Arbeiterproduktivgenossenschaften (Artels) mußten ihre Produktion an Konsumgütern erweitern. Etwa gegen Mitte des Jahres 1947 hatten alle Arten genossenschaftlicher Vereinigung in städtischen Bezirken und Städten Verteilungsläden errichtet. Für die Viermonatsperiode Dezember 1946 bis März 1947 wird berichtet, daß 17 660 neue genossenschaftliche Läden in Städten und Arbeiter-siedlungen eröffnet wurden.

## Das Genossenschaftswesen in Westeuropa

In Westeuropa haben sich während und nach dem Zweiten Weltkrieg in der Entwicklung der Genossenschaften wesentliche Aenderungen ergeben. Trotz des großen Verlustes an Arbeitskräften und Betrieben haben die Genossenschaften das schwere Weltgeschehen überlebt und in einigen Beziehungen sogar bessere Positionen erreicht, als sie vor Kriegsbeginn innehatten.

Die Schweizer Genossenschaften, die von jeglichen Kriegsschäden verschont blieben, übernahmen in Europa die Führung und unterstützten die kriegszerstörten Städte in Großbritannien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Viele Genossenschafter konnten infolge der Rationierung der Lebensmittel oder praktisch nicht erreichbarer Güter ihr überschüssiges Geld der Genossenschaftsbewegung zuwenden und dadurch zur Kapitalbildung beitragen. In Großbritannien hatten die Konsumgenossenschaften während des Krieges keine Schwierigkeiten, das notwendige Kapital zu erhalten, und auch die genossenschaftlichen Banken in Frankreich und in der Schweiz zeigten große Kapitalansammlungen, so daß in Westeuropa von einer verbesserten finanziellen Lage der Genossenschaften im Vergleich zur Vorkriegszeit gesprochen werden kann.

Die Mitgliederbewegung zeigte im allgemeinen einen Anstieg oder gleichbleibende Tendenz. Trotz der Lebensmittelkürzung und der staatlichen Kontrollen über die Verteilung, die den Verbrauch als solchen einschränkten, weist das Geschäftsvolumen überall eine Zunahme auf. Unter Berücksichtigung des angestiegenen Preisniveaus scheint es, als ob die von der Kleinhandelsorganisation umgesetzte Tonnage anstiege, während der Absatz im Großhandel zurückginge. Preiskontrollen und verringerter Konsum sowie erhöhte Steuern brachten es mit sich, daß der Nettogewinn reduziert wurde, jedoch führten beispielsweise Großbritannien und die Schweiz die Auszahlung von Gewinnanteilen auch während der Kriegsjahre durch. Andererseits wurden Reserveanlagen nicht aufgefüllt, und viele notwendige Reparaturen mußten unterbleiben.

### Großbritannien

Für Großbritannien, dem Ursprungsland der Konsumgenossenschaften, wie an anderer Stelle bereits ausgeführt wurde, ist dieser Typ der Genossenschaften auch weiterhin charakteristisch geblieben ebenso wie in Deutschland die Kreditgenossenschaften und in Frankreich die Produktivgenossenschaften. Für die rechtliche Ausgestaltung des Genossenschaftswesens bildet die *Industrial and Provident Societies Act* von 1876 das entscheidende Gesetz, wodurch die Genossenschaften, die sich registrieren lassen, Körperschaftsrechte erhalten; die Haftpflicht der Mitglieder ist auf den gezeichneten Geschäftsanteil beschränkt. Ein neueres Gesetz vom Jahre 1893 ersetzte die alten Bestimmungen nur unwesentlich.

Die genossenschaftliche Bewegung ist von dem Problem der Verstaatlichung verhältnismäßig wenig betroffen. Auf dem Kongreß des genossenschaftlichen Verbandes im Jahre 1947 wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Bewegung bereit sei, mit der Labourregierung zusammenzuarbeiten . . . , jedoch bestehe nicht die Absicht, die geschaffene wirtschaftliche Organisation, ihre Grundsätze und Tradition mit staatlicher Wirksamkeit zu verschmelzen oder gar durch andere Institutionen ablösen zu lassen.

Während des Weltkrieges erlebten die ländlichen Genossenschaften infolge der Evakuierung einen wesentlichen Mitgliederzugang. Bis zum Jahre 1939 etwa wurden ein Viertel bis zu einem Drittel der Bevölkerung von Genossenschaften versorgt, 1945 ist es fast die Hälfte aller Familien in Großbritannien<sup>8</sup>. Allein den Verteilergenossenschaften gehörten 1946 9,7 Millionen Mitglieder an, der Warenabsatz betrug 402,4 Millionen £. Dem genossenschaftlichen Großhandel gehörten zur gleichen Zeit 1030 Vereinigungen mit rund 8 Millionen Mitgliedern an; bei einem Gesamtumsatz von 205,9 Millionen £ wurde ein Nettogewinn von 4,9 Millionen £ verbucht.

Die Pioniere von Rochdale hatten bereits 1850 eine eigene Großhandelsabteilung errichtet, und 1864 wurde mit dem zentralen Großhandel begonnen. Eigene Makler waren in den verschiedensten Teilen der Welt eingesetzt. Als nächster Schritt erfolgte die Gründung von Faktoreien. Man ging später auch dazu über, große Güter

<sup>8</sup>) Nach einem Bericht des Central Board of Union of Cooperatives.



und Ländereien zu erwerben, so zum Beispiel in Ceylon Teeplantagen, Weizenländereien in Kanada, Palmolivengüter in Westafrika; eine eigene Fischereiflotte, eigene Dampfschiffe wurden angeschafft. Bereits in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eröffnete Englands Großhandelsgenossenschaft eine Depositen- und Leihabteilung, die bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges eines der wichtigsten Finanzierungsinstitute des Landes war und große Aufgaben als Geldverleiher für den Bau von Arbeiterwohnungen zu erfüllen vermochte.

Auch im Versicherungsgewerbe gewann die Genossenschaftsbewegung Boden. Die Wagnisse Feuer, Einbruch, Unfall, Sterbefall, Arbeiterunfallentschädigung, Unternehmerhaftpflicht, Kautions- und andere mehr waren die wichtigsten Wagnisse, die auf diese Weise gedeckt wurden. Größten Anklang fand die Kollektivversicherung, bei der sich die genossenschaftlichen Kleinhandelsgeschäfte als Vereinigung versichern. Der Kleinhandel zahlt jährlich 2 Cents für je 5 \$ Käufe der Mitglieder, die dadurch automatisch ebenfalls versichert sind. Versicherungsgelder werden beispielsweise an die Witwe ausgezahlt, und zwar auf der Grundlage des jährlichen durchschnittlichen Einkaufes des Mitgliedes während der letzten drei Jahre vor dem Sterbefall des Ehemannes. Vor wenigen Jahren betrugen allein die Prämieinnahmen über 40 Millionen \$, die Aktiven rund 170 Millionen \$<sup>8a</sup>.

Die einzelnen Mitgliederanteile liegen zwischen 5 und 10 \$, wobei jedem Mitglied, unabhängig von der Anzahl der Anteile, eine Stimme bei den vierteljährlichen Mitgliederzusammenkünften zusteht. Hier werden die Ausschüsse für die Geschäftsführung gewählt, die mindestens 7 bis 28 Mitglieder mit einer bestimmten Mindestzahl von Anteilen umfassen. Der Ausschluß bestimmt den Geschäftsführer, wenn er nicht bereits auf der Versammlung gewählt ist. Beim genossenschaftlichen Großhandel kauft jede Kleinhandelsvereinigung für jedes ihrer eingetragenen Mitglieder Anteile beim Großhandel, wobei für je 500 Mitglieder eine Stimme gilt. Die Verwaltung des Großhandels liegt in Händen von dreißig erfahrenen Genossenschaften.

Neben Konsumgenossenschaften und Zentralorganisationen sind auch Produktivgenossenschaften relativ stark entwickelt, während die landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht zu großer Blüte gelangt sind. Die britischen Produktivgenossenschaften sind eine Art Mischform von Produktivgenossenschaft und konsumgenossenschaftlichen Produktionsunternehmungen. Das Anteilkapital befindet sich bei den meisten Produktivgenossenschaften etwa zu einem Drittel in Händen der Arbeiter, der Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften oder anderer Organisationen. Die 40 Genossenschaften dieser Art erzeugten Waren im Werte von 4,2 Millionen £, die zu über 80 Prozent an die Konsumgenossenschaften abgesetzt wurden.

Zu Beginn des Jahres 1949 wurde in Großbritannien das System der „Nationalen Mitgliedschaft“ eingeführt. Hierdurch wurde es möglich gemacht, daß jedes Mitglied einer Genossenschaft nicht nur für seinen Umsatz in

der eigenen, sondern auch für Käufe in anderen Genossenschaften Rückvergütung erhält.

### Frankreich

In Frankreich war der genossenschaftliche Gedanke zunächst getragen von Männern wie *Fourier*, *St. Simon*, *Louis Blanc*<sup>9</sup>, die schärfste Kritik an der individualistischen Wirtschaft geübt haben. Ihre ideelle Einwirkung war jedoch nicht so unmittelbar wie die der Briten mit praktischer Betätigung verknüpft. In ihren Plänen brachen sie manchmal zu gewaltsam mit den überkommenen Formen der gesellschaftlichen Organisation, zum Teil waren sie zu umfassend, um überhaupt durchgeführt werden zu können. Das Genossenschaftswesen nahm hier erst richtig Aufschwung, als im Juli 1848 die Nationalversammlung der Regierung einen Kredit von 3 Millionen Frs zur Verfügung stellte, um damit die Gründung von Genossenschaften zu erleichtern. Die ursprünglich günstige Haltung der in der Zwischenzeit wieder erstarkten Regierung änderte sich bald, da ihr der sozialistische, politisch radikale Ursprung dieser Genossenschaften unbequem wurde. Jahre später beseitigte man die Hindernisse wieder, die der Bildung von Genossenschaften zur Verbesserung der Lage der Arbeiter im Wege standen. Zunächst entstanden Kreditgenossenschaften, jedoch mit dem Zweck, damit Produktivgenossenschaften zu fördern, die nach dem Erlaß des Genossenschaftsgesetzes von 1867 ihren Aufschwung nahmen.

Nach längerem Auf und Ab der Bewegung setzte nach dem Ersten Weltkrieg ein Aufstieg ein, der von einem schweren Schock abgelöst wurde, als 1934 die Genossenschaftsbank ihre Zahlungen einstellte und Bankrott erklärte. Sehr bald danach wurde eine Kontrollgenossenschaft zur Unterstützung der Nationalen Vereinigung der Groß- und Kleinhandelsgenossenschaften gegründet.

In den während des Zweiten Weltkrieges von Deutschen besetzten Gebieten wurde die Bewegung völlig unterbunden und die Mitglieder Gelder zurückgezahlt. Im restlichen Teil des Landes konnten die bestehenden Genossenschaften nach straffer Reorganisation und ohne ernste Einmischung der Vichy-Regierung weiter wirken. In der Nachkriegszeit galt die erste Aufmerksamkeit der Lösung der Transportprobleme; die neue Regierung spannte die Genossenschaften bei der Verteilung der Bedarfsgüter in das Wirtschaftsleben ein. Der Bewegung wurden dadurch zwar neue Antriebe gegeben, jedoch konnte das Sinken der Mitgliederzahl nicht aufgehalten werden.

Nach dem Zusammenschluß der Konsumgenossenschaften zu einem Verband wurde die Konzentration kleinerer Genossenschaften auf regionaler Basis durchgeführt, und daraus entstanden sogenannte Entwicklungsgenossenschaften, die sich teilweise über mehrere Departements erstrecken. Ende 1948 gab es 55 solcher Genossenschaften mit 1,4 Millionen Mitgliedern und 5511 Läden. Der Umsatz betrug 28,1 Milliarden Frs.

Der zentralen Organisation der Konsumgenossenschaften gehörten 1948 1127 Genossenschaften mit 2,3 Mil-

<sup>8a</sup>) Nach amerikanischer Quelle.

<sup>9</sup>) Francois Marie Charles *Fourier* 1772—1837.  
Claude Henri *Saint-Simon* 1760—1825.  
*Louis Blanc* 1811—1882.



lionen Mitgliedern an, die in 7353 Verteilungsläden einkauften. Ihr Gesamtumsatz betrug 41,5 Milliarden Frs.

Die Arbeiterproduktivgenossenschaften haben sich besonders stark entwickelt. Sie haben jedoch einen andern Charakter als die britischen Produktivgenossenschaften. In Großbritannien besteht ihre Stärke in der Zusammenarbeit mit den Konsumgenossenschaften, in Frankreich mit öffentlichen Körperschaften, insbesondere mit Kommunalbehörden, von denen die Produktivgenossenschaften der Bauarbeiter zum Beispiel den größten Teil der Aufträge erhalten. 724 Genossenschaften sind in einem Verband zusammengeschlossen, dessen Umsatz im Jahre 1948 8,5 Milliarden Frs betrug. Die Bank der Arbeiterproduktivgenossenschaften hat einen wesentlichen Anteil an der Entwicklung dieser Genossenschaften, deren Clearing- oder Finanzierungszentrale sie ist; ihr Gesamtumsatz betrug 1948 23,9 Milliarden Frs.

Auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben sich hier stark entwickelt; es bestehen gegenwärtig über 20 000 landwirtschaftliche Genossenschaften.

### Oesterreich

Wie in Deutschland bedeuten auch hier die Genossenschaften eine für den Kleinbesitz gedachte und fast ausschließlich von diesen ausgenutzte Form der Unternehmung. Rohstoff- und Vorschußvereine, ländliche Produktivgenossenschaften spielen die größte Rolle. Von Beginn ihrer Tätigkeit an liegt in ihrer Entwicklung die Tendenz zur Förderung der Kapitalbildung. Das soziale Moment ist nicht hervorgetreten, und sowohl Gesetzgebung wie auch Verwaltung haben nichts Wesentliches zur Förderung geleistet. Im Jahre 1873 wurden die Genossenschaften dem Vereinsgesetz entzogen, und sie erhielten eigene Vorschriften, wonach sie nur zu wirtschaftlichen Zwecken teils mit beschränkter bzw. unbeschränkter Haftung zugelassen wurden.

Die Genossenschaften hatten nach ihrem Aufschwung fast ein Drittel der Bevölkerung zu versorgen. Nach Beendigung der Kampfhandlungen waren hier wie in Deutschland die gleichen Probleme zu meistern. Der Wiederaufbau aller Arten von Genossenschaften ist sowohl in organisatorischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht intensiv vorwärts geführt worden. Die Entstehung von kleinen lokalen Konsumgenossenschaften hat man hier verhindert und statt dessen 35 größere leistungsfähige Bezirksstellen mit zusammen 1300 Verteilungsstellen ins Leben gerufen. Auch in Oesterreich hat man bereits mit Selbstbedienungsläden begonnen. Die Rückerstattung des Vermögens der Konsumgenossenschaften ist Tatsache geworden. Der Aufschwung geht deutlich daraus hervor, daß der Umsatz des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften im Jahre 1949 713,4 Millionen Schilling, der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft bereits wieder 420,4 Millionen Schilling betrug.

### Italien

In Italien gab es wohl bereits einige Verteilerläden, jedoch die Rochdale-Prinzipien fanden erst etwa um 1880 herum Eingang. Bis zur faschistischen Ära waren die Konsumgenossenschaften führend an Mitgliedern; die landwirtschaftlichen Genossenschaften hatten den größten Umsatz, und die handwerklichen Produktionsgruppen zählten infolge ihrer Spezialisierung die meisten Ver-

einigungen. Auch hier wurden viele Genossenschaften während der Zeit des Faschismus aufgelöst und die übrigen unter die Botmäßigkeit der Partei gebracht. Nach dem Kriege erfolgten Tausende von Neugründungen, etwa gegen Mitte 1949 wurden rund 20 000 Genossenschaften geschätzt, darunter 7000 Konsumgenossenschaften, 6500 Arbeiterproduktivgenossenschaften, 1500 Bau-genossenschaften, 1100 Kredit- und Versicherungsgenossenschaften und u. a. 400 Fischer-genossenschaften mit zusammen etwa fünf Millionen Mitgliedern.

Aus politischen Ursachen heraus gelang hier in der Nachkriegszeit kein einheitlicher Zusammenschluß; man verfiel erneut dem alten Fehler der Zersplitterung hinsichtlich der Spitzenorganisationen. Das Rückerstattungsproblem ist in Italien noch ungelöst; vor etwa einem Jahr ist im Parlament erneut ein Antrag auf die Vermögensrückerstattung gestellt worden, der noch der Erfüllung harret.

### Skandinavien

In Skandinavien hat die genossenschaftliche Bewegung einen großen Anteil am Wirtschaftsleben, wurden doch allein von den Genossenschaften über ein Viertel der Bevölkerung in Norwegen, fast ein Drittel in Dänemark und Schweden und fast die Hälfte in Finnland versorgt.

Während der dreißiger Jahre war die am meisten diskutierte Bewegung diejenige in Schweden, weil sie außerordentlich initiativ war und großen Unternehmungsgeist zeigte in ihrem erfolgreichen Kampf gegen nationale und internationale Monopole. Als Kampfansage gegen das europäische Margarinemonopol wurden schwedische Margarinebetriebe der Genossenschaften eingerichtet; als Protest gegen die hohen Preise der Mehlmülls baute man eigene Mühlen; das Gummimonopol umging man durch Herstellung von Fahrreifen und Gummischuhen in eigener Produktion und konnte dadurch die Preise um 65 vH. senken, ohne die Löhne zu verändern. Ebenso ging man dazu über, elektrische Birnen in eigener Regie herzustellen; die Genossenschaftsfabrik „Luma“ wurde zu einer ersten internationalen Faktorei.

Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften zeigte geradezu eine sprunghafte Aufwärtsentwicklung, und die Großeinkaufsgesellschaft stellt heute die mächtigste Wirtschaftsorganisation dar. Ganze Industriezweige, wie Kunstseiden-, Zellwolle- und Oelindustrie, verdanken ihren Aufschwung weitgehend der Initiative dieser Einrichtung. Ihr Handeln wurde nicht allein bestimmt vom Interesse der organisierten Konsumentenschaft, sondern sehr häufig waren nationalwirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend. Fabriken wurden erworben, um der Arbeitslosigkeit zu steuern oder um die Volkswirtschaft vom Import unabhängig zu machen.

Mit den privaten Industrieunternehmen wurde eng zusammengearbeitet; die Genossenschaften sind teilweise an privaten Einrichtungen finanziell beteiligt und beliefern den Privathandel. 676 Konsumgenossenschaften sind der Großeinkaufsgesellschaft angeschlossen mit rund 933 000 Mitgliedern. Im Jahre 1949 betrug der Gesamtumsatz der Konsumgenossenschaften 1542 Millionen Kronen.

Die Konsumgenossenschaften Schwedens waren auf dem Gebiet der Selbstbedienung vorbildlich und haben wie auch Großbritannien dieses System bereits vielfach



eingeführt. Die beiden Konsumgenossenschaftlichen Versicherungsgesellschaften für Lebens- und Sachversicherung haben sich in den letzten Jahren ebenfalls außerordentlich günstig entwickelt; die Prämieineinnahmen betrugen insgesamt 50 Millionen Kronen.

Dänemark gilt als das Land der bestentwickelten landwirtschaftlichen Genossenschaften, wobei die Milchgenossenschaften die größte Rolle spielen, da ihnen praktisch alle Farmer angeschlossen sind. Die Milchgenossenschaften verfügten zum Beispiel über 95 Prozent der gesamten Milch, sie exportierten 50 Prozent der gesamten dänischen Butter, 30 Prozent der Eier und lieferten fast 50 Prozent der Futtermittel an ihre Mitglieder. Die Margarinegenossenschaft stellt rund 20 vH. der gesamten Produktion her.

Im Jahre 1948 gab es 1972 Konsumgenossenschaften mit 440 000 Mitgliedern, deren Umsatz sich auf 618,3 Millionen Kronen belief. Auch hier arbeiten die Konsumgenossenschaften bereits vielfach nach dem System der Selbstbedienung. Der Umsatz sämtlicher landwirtschaftlicher Genossenschaften belief sich auf rund 4 Milliarden Kronen im Jahre 1949. Die Großeinkaufsgesellschaft steigerte ihren Umsatz bis auf 385 Millionen Kronen. Große Fortschritte haben die genossenschaftlichen Zentralbanken erreicht, und auch den vier Versicherungsgenossenschaften mit 750 000 Mitgliedern kommt eine große Bedeutung zu.

## Zum Vergleich: Das Genossenschaftswesen in Amerika

### Vereinigte Staaten und Kanada

In den jüngeren Ländern, wie die Vereinigten Staaten und Kanada, hat der Ueberfluß an Rohstoffen und die Möglichkeit, wirtschaftlichen Wohlstand zu erreichen, eine stark individualistische Tendenz ausgebildet. Die langsame Entwicklung der genossenschaftlichen Bewegung, die häufigen Fehlschläge dieser Institutionen sind wohl schuld daran, daß hier die Genossenschaften eine verhältnismäßig kleine Rolle spielen. Die geographische Weiträumigkeit hat den Gedanken der Solidarität kaum aufkeimen lassen. Nationale und rassische Vorurteile haben den guten Willen zum gemeinsamen Wirken zerstört und dazu geführt, daß die nationalen Gruppen der Einwanderer, wie Skandinavier, Deutsche und andere, sich auf genossenschaftlicher Grundlage vereinigten. Besondere Schwierigkeiten für die Entwicklung bringt die große Konkurrenz der Kettenläden, der Warenhäuser usw. Unerbittlich ist auch der Widerstand des privaten Klein- und Großhandels. Durch die lebhaftere Binnenwanderung wechselt schnell das Interesse an der Bewegung, die in den Staaten keine einheitliche Politik verfolgt und es auch an Schulungseinrichtungen fehlen läßt.

Aus der Tätigkeit der Kreditgenossenschaften geht hervor, daß bis 1939 die Entwicklung einen Anstieg zeigte, der durch den Krieg unterbrochen wurde, jedoch in der Nachkriegszeit die alte Höhe erreicht hat, obwohl die Zahl der Einrichtungen zurückgegangen ist. 1947 waren in sämtlichen Staaten 9168 Kreditgenossenschaften mit 3,34 Millionen Mitgliedern tätig. In rund 2,2 Millionen Fällen wurden Kredite im Gesamtbetrag von 455,8 Millionen \$ gewährt. Die eingezahlten Kapitalanteile betrugen 509,7 Millionen \$, die gesamten Aktiven 591,1

Finland ist wohl das genossenschaftlich am stärksten entwickelte Land. Die Konsumgenossenschaften zählen heute fast eine Million Mitglieder, das bedeutet, daß fast drei Viertel der Bevölkerung von der Bewegung erfaßt sind. In den 6558 Verteilungsläden und 578 Restaurants betrug 1948 der Jahresumsatz 65,16 Milliarden Fmk, die beiden Großeinkaufsgesellschaften setzten weitere 32,7 Milliarden Fmk um; dazu treten noch die Umsätze aus der gesamten Eigenproduktion im Betrage von weiteren 12,7 Milliarden Fmk. Die Spareinlagen bei den Konsumgenossenschaften haben im März 1950 bereits die Dreimilliardengrenze überschritten.

Im Versicherungswesen hat die Genossenschaftsbewegung auch starken Einfluß, und die beiden genossenschaftlichen Versicherungsanstalten gehören zu den größten des Landes.

Unter den 5000 landwirtschaftlichen Genossenschaften gibt es 700 Molkereigenossenschaften mit über 70 000 Mitgliedern. Die Buttergenossenschaft „Valio“ handelt beispielsweise über 80 Prozent der gesamten Exportbutter. Außer dem Buttergeschäft beherrscht diese Genossenschaft auch das Milchgeschäft des Staates und betreibt überdies einen sehr großen Käsehandel. Kredit- und Spargenossenschaften sind hier ebenfalls stark verbreitet.

Millionen \$. Der Reingewinn betrug 14,1 Millionen \$, und 9,9 Millionen konnten als Dividende auf die Anteile ausgezahlt werden.

Die landwirtschaftlichen Marktverbände und Verkaufsgenossenschaften, die sich mit dem Absatz von Baumwolle, Milcherzeugnissen, Obst und Gemüse, Korn, Geflügel, Tabak, Wolle und anderem befassen, haben sich ebenfalls ansteigend entwickelt. Vor dem Zweiten Weltkrieg gab es in den Staaten rund 10 700 registrierte genossenschaftliche Vereinigungen mit etwa 3,3 Millionen Mitgliedern und einem Gesamtgeschäft von 2100 Millionen \$.

Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften ist nicht so weit vorwärtsgekommen wie in Europa. Die erste bekannte Konsumgenossenschaft war der „buying club“ des Schneiders *Kaulback* in Boston, der 1844 die Mitglieder seiner Gewerkschaft zum gemeinsamen Einkauf des Haushaltsbedarfs und dessen Verteilung auf den wöchentlichen Zusammenkünften anregte. Die Gründung basierte jedoch nicht auf den englischen Grundsätzen. Das Interesse an der Bewegung war mit anderen Bestrebungen verbunden und schwand, als jene anderen zusammenbrachen.

Als die heutigen Genossenschaften in ihrem Hauptbetätigungsfeld, dem städtischen Gemischtwarenhandel, Fuß zu fassen begannen, wurde dieser bereits von den großen Filialgeschäften mit ihren billigen Massenartikeln beherrscht. Ihnen gegenüber haben die meist kleinen Konsumgenossenschaften mit ihren geringen Kapitaleinlagen einen schweren Stand. Außerdem sind sie im Gegensatz zu den Kettenläden auf eine seßhafte Bevölkerung angewiesen, die in den Städten aber nicht zu



finden ist, weil der amerikanische Fabrikarbeiter öfter Arbeitsplatz und Wohnort wechselt.

Der Mitgliederkreis der städtischen Konsumgenossenschaften besteht überwiegend aus Angehörigen des Mittelstandes. Die Industriearbeiter unterstützen und fördern die genossenschaftliche Bewegung nicht in gleichem Maße wie in Europa, obwohl der Gedanke in den gewerkschaftlichen Resolutionen propagiert wurde. Diese gewisse Interesselosigkeit mag auch darin begründet sein, daß die Lebensmittelpreise ohnehin so niedrig sind, daß auf diesem Gebiete der Anreiz zum Einsparen von Pfennigbeträgen fehlt.

Die Genossenschaftsbewegung wird weniger von städtischen Bevölkerungskreisen als von Farmern und anderen landwirtschaftlichen Arbeitskräften getragen. Ein großer Teil der Kleinhandelsgenossenschaften ist den regionalen Großhandelsgenossenschaften angeschlossen, und diese wieder gehören meist der Vereinigung der amerikanischen Genossenschaften (National Cooperatives, Inc.) an, das heißt einer Einkaufsorganisation, die sich über die ganzen Staaten erstreckt. Langsam gehen die Genossenschaften dazu über, ihre Waren selbst herzustellen.

Der wahrscheinlich bedeutendste Beitrag zur Marktgestaltung ist das „Coop“-Warenzeichen, das von den Herstellerfirmen auf solchen Waren angebracht wird, die nach Vorschrift ihrer Vereinigung oder anderer regionaler Großeinkaufsgenossenschaften verpackt oder kon-

serviert sind. Durch diese und ähnliche Bezeichnungen haben die amerikanischen Genossenschaften bahnbrechend auf dem Gebiet der Warenkennzeichnung nach Güte und Zusammensetzung eines Produktes gewirkt.

Gesetze in den meisten Staaten autorisieren die Gründung von Konsumgenossenschaften und spezifizieren im allgemeinen den Wirkungsbereich in Uebereinstimmung mit den Rochdaler Grundsätzen.

Die Entwicklung des Jahres 1947 zeigt hohe Mitgliederzahlen und gute Umsätze. Die lokalen Kleinhandelsgenossenschaften zählten 2,2 Millionen Mitglieder, ihr Umsatz betrug über eine Milliarde \$. Obwohl die Bewegung im ganzen betrachtet Fortschritte erzielt hat, ist doch ihr Anteil am Wirtschaftsleben relativ bescheiden. Auf dem 16. Genossenschaftskongreß in Minneapolis Ende 1946 deutete der nationale Sekretär an, daß die nächsten Jahre entscheiden werden, ob die Genossenschaften in den Vereinigten Staaten weiterhin eine verhältnismäßig kleine Gruppe der Wirtschaft und des nationalen Lebens bleiben werden, oder ob sie ein bedeutender und vitaler Faktor werden. Ihre Zukunft ist von dem Erfolg der genossenschaftlichen Unternehmung abhängig, von der Beziehung der genossenschaftlichen Mitglieder zu den Mitbürgern ihrer Gemeinde, von der Wirksamkeit ihres Programms gegenüber nationalen und öffentlichen Interessen, von der allgemeinen Haltung der Nation gegenüber den Genossenschaften und der Handlungsweise der Regierung ihnen gegenüber.

### Ausblick

Der Ueberblick über das Ausland könnte beliebig auf weitere Länder ausgedehnt werden, die hier genannten Beispiele zeigen jedoch die besonders charakteristischen Fälle. Es steht fest, daß die Genossenschaften in ihren verschiedenen Formen in der Welt starke Verbreitung gefunden haben, denn die internationale Statistik weiß für die Berichtszeit 1947/48 von 26 dem Internationalen Genossenschaftsbund angehörenden Staaten zu berichten; ferner daß allein 48 070 Konsumgenossenschaften mit insgesamt 56,6 Millionen Mitgliedern tätig waren, die einschließlich der Großeinkaufsgesellschaften einen Umsatz von insgesamt 2,1 Milliarden Pfund Sterling erzielten.

Die heutige Situation zeigt, daß die Genossenschaften sich trotz schwerster Rückschläge nach den Kriegswirren wieder aufzurichten vermochten und Fortschritte erreicht haben. Im allgemeinen zeigen auch die Staaten Aufnahmebereitschaft, in denen diese Wirtschaftsform noch nicht oder nur in geringem Maße Eingang gefunden hat.

Der Gedanke der Selbsthilfe, der auf jahrhundertalte Tradition auch auf anderen Gebieten zurückblickt, ist schweren Erschütterungen gegenüber infolge finanzieller Grenzen sehr empfindlich; er kommt aber stets aufs neue zum Durchbruch und gelangt bei einem nicht zu unruhigen Wirtschaftsablauf zu voller Blüte.



## Die Ereignisse in Europa

### Belgien

30. März: In Brüssel werden vier Zollkonventionen, die bereits von sieben europäischen Staaten unterzeichnet worden sind, von dem Vertreter der Bundesrepublik Deutschland, Vollrath Frhr. von Maltzan, unterzeichnet. Die Konventionen sehen die Einführung eines einheitlichen Zolltarifschemas und gleichlautender Zollwertbestimmungen sowie die Bildung eines Ausschusses für die Koordinierung gemeinsamer Zollangelegenheiten vor.

### Deutschland

16. März: Die Alliierte Hohe Kommission übermittelt Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer ein Schreiben, in welchem die Voranschläge für die Besatzungskosten und Auftragsausgaben im Finanzjahr 1951/52 mit insgesamt 6,595 Milliarden DM beziffert werden. Es wird betont, daß die von der Bundesrepublik verlangten finanziellen Leistungen in einem sehr hohen Maße den Beitrag zur Verteidigung des eigenen Gebietes darstellten. Am 29. März betont Bundesfinanzminister Fritz Schäffer in Bonn vor der Presse, daß der Bund, durch Auslaufkosten und nicht anerkannte Besatzungskosten bedingt, nahezu 9 Milliarden DM zu zahlen habe. Die äußerste Belastung belaufe sich auf 6 bis 6,2 Milliarden DM.

Die Bundesregierung beschließt, den internationalen Vereinbarungen auf dem Gebiet des europäischen Zollwesens beizutreten.

17. März: In einer Erklärung der Bundestagsfraktion der SPD zur bevorstehenden Paraphierung des Schuman-Planes heißt es, die SPD verwahre sich besonders gegen die Zugeständnisse des Bundeskanzlers in einem Brief an den französischen Hohen Kommissar André François-Poncet hinsichtlich der Auflösung des gemeinsamen Kohlenverkaufs, zu denen der Bundeskanzler nicht berechtigt gewesen sei. Es sei der Bundesregierung nicht gelungen, die wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten Deutschlands und die Grundsätze der gleichberechtigten Solidarität beim Neubau Europas durchzusetzen.

Der saarländische Justizminister, Heinz Braun, erklärt in Saarbrücken, daß die Saar im Ministerausschuß des Europarates außer durch ihren Beobachter weiterhin durch Frankreich vertreten werde; das entspreche der Verfassung, die die außenpolitische Vertretung durch Frankreich vorsehe.

Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, erklärt auf einer Kundgebung in Düssel-

dorf in Anwesenheit von Bundespräsident Theodor Heuss anlässlich des 30. Jahrestages der Abstimmung in Oberschlesien (20. März 1921), der Weg zu einem geeinten Europa führe nur über ein geeintes Deutschland, das weder an der Elbe noch an der Oder-Neiße ende. Es hänge nicht zuletzt vom Willen der Bewohner der Bundesrepublik ab, ob Schlesien und die anderen Ostprovinzen wieder deutsche Wirklichkeit würden.

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen nimmt die Bundesrepublik in die Straßen- und Verkehrskonvention auf.

- 17./18. März: In Frankfurt wird ein „Deutscher Kongreß für aktive Neutralität“ abgehalten. (Vgl. S. 3887 dieser Folge.)

Kirchenpräsident D. Martin Niemöller erklärt auf einer Versammlung des „Evangelischen Arbeitskreises für kulturelle Fragen“ in Bremen, Westdeutschland müsse das Bollwerk gegen den Bolschewismus bleiben, was nur möglich sei, wenn die Deutschen keine Entscheidung mit der Waffe in der Hand suchten. Die Alles-oder-Nichts-Politiker würden Westdeutschland an den Rand eines Krieges bringen.

19. März: Der dänische Außenminister, Ole Bjoern Kraft, trifft in Bonn mit Bundeskanzler Dr. Adenauer zu einer Besprechung zusammen, in deren Verlauf die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, die Frage der deutschen und dänischen Minderheiten und die Flüchtlingssituation in der Bundesrepublik erörtert werden. Außenminister Kraft schlägt dem Bundeskanzler die Schaffung einer von der schleswig-holsteinischen Landesregierung unabhängig arbeitenden Verwaltung für Südschleswig vor.

Bundeskanzler Dr. Adenauer erklärt in einer Rundfunkrede zur Paraphierung des Schuman-Planes, das Zustandekommen der Montanunion werde in den Vereinigten Staaten als Beweis dafür angesehen, ob die westeuropäischen Länder noch die Kraft haben, sich angesichts einer gemeinsamen Gefahr über Trennendes hinweg zusammenzuschließen. — Staatssekretär Professor Walter Hallstein erklärt, die Aufgabe der Konferenz sei etwas völlig Neues gewesen; auf eine Zusammenlegung staatlicher Hoheitsbefugnisse und auf die Errichtung einer übernationalen europäischen Gemeinschaft sei es angekommen. Der Schuman-Plan solle ein Stoß in das Herz der europäischen Zwiebracht sein. Am 20. März erklärt der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, im NWDR, der Plan sei ein Sieg des Nationalismus und der Ausbeutung



eines Volkes durch andere Völker. Die SPD werde versuchen, die Unterzeichnung des Planes in seiner jetzigen Form zu verhindern. Am 20. März erklärt Professor Hallstein, auf einer Pressekonferenz in Bonn, ein besonderer Vorteil für die deutsche Produktion sei die Gewinnung eines großen Marktes für den Export. Die Paraphierung des Schuman-Planes stelle einen entscheidenden Schritt zur Integration Europas dar.

22. März: In einer Erklärung des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik zur Anerkennung der deutschen Auslandsschulden durch die Bundesregierung am 6. März heißt es, diese Anerkennung besitze keine Rechtskraft. Nach Auffassung der Regierung sei das deutsche Volk nicht verpflichtet, diese Schuldenlast zu übernehmen. Nur durch die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates und den Abschluß eines Friedensvertrages könne die Zukunft der deutschen Volksgemeinschaft gesichert werden.

Bundeskanzler Dr. Adenauer erörtert mit dem amerikanischen Sonderbeauftragten der ECA in Westdeutschland, Jean Cattier, Fragen der weiteren Wirtschaftshilfe für die Bundesrepublik und die angespannte Devisenlage. In einem Interview mit AP erklärt Cattier, die Fortsetzung der Marshall-Plan-Hilfe hänge davon ab, ob die Bundesrepublik einen angemessenen Teil der Verteidigungslast des Westens übernehmen würde.

23. März: Im sowjetischen Sektor Berlins tritt eine Europäische Arbeiterkonferenz gegen die Remilitarisierung Deutschlands zusammen, an der Vertreter aus 18 europäischen Ländern teilnehmen. Zum Präsidenten wird René Six (Frankreich) gewählt. Anton Komiczny aus Essen-Schonnebeck betont in seinem Referat, daß in Westdeutschland Kriegsmaterial produziert werde. Die Arbeiter Europas hätten die Gefahr eines wiedererstehenden militärischen Deutschlands erkannt. Die Amerikaner und General Eisenhower müßten aus Deutschland und Europa verschwinden. Die Konferenz wird am 25. März beendet. In einem Aufruf an die Werktätigen Europas werden die deutschen Arbeiter aufgefordert, sich gegen die Remilitarisierung Deutschlands zu stemmen; alle Arbeiter sollten aktiv an der Bewegung gegen die Remilitarisierung Deutschlands teilnehmen. In einer Resolution heißt es, das deutsche Volk müsse selbst über die Wiederbewaffnung befragt werden. Zur Koordinierung der Aktion aller Arbeiter Europas habe die Konferenz beschlossen, ein Europäisches Arbeiterkomitee gegen die Remilitarisierung Deutschlands zu wählen, das ein Sekretariat in Berlin errichten werde. Das Komitee tritt am 26. März zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen und wählt Boudin (Frankreich) zum Präsidenten, Thrun (Westdeutschland) zum Vizepräsidenten und Harnisch (Ost-Berlin) zum Sekretär.

24. März: Der saarländische Justizminister, Heinz Braun, erklärt im Rundfunk in Saarbrücken, der Beitritt Frankreichs zum Schuman-Plan bedeute nicht ohne weiteres den Beitritt des Saarlandes. Der Plan könne nur dann für das Saarland in Kraft treten, wenn er von der Saarregierung unterzeichnet sei. Am 29. März erklärt er in einem AP-Interview, alle Beschlüsse der

Körperschaften der Montanunion würden für das Saarland null und nichtig sein, wenn es dem Plan nicht durch eine Ratifizierung zustimme.

- 25./26. März: In Nürnberg wird der erste Kongreß des Bundes der Kriegsdienstverweigerer (BKV) abgehalten. (Vgl. S. 3888 dieser Folge.)

In Worms wird die „Unabhängige Arbeiterpartei“ (UAPD) von ehemaligen Mitgliedern der KPD und einzelnen Vertretern der linken Sozialdemokratie gegründet. Zum Vorsitzenden des neunköpfigen Sekretariats wird Wolfgang Geese (Hannover) gewählt. Sitz der Parteileitung ist Düsseldorf. Die Partei lehnt den Kommunismus russischer Prägung ab, erkennt weder die Bundesrepublik noch die Deutsche Demokratische Republik an, fordert die Wiedervereinigung Deutschlands, Sozialisierung in Westdeutschland im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands, die Erhaltung der sozialistischen Errungenschaften der Ostzone und tritt für eine friedliche Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete ein.

28. März: Der Vizepräsident des Bundestages, Professor Carlo Schmid (SPD), erklärte im Bayerischen Rundfunk, Voraussetzung zum Abschluß eines Friedensvertrages sei die volle deutsche Gleichberechtigung. Ueber den Schuman-Plan habe die Bundesregierung im Zustande mangelnder effektiver Gleichberechtigung verhandelt. Die Vereinigten Staaten hätten mit der Drohung, lebensnotwendige Lieferungen an Westdeutschland einzustellen, falls der Schuman-Plan nicht verwirklicht werde, einen unmittelbaren Druck auf die Bundesrepublik ausgeübt.

Die Bundesregierung erläßt eine öffentliche Warnung an alle wirtschaftlichen Unternehmungen, staatsfeindliche Organisationen in irgendeiner Form zu unterstützen. Als verfassungsfeindlich werden folgende Organisationen bezeichnet: 1. Die KPD mit allen Unterorganisationen; 2. Die Sozialdemokratische Aktion; 3. Die Freie Deutsche Jugend (FDJ); 4. Die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft; 5. Die Gesellschaft zum Studium der Sowjetunion; 6. Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands; 7. Der Demokratische Kulturbund Deutschlands; 8. Der Gesamtdeutsche Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft; 9. Das Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden mit Untergliederungen; 10. Das Komitee der jungen Friedenskämpfer mit Untergliederungen; 11. Der Demokratische Frauenbund; 12. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN); 13. Die Sozialistische Reichspartei; 14. Die sogenannte „Schwarze Front“; 15. Die Nationale Front.

Ein amtlicher Sprecher erklärt in Bonn, eine Einbeziehung des Saarlandes in den Schuman-Plan als 7. Land würde von der Bundesregierung als eine Vorwegnahme vor dem endgültigen Friedensvertrag angesehen werden.

Der britische Unterstaatssekretär, Lord Neville Henderson, trifft zusammen mit seinem Bruder, Luftfahrtminister Arthur Henderson, zu einem Besuch in der Bundesrepublik ein.

30. März: Der Leiter der „Deutschen Aktion“, Hubertus Prinz zu Löwenstein, erklärt im Südwestdeutschen Rundfunk, eine neue ehrliche Volksabstimmung im



Saargebiet sei erforderlich, bei der wie im Jahre 1935 drei Fragen gestellt werden müßten: Anschluß an Frankreich, Rückkehr zu Deutschland oder status quo. Die heutige Saarregierung wisse am besten, wie eine solche Abstimmung ausgehen werde.

31. März: In einer Sitzung des Vorstandes und Parteiausschusses der SPD kritisiert Dr. *Schumacher* die politische Alleinherrschaft des Bundeskanzlers. Die SPD lehne den Schuman-Plan ab, dessen Ziele nach seiner Ansicht seien: Schwächung der Ruhrproduktion; ausländisches Verfügungsrecht über das deutsche Industriezentrum; deutsche Zustimmung dazu, daß Teile des Besatzungsstatuts freiwillig für 50 Jahre als deutsches Recht übernommen werden. Die SPD werde das Parlament und das Interesse des Volkes gegen die Ratifizierung des Vertrages aufrufen.

Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, *Otto Grotewohl*, erklärt auf der zweiten Jahrestagung der deutsch-polnischen Gesellschaft in Ost-Berlin, es genüge nicht, die Oder-Neiße-Linie aus realistischen Gründen anzuerkennen. Erforderlich sei ein klares Bekenntnis zu dieser Friedensgrenze als entscheidende Waffe im Kampf gegen die Vorbereitung des Krieges.

#### Finland

20. März: Die der sozialdemokratischen Partei angehörenden Minister treten aus der Regierung aus. Am 21. März bietet Ministerpräsident *Urho Kekkonen* den Rücktritt der Regierung an, den Staatspräsident *Juho Paasikivi* jedoch ablehnt.

#### Frankreich

16. März: Der Ministerausschuß des Europarats tritt zu einer zweitägigen Sitzung zusammen. Der Ausschuß stimmt im Prinzip der Zulassung der Bundesrepublik Deutschland als vollberechtigtes Mitglied zu, verweist die Angelegenheit jedoch an den Ständigen Ausschuß der Konsultativversammlung zu weiterer Prüfung. Der Ministerausschuß billigt am 17. März einige Änderungen der Satzung des Europarats, die die Zusammenarbeit mit internationalen Behörden, besonders mit der OEEC, betreffen. Ueber die Fragen des Einschlusses von Verteidigungsangelegenheiten in die Kompetenz der Konsultativversammlung, der Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Ministerausschuß und der direkten Vorlage von Beschlüssen der Konsultativversammlung an die Parlamente der Mitgliedstaaten wird keine Einigung erzielt. Diese Fragen werden dem Gemischten Ausschuß der Konsultativversammlung und des Ministerausschusses zu weiterem Studium überwiesen.

19. März: In Paris wird der Vertrag zur Bildung einer europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Schuman-Plan) von den Vertretern Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande paraphiert.

20. März: Der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General *Dwight D. Eisenhower*, spricht die folgenden Ernennungen im Alliierten Oberkommando aus: zum Stellvertreter des Obersten Befehlshabers: Feldmarschall *Lord Montgomery* (Großbritannien), zum Stellvertreter des Obersten Befehlshabers für die Luftstreitkräfte: Luftmarschall *Sir Hugh Saunders* (Groß-

britannien); zum Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte in Mitteleuropa: General *Alphonse-Pierre Juin* (Frankreich), zum Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte in Mitteleuropa: Generalleutnant *Lauris Norstad* (Vereinigte Staaten), zum Marine-Flaggoffizier für Mitteleuropa: Vizeadmiral *Robert Jaujard* (Frankreich); zum Oberbefehlshaber in Nordeuropa, gleichzeitig Oberbefehlshaber der Seestreitkräfte in Nordeuropa: Admiral *Sir Patrick Brind* (Großbritannien), zum Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte in Norwegen: Generalleutnant *Wilhelm von Tangen-Hansteen* (Norwegen), zum Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte in Dänemark: Generalleutnant *Ebbe Gørtz* (Dänemark), zum Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte in Nordeuropa: Generalmajor *Robert K. Taylor* (Vereinigte Staaten).

Auf der Konferenz der Außenministerstellvertreter der vier Großmächte in Paris bezeichnet der sowjetische Vertreter, *Andrej Gromyko*, den Tagesordnungsvorschlag der Westmächte als zu unbestimmt und doppeltinnig, um für die Sowjetunion annehmbar zu sein. Am 27. März schlägt der amerikanische Vertreter, *Philip C. Jessup*, namens der drei Westmächte vor, die Erfüllung der Friedensverträge mit Bulgarien, Rumänien und Ungarn als besonderen Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen. Am 28. März erklärt sich der sowjetische Vertreter bereit, nicht mehr auf der Diskussion der Demilitarisierung Deutschlands als gesonderten Punkt der Tagesordnung zu bestehen, sondern diese Frage in den Punkt „Prüfung der Ursachen der gegenwärtigen Spannungen“ mit einzuschließen. Am 30. März fordert er die Aufnahme zweier neuer Punkte in die Tagesordnung: 1. Atlantikpakt und Errichtung amerikanischer Stützpunkte in Europa und dem Nahen Osten, 2. Erfüllung der Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien und Ungarn sowie der Viermächteabkommen über Deutschland und Oesterreich.

23. März: Das Direktorium der Europäischen Zahlungsunion schließt die Prüfung einer von der deutschen Bundesregierung vorgelegten Denkschrift über geplante Maßnahmen zur Beseitigung ihres Außenhandelsdefizits ab. Die Stellungnahme des Direktoriums wird in einem Bericht niedergelegt, der dem Ministerrat der OEEC übermittelt wird.

30. März: Das Generalsekretariat des Europarats lädt auf Vorschlag der französischen Regierung die Mitgliedstaaten sowie Oesterreich, Portugal und die Schweiz zu einer Konferenz über die Bildung einer europäischen landwirtschaftlichen Organisation nach dem Plan des französischen Landwirtschaftsministers, *Pierre Pflimlin*, ein.

#### Großbritannien

16. März: Staatsminister *Kenneth Younger* erklärt im Unterhaus, die Regierung sei der Ansicht, daß die vertraglich festgelegten Rechte der Anglo-Iranischen Oelgesellschaft in Persien nicht durch einen einseitigen Akt der persischen Regierung gekündigt werden können. Am 21. März teilt Außenminister *Herbert Morrison* auf Anfragen mit, die Regierung prüfe verschiedene Möglichkeiten, die Rechte der Gesellschaft zu schützen. Die Angelegenheit werde als sehr ernst betrachtet.



17. März: Winston Churchill fordert in einer Rundfunkansprache die Abhaltung von Neuwahlen. Er äußert die Ansicht, daß die Gefahren, in denen sich Großbritannien befinde, heute größer seien als 1940. Damals jedoch sei das Volk einig gewesen, während es jetzt durch Parteihader geteilt sei. Man brauche jetzt eine Regierung, die sich auf eine breitere Mehrheit stützen kann und die nicht durch engstirnige Parteidogmen gehemmt ist. Am 31. März weist Premierminister Clement R. Attlee diese Forderung in einer Rundfunkansprache zurück. Er beschuldigt Churchill, die Neuwahlen nicht im Interesse der nationalen Einheit, sondern aus Parteiegoismus zu fordern.

#### Niederlande

17. März: Ministerpräsident Dr. Willem Drees fordert in seiner Regierungserklärung vor dem Parlament eine Steigerung der Rüstungsanstrengungen. Das Regierungsprogramm sieht vor, die Militärdienstzeit zu erhöhen und die Streitkräfte zu verstärken. Dafür sollen in vier Jahren zusätzlich 2 Milliarden Gulden aufgewendet werden. Der Ministerpräsident bezeichnet die Erhaltung enger Beziehungen mit Indonesien als lebenswichtig und versichert, daß die Regierung ihr Äußerstes tun wird, um die Zusammenarbeit zu vertiefen.

#### Oesterreich

18. März: Innenminister Oskar Helmer erklärt in einer Versammlung der Sozialistischen Partei in Stockerau, die Verknüpfung der Triest-Frage mit dem österreichischen Staatsvertrag durch den sowjetischen Ver-

treter auf der Pariser Viererkonferenz sei nur ein Vorwand, dem österreichischen Volke den Staatsvertrag vorzuenthalten. Selbst wenn die Triest-Frage gelöst werden könnte, würde sicherlich ein neuer Einwand erfunden werden, um Oesterreich unter Druck und Willkür zu halten. Es liege einzig und allein an der Sowjetunion, daß der Staatsvertrag noch nicht zustande gekommen sei.

20. März: Der Ministerrat ernannt die Hauptwahlbehörde für die Wahl des neuen Bundespräsidenten, der Innenminister Oskar Helmer als Hauptwahlleiter vorsteht.

#### Polen

17. März: Außenminister Zygmunt Modzelewski erklärt seinen Rücktritt. Zu seinem Nachfolger wird Stanislaw Skrzyszewski ernannt.

#### Schweden

17. März: Frau Hildur Nygren wird zum Minister für Kirchenangelegenheiten und Erziehungswesen ernannt.

#### Sowjetunion

16. März: Der Minister für die Landmaschinenindustrie, P. N. Goremykin, wird seines Postens enthoben. Sein Nachfolger wird Georgij M. Popow.

#### Vatikan

17. März: Die Heilige Konsistorialkongregation beschließt die Exkommunikation aller Personen, die an der Verbannung des Erzbischofs von Prag, Dr. Josef Beran, beteiligt waren, sowie aller Geistlichen, die kirchliche Ämter aus der Hand der tschechoslowakischen Regierung angenommen haben.

## Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

### Afrika

#### Libyen

29. März: Die Konstituierende Nationalversammlung ernannt eine provisorische Bundesregierung, die sich folgendermaßen zusammensetzt: Ministerpräsident, Justiz- und Erziehungsminister: Mahmoud Muntasser, Außen- und Gesundheitsminister: Ali Bey Djerbi, Verteidigungsminister: Omar Bey Scheneib, Finanzminister: Mansur Qadara, Verkehrsminister: Ibrahim Schaaban, Minister ohne Portefeuille: Mohammed Othman.

#### Marokko

27. März: In Kairo wird ein Interview des Sultans Mohammed ben Jussef mit der ägyptischen Zeitung Al Ahram veröffentlicht, in dem der Sultan erklärt, er habe das Abkommen mit dem französischen Generalresidenten, General Alphonse-Pierre Juin, am 25. Februar unter Druck unterzeichnen müssen, um ernste Verwicklungen zu verhüten. Am 28. März veröffentlicht die gleiche Zeitung ein Interview mit General Juin. Darin erklärt dieser, die Februarkrise sei auf die Methoden der Istiqlal-Partei zurückzuführen gewesen, die den Gegensatz zwischen dem Sultan und dem Pascha von Marrakesch geschürt habe.

### Amerika

#### Argentinien

24. März: Präsident Juan D. Perón übergibt einer Pressekonferenz eine Erklärung, in der er die Er-

zeugung von Atomenergie nach neuartiger Methode in einer argentinischen Versuchsanstalt bekanntgibt.

#### Brasilien

17. März: Außenminister Joao Neves da Fontoura erklärt auf einer Pressekonferenz, man müsse bei den Plänen für die Verteidigung des amerikanischen Kontinents die wirtschaftlichen Probleme an die Spitze stellen und nicht die militärischen. Ein wirtschaftlich schwaches Land könne auch militärisch nicht viel helfen. Darauf müsse die am 26. März in Washington beginnende Konferenz der amerikanischen Staaten ihre Aufmerksamkeit konzentrieren.

#### Vereinigte Staaten

16. März: Außenminister Dean Acheson gibt auf seiner Pressekonferenz seiner Enttäuschung und Beunruhigung Ausdruck über die Weigerung der Sowjetunion, die Gespräche über den japanischen Friedensvertrag fortzusetzen. Es gebe in dem von den Vereinigten Staaten vorbereiteten Vertragsentwurf nichts, was für die Sowjetunion nicht annehmbar sein könnte.

21. März: Ein Telegramm des Verteidigungsministers, George C. Marshall, an Präsident Harry S. Truman über die Verstärkung der Streitkräfte wird veröffentlicht. Darin wird festgestellt, daß sich die Streitkräfte im Verlauf von neun Monaten verdoppelt haben und jetzt über 2,9 Millionen Mann stark sind.



24. März: Das Außenministerium erklärt in einer Verlautbarung zu dem Verhandlungsangebot des Generals Douglas MacArthur an den feindlichen Oberbefehlshaber in Korea, die politischen Feststellungen, die der General getroffen habe, lägen außerhalb seiner Zuständigkeit als Truppenkommandeur. Diese Fragen würden zur Zeit in den Vereinten Nationen und zwischen den Regierungen besprochen.
26. März: In Washington wird die vierte Konferenz der Außenminister der amerikanischen Staaten mit Ansprachen des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Harry S. Truman, und des brasilianischen Außenministers, Joao Neves da Fontoura, eröffnet. Präsident Truman erklärt, die amerikanischen Staaten müßten die durch die erhöhten Verteidigungsanstrengungen auferlegten Lasten gerecht unter sich verteilen. Am 27. März fordert der Außenminister der Vereinigten Staaten, Dean Acheson, eine Ueberprüfung des internationalen Sicherheitssystems, Maßnahmen zum Schutze der Demokratie und die Vereinigung der Wirtschaftskraft der westlichen Hemisphäre. Am 28. März schlagen die Vereinigten Staaten und fünf lateinamerikanische Staaten der Konferenz die Schaffung besonderer Truppeneinheiten in jedem Lande vor, die für die gemeinsame Verteidigung des amerikanischen Kontinents oder zur Unterstützung von Aktionen der Vereinten Nationen zur Verfügung gehalten werden sollen.
27. März: Verteidigungsminister George C. Marshall sagt in einer Pressekonferenz, es sei ihm unverständlich, daß Kongreß und Öffentlichkeit in ihrer Unterstützung des Verteidigungsprogramms bereits wieder nachlassen. Seiner Ansicht nach seien die internationalen Spannungen heute noch gefährlicher als im November 1950. Wenn das Programm nicht ungehindert fortgeführt werde, dann könnten die bisher erzielten Fortschritte leicht wieder verlorengehen.
28. März: Der Präsident der französischen Republik, Vincent Auriol, trifft in Begleitung des Außenministers Robert Schuman zu einem Staatsbesuch in Washington ein. Am 29. März hat er eine Unterredung mit Präsident Harry S. Truman, über die anschließend in einem Kommuniqué berichtet wird, der französische Staatspräsident habe Präsident Truman über die Fortschritte des französischen Verteidigungsprogramms und über die Lage in Indochina informiert. Er habe betont, daß das französische Volk entschlossen sei, sich gegen jeden Angriff zu verteidigen, und daß es vorbehaltlos den Atlantikpakt unterstütze. Am 31. März sagt Präsident Auriol in einer Ansprache vor der Konferenz der Außenminister der amerikanischen Staaten, der Atlantische Ozean sei heute das „mare nostrum“ der Gemeinschaft der freien Völker geworden. Amerika sei für Europa, ebenso wie in Columbus' Zeiten, ein Fanal der Hoffnung. Während des Staatsbesuchs hat der französische Außenminister mehrere Besprechungen mit Außenminister Dean Acheson, bei denen in erster Linie die Wiederbewaffnung Westeuropas, die Verteidigung des Mittelmeers, der Koreakonflikt und die Lage in Indochina behandelt werden.
31. März: Sonderbotschafter John Foster Dulles erläutert bei einer Ansprache in Los Angeles die Friedensbedingungen für Japan, die in dem Vertragsentwurf

vorgesehen sind, den die amerikanische Regierung allen Verbündeten zur Prüfung zugeleitet hat. Die wichtigsten Punkte des Entwurfs sind: 1. Begrenzung der japanischen Souveränität auf die vier Hauptinseln; 2. Rückgabe alliierten Vermögens in Japan und Beschlagnahme japanischen Vermögens in den alliierten Ländern; 3. Verzicht auf Reparationen, Demontagen und Wirtschaftsbeschränkungen; 4. Anerkennung des Rechtes Japans auf Selbstverteidigung; 5. Erlaubnis für Japan, einen Beitrag zur kollektiven Sicherheit im Pazifik zu leisten, jedoch unter Verhinderung eines Wiederauflebens des Militarismus. Botschafter Dulles betont, daß der Friede ein Versöhnungsfriede sein müsse und nicht die Fehler des Friedensvertrages von Versailles wiederholen dürfe.

## Asien

### Burma

31. März: In Rangoon wird ein Freundschaftsvertrag zwischen Burma und Indonesien abgeschlossen.

### Chinesische Volksrepublik

29. März: Das „Volkskomitee für Frieden in Korea und gegen amerikanische Aggression“ veröffentlicht eine Erklärung, in der das Verhandlungsangebot des Generals Douglas MacArthur vom 24. März als undiskutabel bezeichnet wird. Die Erklärung MacArthurs sei ein weiterer Beweis für die Richtigkeit der chinesischen Behauptung, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten einen Ueberfall auf China planen. Das chinesische und das koreanische Volk würden weiterkämpfen, bis die Angreifer aus Korea vertrieben seien.

### Indien

28. März: Premierminister Jawaharlal Nehru bezeichnet vor dem Parlament den dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vorliegenden britisch-amerikanischen Schlichtungsplan für Kaschmir als unannehmbar. Der Plan lasse die Tatsache außer acht, daß Kaschmir juristisch und politisch ein Teil Indiens sei. Aus diesem Grunde werde Indien niemals einer internationalen Autorität oder einer schiedsgerichtlichen Entscheidung über Kaschmir zustimmen.

### Indonesien

20. März: Die Regierung tritt zurück, nachdem die Mehrzahl der Mitglieder des Parlaments die weitere Teilnahme an der Diskussion von Regierungsmaßnahmen abgelehnt und das Parlament verlassen hat.

### Korea

18. März: Die chinesischen und nordkoreanischen Truppen räumen im Mittelabschnitt die Stadt Chunchon und ziehen sich hinter den 38. Breitengrad zurück. Am 23. März landen Luftlandetruppen der Vereinten Nationen hinter der Front und erzwingen die Räumung des Gebietes zwischen Seoul und dem Imjin-Fluß.
24. März: Der Oberbefehlshaber der Truppen der Vereinten Nationen, General Douglas MacArthur, betont in einer Erklärung seine Bereitschaft, mit dem Oberbefehlshaber der feindlichen Streitkräfte zu verhandeln, um die Verwirklichung der politischen Ziele der Vereinten Nationen in Korea ohne weiteres Blutver-



gießen herbeizuführen. Die Chinesische Volksrepublik müsse sich bewußt sein, daß ihr ein militärischer Zusammenbruch droht, falls die Vereinten Nationen von ihrem duldsamen Bemühen zur Lokalisierung des Konflikts abgehen und ihre militärischen Operationen auf die Küstengebiete und Stützpunkte Chinas ausdehnen. Am gleichen Tage weist der General die Truppen der Vereinten Nationen an, den 38. Breitengrad zu überschreiten, falls taktische Belange dies notwendig machen.

28. März: Während die Truppen der Vereinten Nationen Stellungen bezogen haben, die im allgemeinen längs des 38. Breitengrads und des Imjin-Flusses verlaufen, dringen an der Ostküste südkoreanische Verbände in Nordkorea ein und besetzen den Ort Yangyang.

#### Pakistan

21. März: Premierminister Liaquat Ali Khan gibt vor dem Parlament bekannt, daß der kürzlich verhaftete Chef des Generalstabs, Generalmajor Akbar Khan, eine Verschwörung geleitet habe mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen und ein kommunistisches Regime zu errichten. Es sei geplant gewesen, dazu Berater aus einem gewissen fremden Staate heranzuziehen.

#### Persien

19. März: Der Erziehungsminister der letzten, am 10. März zurückgetretenen Regierung, Dr. Abdul Hamid Zanganeh, wird bei einem Attentat in Teheran schwer verwundet. Er stirbt am 25. März.
20. März: Ministerpräsident Hussein Ala bildet eine Regierung. Da viele Persönlichkeiten eine Beteiligung am Kabinett ablehnen, bleiben mehrere Kabinettsposten unbesetzt. Die ernannten Minister sind: Außenminister: Hussein Ala, Verteidigungsminister: General Naqdi, Justizminister: Schamseddin Amiralai, Finanzminister: Mohammed Ali Varasten, Landwirtschaftsminister: Etzia Olmolk, Erziehungsminister: Habibullah Amuzegar, Minister für Post und Fernmeldewesen: Achmed Zanganeh, Minister ohne Portefeuille: Ali Dashti.

Schah Mohammed Reza Pahlevi verkündet für Teheran den Ausnahmezustand und ernennt General Abdul Hussein Hedjazi zum Militärgouverneur. Am 26. März brechen in den Erdölgebieten am Persischen Golf Streiks und Unruhen aus. Die Regierung dehnt daraufhin den Ausnahmezustand auch auf diese Gebiete aus.

#### Syrien

27. März: Die neue Regierung wird gebildet. Sie setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident und Außenminister: Khaled el-Asem, Innenminister: Sami Kabbara, Verteidigungsminister: Oberst Fawzi Selo, Finanzminister: Abdul Rahman el-Asem, Landwirtschaftsminister und amtierender Justizminister:

Abdul Baki Nizamuddin, Erziehungsminister und amtierender Wirtschaftsminister: Raif el-Mulki, Gesundheitsminister und amtierender Minister für öffentliche Arbeiten: Sami Tayara.

#### Vietnam

26. März: Der Peking Rundfunk gibt eine Umorganisation der Viet-minh-Bewegung bekannt. Danach wurde aus der Viet-minh und anderen Gruppen die kommunistische Laodong-Partei unter Führung von Ho Tsch Minh gebildet. Ferner wurde eine nationale revolutionäre Front „Lien-Viet“ begründet, die alle gegen die derzeitige vietnamesische Regierung und gegen die französische Herrschaft in Indochina kämpfenden Gruppen vereinigen soll.

#### Australien

##### Australischer Bund

19. März: Generalgouverneur William J. McKell ordnet auf Ersuchen des Ministerpräsidenten, Robert G. Menzies, die Auflösung beider Häuser des Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen für den 28. April an.

#### Organisation der Vereinten Nationen

16. März: Die durch die Resolution vom 3. November begründete Friedensbeobachtungskommission der Vollversammlung tritt zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Gegen die Stimme des sowjetischen Vertreters, der für einen monatlichen Wechsel im Vorsitz eintritt, wird der kolumbianische Delegierte, Dr. Francisco Urrutia, auf ein Jahr zum Vorsitzenden gewählt. Der sowjetische Antrag, der Chinesischen Volksrepublik den Sitz Chinas einzuräumen, wird bis zur Entscheidung der Vollversammlung über diese Frage zurückgestellt.
19. März: Der Wirtschafts- und Sozialrat beschließt mit 15 gegen 3 Stimmen die Bildung eines Ausschusses zur Untersuchung der Zwangsarbeit in der Sowjetunion und anderen Ländern. Die Sitzungsperiode des Rats wird am 21. März abgeschlossen.
21. März: Der britische und der amerikanische Vertreter im Sicherheitsrat legen einen neuen gemeinsamen Schlichtungsvorschlag für den Kaschmirstreit vor. Der neue Plan unterscheidet sich von dem am 21. Februar eingebrachten und inzwischen von der indischen Regierung abgelehnten Vorschlag dadurch, daß er eine engere Begrenzung der Vollmachten des UN-Vermittlers vorsieht und die Vorschläge zur Besetzung durch neutrale Truppen sowie zur Teilung Kaschmirs im Falle eines uneinheitlichen Ausgangs der Volksabstimmung fallen läßt. Am 30. März wird der Vorschlag mit 8 gegen 0 Stimmen bei Stimmenthaltung Indiens, der Sowjetunion und Jugoslawiens gebilligt.



## Bücher und Broschüren

Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918—1945. Aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes. Baden-Baden, Imprimerie Nationale; 1950. LXXIV, 866 S.

Bailey, Sydney D.: Constitutions of the British Colonies. With a Foreword by the Rt. Hon. James Griffiths, M. P. Hansard Society Pamphlet No. 9. London, The Hansard Society; 1950. 52 S. Preis: 2/6 net.

Dieses kleine Heft bringt in gedrängter Form eine Uebersicht über die unterschiedliche verfassungsmäßige Struktur der britischen Kolonien nach dem Stand vom Mai 1950. Der britische Kolonialminister, James Griffiths, weist in einem Vorwort zu der Schrift darauf hin, daß die Entwicklung auf verfassungsmäßigem Gebiete niemals zu einem Stillstand kommt, und daß trotz des verschiedenartigen Entwicklungsstandes der einzelnen Kolonialgebiete die britische Regierung bemüht ist, der Bevölkerung dieser Gebiete nach einheitlichen politischen Grundsätzen den Weg zu einer verantwortlichen Rechtsstellung innerhalb der britischen Völkergemeinschaft zu zeigen. Griffiths betont, daß dieser Grundsatz insbesondere der wirtschaftlichen Entwicklung der überseeischen Gebiete Rechnung tragen muß, um so den Kolonien gleichzeitig mit der allmählichen Erlangung verfassungspolitischer Selbständigkeit auch die wirtschaftliche Stabilität zu verleihen, die zur Stützung des sozialen Niveaus erforderlich ist.

Die Frage der Selbstregierung wird in der Schrift im einzelnen nicht behandelt. Kurze Hinweise erläutern die wichtige Frage der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere durch die Vereinten Nationen und ihre Fachorganisationen auf dem Gebiete der Kolonialpolitik. Diese Begrenzung ist von dem Verfasser bewußt gewählt worden, um die Schrift kurz und übersichtlich zu halten. Die Uebersichtlichkeit ist in dieser knappen Form vorbildlich gelungen. Wer sich eingehender mit den verfassungsrechtlichen Problemen befassen will, wird die einschlägige Literatur und vor allem die Jahresberichte der einzelnen Kolonien sowie die jährlich veröffentlichte Colonial List und die von der britischen Regierung veröffentlichte Schrift „The Colonial Territories“ (1949/1950), auf die im einzelnen hingewiesen wird, heranziehen müssen. H. V.

Bailey, Sydney D.: Aspects of American Government. A symposium... With a Foreword by Stephen King-Hall. London, The Hansard Society; 1950. VI, 201 S. Preis: 6 S. net.

Das Buch schildert in einer Reihe von Einzelbeiträgen (wie beispielsweise Harold J. Laski: „Der Kongreß“; Christian A. Herter: „Das Repräsentantenhaus“; Henry Steele Commager: „Die politischen Parteien“; Felix Frankfurter: „Der Oberste Gerichtshof“; D. W. Brogan: „Der Kongreß“) die wesentlichen Merkmale der Struktur des amerikanischen Regierungssystems nach dem Stande von Mitte 1950. Gleichzeitig wird die politische Technik, wie sie gegenwärtig in den Vereinigten Staaten gehandhabt wird, einer Analyse unterzogen, wobei der Vergleich mit dem britischen Parlamentarismus besonders anschaulich wirkt.

Die Autoren beschränken sich aber nicht nur auf die beschreibende und vergleichende Darstellung, sondern stellen auch die ihnen wünschenswert erscheinenden Aenderungen und Reformen des amerikanischen Regierungssystems heraus. Die Mehrzahl der achtzehn Beiträge ist von amerikanischen Wissenschaftlern geschrieben. Laski und Brogan sind die beiden britischen Autoren, die wertvolle Beiträge zu diesem Buch geleistet haben. Gerade der europäischen Leser wird es begrüßen, auf so anschauliche Art

in die Eigenarten des amerikanischen Regierungssystems eingeführt zu werden. Eine knappe, aber wertvolle Bibliographie und ein Sach- und Namensverzeichnis verleihen dem Buch auch für den anspruchsvolleren Benutzer besonderen Wert. H. V.

Behrmann, Walter: Die Entschleierung der Erde. Frankfurter Geographische Hefte 16. Jahrgang 1948, einziges Heft. Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes des Vereins für Geographie und Statistik zu Frankfurt am Main von Dr. Wolfgang Hartke. Frankfurt a. M., Verlag Dr. Waldemar Kramer; 1948. 56 S. 12 Karten. Preis: DM 2.50.

Das deutsche Flüchtlingsproblem. Sonderheft der Zeitschrift für Raumforschung. Bielefeld, F. Eiler's Verlag GmbH.; o. J. 140 S. Preis: DM 7,40.

Dieses Sonderheft der Zeitschrift für Raumforschung enthält Aufsätze und Untersuchungen vieler Autoren zu den verschiedensten Problemen, wie sie durch das Einströmen der Flüchtlinge in Deutschland entstanden sind. Die Beiträge befassen sich unter anderem mit Auswirkungen auf die Sozialstruktur, den Veränderungen der Bevölkerungsstruktur, mit der Eingliederung der Vertriebenen in die Wirtschaft und in den Arbeitsprozeß oder dem DP-Problem.

Die Beiträge werden durch gut ausgewählte Statistiken, hervorragende Karten und graphische Darstellungen ergänzt, so daß das Ganze eine gute Dokumentation zum Flüchtlingsproblem darstellt. Es handelt sich hierbei um eine besonders ausführliche Darstellung des deutschen Flüchtlingsproblems, die in erster Linie vom Gesichtspunkt der Wirtschaft und Raumordnung ausgeht.

Demographic Yearbook. Annuaire Démographique 1948 Prepared by the Statistical Office of the United Nations in collaboration with the Department of Social Affairs. United Nations Publication Sales No.: 1949. XIII. 1. Lake Success-New York, United Nations; 1949. 596 S.

Das Statistische Amt der Vereinten Nationen hat hier in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Soziale Fragen umfassendes Material aus allen Ländern der Erde auf Grund besonderer Umfragen zusammengestellt. So enthält das Jahrbuch statistische Angaben über Gebiets-, Bevölkerungsstand, Geburten und Todesfälle, Eheschließungen, Wanderungen in einer Vollständigkeit, wie sie sonst kaum anzutreffen sein dürfte.

Evatt, Herbert Vere: Die Vereinten Nationen. Frankfurt am Main, Wolfgang Metzner Verlag; 1951. 92 S. Preis: DM 5,50.

Herbert Vere Evatt, der ehemalige australische Außenminister, war an der Gründung der Vereinten Nationen beteiligt und ist einer der besten Kenner der Entstehung und Entwicklung dieser Weltorganisation. Evatt behandelt in allgemein verständlicher Weise die Bildung der Vereinten Nationen, ihre Arbeit und ihre Zukunft. Das Buch dürfte für die deutschen Leser, die im allgemeinen weniger Gelegenheit hatten, sich über die Vereinten Nationen zu unterrichten, besonders im Hinblick auf die bereits erfolgte Aufnahme Deutschlands in einzelne Fachorganisationen dieser Völkergemeinschaft von besonderem Interesse sein.

Final Report on Foreign Aid of the House Select Committee on Foreign Aid Pursuant to H. Res. 296, a Resolution Creating a Select Committee on Foreign Aid. May 1, 1948. Union Calendar No. 883. 80th Congress, 2d Session. House Report No. 1845. Washington, United States Government Printing Office; 1948. XVI, 883 S.



Fifth Annual Meeting of the Board of Governors. International Bank for Reconstruction and Development. Paris, September 6—14, 1950. Summary Proceedings. Washington. D. C. 30. 11. 1950. 57 S.

L'Espagne. Par un Groupe d'Etude de l'Institut des Relations Internationales. Problème des Relations Internationales. Bruxelles, Institut des Relations Internationales; 1948. 122 S.

Meyer, Ernst Wilhelm: Die Grundlagen für den Frieden mit Deutschland. Mannheim, UNA, Europäische Verlagsgesellschaft m. b. H.; o. J. 104 S.

Pannwitz, Rudolf: Der Friede. Nürnberg, Verlag Hans Carl; 1950. 184 S. Preis: Leinen DM 8,—, Engl. Broschur DM 6,—.

Propositions et chiffres concernant l'incorporation économique des expulsés en Allemagne occidentale. Le problème des réfugiés Allemand. La Commission d'études du Conseil Consultatif auprès de l'évêque des réfugiés et auprès du Haut Protecteur du Pape pour les affaires des réfugiés. Frankfurt, Fischer; 1950. 25 S.

Seibold, Fritz: Das ABC des Zollrechts. Zollbücherei. Schriften für die Zollpraxis. Band I. Hamburg-Berlin, R. v. Decker's Verlag, G. Schenck; 1951. 91 S. Preis: DM 1,50.

The Signing of the North Atlantic Treaty. Proceedings. Department of State Publication 3497. Washington, US. Government Printing Office; 4. 4. 1949. 65 S. Preis: 50 cents.

Vierter Bericht der Deutschen Bundesregierung über die Durchführung des Marshall-Planes. 1. Juli 1950 bis 30. September 1950. Erstattet vom Bundesministerium für den Marshall-Plan, Bonn, 1950. 70 S.

Winogradow, N. A.: Public Health in the Soviet Union. Moscow, Foreign Languages Publishing House; 1950. 144 S.

Zimpel, Otto: Die Zollabfertigung in der Praxis. Zollbücherei. Schriften für die Zollpraxis. Band 2. Hamburg-Berlin, R. v. Decker's Verlag, G. Schenck; 1951. 70 S. Preis: DM 1,50.

### Texte und Dokumente

Constitution and Rules and Regulations. Washington, Food and Agriculture Organization of the United Nations; 1950. 94 S.

Constitution of the World Health Organization. New York, International Health Conference; 22. July 1946. 18 S.

La Constitution de l'Inde aus: La Documentation Française, Notes et Etudes Documentaires. No. 1454 vom 23. März 1951.

Universal Postal Union. Convention, Final Protocol, Regulations, Air-Mail Provisions, and Final Protocol to the Air-Mail Provisions between the United States of America and Other Governments. Revising the Universal Postal Convention of May 23, 1939. Signed at Paris July 5, 1947. Ratified and approved by the Postmaster General of the United States of America June 1, 1948. Approved by the President of the United States of America June 9, 1948. Entered into force July 1, 1948. Treaties and Other International Acts Series 1850. Department of State. Publication 3384. Washington, United States Government Printing Office; 1949. III, 283 S. Preis: 50 cents.

Verfassung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur. UNESCO. London, den 16. November 1945. Paris, UNESCO. 15 S.

### Neue Zeitschriften

Bibliographie Fédéraliste. Articles et Documents publiés dans les périodiques parus en France de November 1945 à Octobre 1950. Avantpropos de M. Alexandre Marc. No. 2. Publications Bibliographiques du Bureau d'Etudes de L'Union Fédéraliste Inter-Universitaire. Paris. 162 S.

Quarterly Bulletin of Steel Statistics for Europe No. 1 und No. 2. Bulletin Trimestriel de Statistiques de l'Acier pour l'Europe. Geneva, Economic Commission for Europe. Dezember 1950 und März 1951. (Auslieferung durch: Ausland-Zeitungshandel, W. E. Saabach, Frankenstraße 14, Köln-Junkersdorf.)

Der Stahlausschuß der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen, der in seinen „Steel-Reports“ bereits wertvolle Materialien vorgelegt hat, veröffentlicht nun eine vierteljährlich erscheinende Stahlstatistik. Zu diesem Zweck wurde von dem Ausschuss eine Standard-Klassifikation für die Berichte über die Eisen- und Stahlproduktion und den Verbrauch der hauptsächlichsten, aus dieser Produktion herrührenden Rohstoffe geschaffen. Das Bulletin enthält statistische Angaben über Produktion und Verbrauch, auch aus den Jahren 1936/37/38, und schreibt die neuesten Ergebnisse fort. Wenn auch — bedingt durch die besonderen Verhältnisse — die Angaben über die osteuropäischen Länder lückenhaft sind, so stellt diese vierteljährliche Uebersicht doch ein vorzügliches statistisches Nachschlagewerk über die europäische Stahlindustrie dar.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Karl Cornides, Wien; Erika Feldmann, Verden/Aller; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt a. M.; Dr. Walther Hofer, Zürich, Gastdozent Berlin; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Georg von Rauch, Dozent an der Universität Marburg; Herbert Rehbein, Frankfurt a. M.; Fritz Steppat, München; Dr. Erwin Weghorn, Frankfurt a. M.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Eschersheimer Landstraße 86, Telefon 58083

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers

Copyright: 1951 by Europa-Archiv

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt a. M. GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar vom Verlag zu beziehen. Einzelpreis jeder Folge DM 2,—, ö. S. 6,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50, ö. S. 25,— und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,—, ö. S. 100,—, sfr. 38,— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste.

Allgemeine Ausgabe: Verlag Europa-Archiv, Oberursel bei Frankfurt a. M. Auslieferung: Carl Fr. Fleischer, Frankfurt a. M.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12. Auslieferung: Zentralgesellschaft für buchgewerbliche und graphische Betriebe Inh. Rob. Mohr, Wien 1.

Ausgabe für die Beneluxländer und die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzbodenweg 80, Basel. Auslieferung: H. R. Sauerländer & Co., Aarau